

Eidgenössische Wahlen 2019

Wahlteilnahme und Wahlentscheid

Anke Tresch, Lukas Lauener, Laurent Bernhard,
Georg Lutz und Laura Scaperrotta

Selects – FORS, Lausanne 2020

Zitierweise dieses Berichtes

Tresch, Anke, Lauener, Lukas, Bernhard, Laurent, Lutz, Georg und Laura Scaperrotta (2020). *Eidgenössische Wahlen 2019. Wahlteilnahme und Wahlentscheid*. FORS-Lausanne. DOI: 10.24447/SLC-2020-00001.

Herausgeber: Selects – FORS.

Die Schweizer Wahlstudie Selects sowie die Übersetzung dieser Publikation wurden unterstützt durch den Schweizerischen Nationalfonds, Projekt – Nr. 10FI14_170406.

Selects ist dem Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften FORS in Lausanne angegliedert.

Kontakt

Selects – FORS
Universität de Lausanne, Géopolis
CH-1015 Lausanne
Tel. 021 692 37 30
e-mail: selects@fors.unil.ch

www.selects.ch
www.forscenter.ch

Übersetzung

Dominique Balmer, Michel Schnarenberger (F), Francesco Papini (I)

Alle Rechte vorbehalten.
Copyright © bei den Herausgebern.

Das Wichtigste in Kürze: Zustrom aus der SP verhalf den Grünen zum Wahlsieg

Wegen der verbreiteten Sorge um das Klima legten die ökologischen Parteien bei den eidgenössischen Wahlen 2019 insbesondere bei der jungen Wählerschaft deutlich zu. Die SP konnte ihre Parteibasis gut mobilisieren, verlor aber fast einen Viertel ihrer ehemaligen Wählerschaft an die Grünen. Demgegenüber hatte die SVP Mühe, ihre Anhängerschaft zum Urnengang zu bewegen. Sie verfügt aber insgesamt über die stabilste Wählerbasis. Die parteiübergreifende Mobilisierung der Frauen gelang nur teilweise. 2019 wurde trotzdem zum Jahr der Frauenwahl, weil die Bereitschaft Frauen anstatt Männer zu wählen im Vergleich zu 2015 deutlich zunahm. Dies zeigt eine Studie aus dem Wahlforschungsprojekt Selects, das vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) gefördert und von FORS in Lausanne durchgeführt wird.

Die GPS und GLP waren die grossen Gewinnerinnen der eidgenössischen Wahlen 2019, während die vier Bundesratsparteien an Wählerstärke einbüssten, allen voran die SVP und die SP. Die Gründe für diese Verschiebungen wurden im Rahmen der Schweizer Wahlstudie Selects untersucht. Die Studie zeigt: Der historische Wahlerfolg der Grünen kam nicht etwa dank einer ungewöhnlich starken Mobilisierung der eigenen Basis zustande. 44 Prozent jener, die 2015 grün gewählt hatten, nahmen 2019 nämlich nicht mehr an den Wahlen teil. Vielmehr verdankt die GPS ihren Wahlsieg dem grossen Zustrom ehemaliger SP-Wähler: Rund ein Drittel der GPS-Wählenden von 2019 hatten 2015 ihre Stimme noch der SP gegeben. Darüber hinaus schnitt die GPS bei der jungen Wählerschaft überdurchschnittlich gut ab. Die GPS profitierte davon, dass sich ihre Kernthemen Klima und Umwelt während des Wahlkampfes als wichtigstes politisches Problem für die Wählerschaft etablierten.

Im Zuge der Klimadebatte ist auch die GLP in der Wählergunst gestiegen, obwohl ihr die Wählerinnen und Wähler in der Umweltthematik deutlich weniger Engagement und Kompetenz zusprechen als den Grünen. Die GLP legte insbesondere bei den unter 35-Jährigen stark zu und überzeugte viele ehemalige SP- und FDP-Wählende zum Wechsel. Allerdings hat die GLP nach wie vor eine wenig gefestigte Stammwählerschaft. Sie konnte nur knapp zwei Drittel ihrer Wählerschaft von 2015 halten und weniger als die Hälfte jener, die im Frühsommer eine GLP-Wahl beabsichtigten, legten im Herbst tatsächlich GLP ein.

SVP mit Mobilisierungsproblemen

Die SVP litt darunter, dass ihre Kernthemen Migration und Asyl bei den Wahlen 2019 praktisch aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwanden. Sie bekundete von allen grossen Parteien denn auch am meisten Mühe, ihre Basis zur Wahlteilnahme zu bewegen: Erstmals ging weniger als die Hälfte der SVP-Sympathisierenden an die Urnen. Allerdings verfügt die SVP von allen Parteien nach wie vor über die stabilste Wählerbasis: 85 Prozent jener, die 2015 der SVP die Stimme gaben und 2019 an die Urnen gingen, wählten wiederum SVP.

Die FDP hatte ebenfalls mit Mobilisierungsproblemen zu kämpfen. Sie büsste vor allem bei den Frauen an Wählergunst ein. Im Gegensatz dazu gelang es der CVP von allen Parteien am besten, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren. Dank der Loyalität ihrer Stammwählerschaft konnte die CVP ihren Wähleranteil einigermaßen halten. Für Erst- und Wechselwählende war die CVP hingegen wenig attraktiv.

Frauenwahl ohne Frauenmobilisierung

Im Jahr des Frauenstreiks erreichte der Anteil gewählter Kandidatinnen einen historischen Höchststand. Dieser ist aber nicht eine Folge einer verstärkten Mobilisierung der Frauen. Die Frauen beteiligten sich nämlich auch 2019 weniger häufig an den Wahlen als die Männer. Hingegen sind Frauen stärker gewillt, Kandidatinnen zu wählen: Vier von fünf Frauen, jedoch nur gut die Hälfte der Männer, sagten aus, dass sie bei gleicher Kompetenz eine Kandidatin einem Kandidaten vorziehen würden. Die Kandidierendenbefragung zeigt, dass die Parteien 2019 gezielt Frauenförderung betrieben. So unterstützten sie weibliche Kandidierende finanziell stärker als männliche. In den Medien erfuhr die «Frauenwahl» nur gerade Mitte Juni zum Frauenstreik starke Beachtung, war ansonsten aber - anders als Klima- und Umweltfragen - kein dominantes Thema in der Medienberichterstattung oder in den Online-Auftritten der Kandidierenden.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	<i>Das Wahlergebnis 2019</i>	1
1.2	<i>Die verwendeten Daten</i>	2
1.3	<i>Zur Interpretation der Ergebnisse</i>	3
2	Die Wahlteilnahme	5
2.1	<i>Soziale und politische Einflussfaktoren</i>	5
2.2	<i>Die Teilnahme- und Abstinenzgründe</i>	9
2.3	<i>Die Wahlteilnahme in ausgewählten Kantonen</i>	10
3	Der Wahlentscheid	13
3.1	<i>Der Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen</i>	13
3.2	<i>Der Wahlentscheid nach politischen Merkmalen</i>	20
3.3	<i>Wählerwanderungen</i>	34
3.4	<i>Frauenwahl</i>	40
3.5	<i>Wählerpotentiale und ihre Ausschöpfung</i>	41
3.6	<i>Der Wahlentscheid in ausgewählten Kantonen</i>	47
4	Die Kampagne und Meinungsbildung	49
4.1	<i>Wahlkampfausgaben der Kandidierenden</i>	49
4.2	<i>Kampagnenaktivitäten und Informationsquellen</i>	52
4.3	<i>Der Wahl- und Entscheidungszeitpunkt</i>	57
4.4	<i>Kurzfristige Präferenzänderungen</i>	59
4.5	<i>Die Themenkonjunktur</i>	61
5	Die politische Repräsentation	69
5.1	<i>Einstellungen zu politischen Sachfragen</i>	69
5.2	<i>Kandidierende und ihre Parteiwählerschaften im Vergleich</i>	70
6	Anhang	75
6.1	<i>Die Schweizer Wahlstudie Selects</i>	75
6.2	<i>Zur Interpretation der Ergebnisse</i>	75
6.3	<i>Die Datenbasis</i>	76
6.4	<i>Gewichtung</i>	80
6.5	<i>Grafik zur Links-Rechts-Selbstpositionierung nach Parteiwählerschaft über Zeit</i>	86
6.6	<i>Tabellen und Grafiken zu den Analysen in den Kantonen ZH, GE und TI</i>	87

Parteiabkürzungen

BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei
FDP	FDP.Die Liberalen
GLP	Grünliberale Partei
GPS	Grüne Partei
SP	Sozialdemokratische Partei
SVP	Schweizerische Volkspartei

Tabellen und Grafiken

Tabelle 1	Offizielle Ergebnisse der Nationalratswahlen 1995 bis 2019 (in %)	1
Tabelle 2	Sitzverteilung im Ständerat 1995 bis 2019	1
Grafik 1	Frauenanteile im National- und Ständerat, 1971-2019 (in %)	2
Tabelle 3	Wahlbeteiligung nach ausgewählten sozialen Merkmalen, 1995-2019 (in %)	5
Grafik 2	Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht 2019 (in %)	6
Tabelle 4	Wahlbeteiligung nach ausgewählten politischen Merkmalen, 1995-2019 (in %)	8
Grafik 3	Wichtigster Grund für die Teilnahme, insgesamt sowie nach politischem Lager	9
Grafik 4	Zustimmung zu möglichen Gründen der Nichtbeteiligung (in %)	10
Tabelle 5	Wahlbeteiligung nach ausgewählten sozialen Merkmalen in den Kantonen Zürich, Genf und Tessin (in %)	11
Tabelle 6	Wahlbeteiligung nach ausgewählten politischen Merkmalen in den Kantonen Zürich, Genf und Tessin (in %)	12
Grafik 5	Wahlentscheid nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen 2019 (in %)	15
Grafik 6	Wahlentscheid nach Geschlecht 1995-2019 (in %)	16
Grafik 7	Wahlentscheid nach Altersgruppen 1995-2019 (in %)	18
Grafik 8	Wahlentscheid nach ausgewählten sozioökonomischen Merkmalen 2019 (in %)	20
Grafik 9	Links-Rechts-Selbstpositionierung der Wählenden 1995-2019 (in %)	22
Grafik 10	Links-Rechts-Selbstpositionierung und Wahlentscheid 2019 (in %)	23
Grafik 11	Links-Rechts-Selbstpositionierung und Wahlentscheid 2015 (in %)	25
Grafik 12	Ökonomische Werterhaltungen und Wahlentscheid 2019 (in %)	26
Grafik 13	Kulturelle Werterhaltungen und Wahlentscheid 2019 (in %)	28
Grafik 14	Umweltschutz vs. Wirtschaftswachstum und Wahlentscheid 2019 (in %)	29
Tabelle 7	Wichtigstes politisches Problem der Wählerinnen und Wähler 1995-2019 (in %)	30
Tabelle 8	Wichtigstes politisches Problem der Wählerinnen und Wähler 2019 nach gewählter Partei (in %)	31
Grafik 15	Wichtigstes politisches Problem und Wahlentscheid 2019 (in %)	32
Grafik 16	Partei, die sich am stärksten für bestimmte Themen engagiert und am kompetentesten beurteilt wird (in %, nur Wählende)	33
Grafik 17	Wahlentscheid 2019 nach gewählter Partei 2015 in % (nur Befragte, die 2019 gewählt haben)	36
Grafik 18	Mobilisierungsprozesse: Gewählte Partei 2019 nach Verhalten 2015 (in %)	38
Tabelle 9	Präferenz für die Frauenwahl bei zwei Kandidierenden mit gleicher Qualifikation aber unterschiedlichem Geschlecht in % (nur Wählende)	41
Grafik 19	Wahlwahrscheinlichkeit der sechs grössten Parteien 2019 (in %, nur Wählende)	42
Grafik 20	Wahlwahrscheinlichkeit der sechs grössten Parteien 2003-2019 (in %, nur Wählende)	43
Grafik 21	Wahlentscheid nach Wahlwahrscheinlichkeit der sechs grössten Parteien 2019 (in %)	45
Grafik 22	Höhe der Wahlkampfausgaben der Kandidierenden (in CHF) sowie die Aufteilung nach Herkunft (in %)	51
Grafik 23	Einsatz von verschiedenen traditionellen Wahlkampfmitteln der Kandidierenden 2019 (in %)	53
Grafik 24	Nutzung von Telefonanrufen als Kampagneninstrument nach Partei 2019 (in %)	54
Grafik 25	Einsatz verschiedener Internet-Aktivitäten der Kandidierenden 2019 (in %)	55
Grafik 26	Nutzung verschiedener Informationsquellen durch die Wählenden (in %)	57

Grafik 27	Entscheidungszeitpunkt für den Wahlscheid 1995-2019 (in %)	58
Grafik 28	Parteiwahl nach Entscheidungszeitpunkt 2019 (in %)	59
Grafik 29	Wahlabsicht im Mai/Juni und tatsächlich gewählte Partei (in %, nur Wählende)	60
Grafik 30	Themen in der Medienberichterstattung (in %, Zeitraum vom 29.4.-20.10.2019)	62
Grafik 31	Ausgewählte Themen in der Medienberichterstattung im Zeitverlauf (Anteil Artikel in % pro Kalenderwoche)	63
Tabelle 10	Hauptkampagnenthema der Kandidierenden nach Parteizugehörigkeit (in %)	64
Tabelle 11	Wichtigstes Problem der Wählerinnen und Wähler im Zeitverlauf (in %)	65
Grafik 32	Partei, die sich am stärksten für die Umweltpolitik engagiert und am kompetentesten beurteilt wird (in %, nur Wählende)	66
Grafik 33	Zustimmung der Kandidierenden und Wählenden zu politischen Sachfragen, 2019 (in %)	69
Tabelle 12	Zustimmung der Kandidierenden und Wählenden zu verschiedenen politischen Sachfragen, 2019 (in %)	72
Grafik 34	Positionierung der Kandidierenden und der Wählerschaft auf der Links-Rechts-Achse 2019 (in %)	73
Tabelle 13	Positionierung auf der Links-Rechts-Achse gemäss Einschätzung der Wählenden und Kandidierenden, 2019	74

1 Einleitung

1.1 Das Wahlergebnis 2019

Die Grünen gingen gestärkt aus den eidgenössischen Wahlen 2019 hervor. Sowohl im Nationalrat als auch im Ständerat konnten sie deutlich zulegen. Die GPS profitierte davon, dass der globale Klimawandel im Vorfeld der Wahlen das wichtigste Thema war.

Für Schweizer Verhältnisse waren die Nationalratswahlen vom 20. Oktober von grossen Verschiebungen geprägt (Tabelle 1). Den Grünen gelang es zum ersten Mal in ihrer Geschichte, die symbolträchtige Zehn-Prozent-Hürde zu nehmen. Darüber hinaus lösten sie dank eines Wähleranteils von 13.2 Prozent (+6.1 Prozentpunkte) die CVP als viertstärkste Partei ab. Auch den Grünliberalen kam die sogenannte „Klimawahl“ zu Gute. Mit 7.8 Prozent (+3.2 Prozentpunkte) realisierte die GLP ihre bisherige Höchstmarke.

Tabelle 1 Offizielle Ergebnisse der Nationalratswahlen 1995 bis 2019 (in %)

Partei	1995	1999	2003	2007	2011	2015	2019
SVP	14.9	22.5	26.7	28.9	26.6	29.4	25.6
FDP*	20.2	19.9	17.3	15.8	15.1	16.4	15.1
CVP	16.8	15.9	14.4	14.5	12.3	11.6	11.4
BDP					5.4	4.1	2.5
GLP				1.4	5.4	4.6	7.8
SP	21.8	22.5	23.3	19.5	18.7	18.8	16.8
GPS	5.0	5.0	7.4	9.6	8.4	7.1	13.2
Übrige	21.3	14.2	10.9	10.3	8.1	8.0	7.6

*Quelle: Bundesamt für Statistik. * FDP 2011 inkl. Liberale Partei.*

Im Gegensatz dazu büssten die vier Regierungsparteien an Boden ein. Die grössten Verluste erlitt dabei die SVP (-3.8 Prozentpunkte). Mit einem Wähleranteil von 25.6 Prozent behauptete sie sich jedoch klar als stärkste Partei. Die SP verlor ebenfalls deutlich (-2.0 Prozentpunkte) und musste ihr schlechtestes Ergebnis seit mehr als 100 Jahren hinnehmen (16.8%). Die FDP fiel ihrerseits auf den bisherigen Tiefststand aus dem Jahre 2011 zurück (15.1%, -1.3 Prozentpunkte), während die CVP nach leichten Einbussen den geringsten Wähleranteil ihrer Parteigeschichte verzeichnete (11.4%, -0.2 Prozentpunkte). Feiern lassen musste auch die BDP. Ihr Wähleranteil beläuft sich nur noch auf 2.5 Prozent (-1.6 Prozentpunkte).

Insgesamt führten die Nationalratswahlen zu einer Stärkung des linken Lagers. Gemeinsam verfügen SP, GPS, PdA und SolidaritéS über 69 Sitze (+14) in der grossen Kammer. Während sich die gemässigten Kräfte (FDP, CVP, GLP, BDP und EVP) behaupten konnten (76 Sitze, -1), büssten die Parteien am rechten Rand des ideologischen Spektrums (SVP, EDU und Lega) deutlich ein (55 Sitze, -13). Hervorzuheben ist auch, dass die Fraktionen der SVP und der FDP im Gegensatz zur abgelaufenen Legislaturperiode zusammen keine Mehrheit mehr stellen.

Die Ständeratswahlen sorgten demgegenüber für keine grundlegenden Änderungen der Kräfteverhältnisse (Tabelle 2).

Tabelle 2 Sitzverteilung im Ständerat 1995 bis 2019

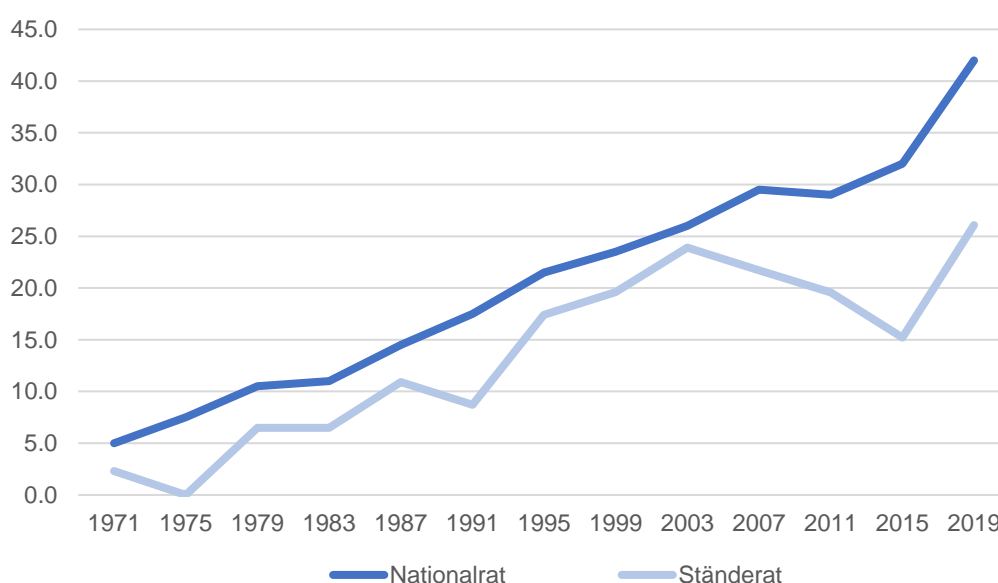
Partei	1995	1999	2003	2007	2011	2015	2019
SVP	5	7	8	7	5	5	6
FDP	17	17	14	12	11	13	12
CVP	16	15	15	15	13	13	13
SP	5	6	9	9	11	12	9
GPS				2	2	1	5
Übrige	3	1		1	4	2	1

*Quelle: Bundesamt für Statistik. * FDP 2011 inkl. Liberale Partei.*

Die kleine Kammer wird weiterhin massgeblich von der CVP und der FDP geprägt. Am meisten Abgeordnete stellen Christlichdemokraten (13 Sitze, unverändert), unmittelbar dahinter folgen die Freisinnigen (12 Sitze, -1). Gemeinsam verfügen die beiden Parteien nach wie vor über eine Mehrheit. Im linken Lager gewannen die Grünen (5 Sitze) überraschenderweise vier Mandate hinzu, während die SP deren drei einbüsste (9 Sitze). Schliesslich gelang es der SVP, ihre Vertretung um einen Abgeordneten zu erhöhen (6 Sitze).

Wie die Grafik 1 zeigt, wurden noch nie so viele Frauen in die eidgenössischen Räte gewählt. Dazu trugen der „Frauenstreik“ für die Gleichstellung vom 14. Juni 2019 und die Kampagne „Helvetia ruft“ bei, die sich eine ausgewogenere Geschlechterverteilung im Parlament zum Ziel setzte. Der Anteil an weiblichen Abgeordneten stieg im Nationalrat von 32 auf 42 Prozent und im Ständerat von 15 auf 26 Prozent. Im Nationalrat bilden die Frauen unter den Neugewählten sogar eine Mehrheit (53%).

Grafik 1 Frauenanteile im National- und Ständerat, 1971-2019 (in %)



Quelle: Bundesamt für Statistik. Lesebeispiel: 1971 betrug der Frauenanteil im Nationalrat 5%.

Die Grünen erhoben nach den Parlamentswahlen Anspruch auf eine Vertretung im Bundesrat. Allerdings scheiterte im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen der Angriff von Parteipräsidentin Regula Rytz auf den Sitz von Ignazio Cassis (FDP) am Widerstand der bürgerlichen Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Alle sieben amtierenden Bundesrätinnen und Bundesräte wurden am 11. Dezember von den Mitgliedern der Vereinigten Bundesversammlung deutlich wiedergewählt.

1.2 Die verwendeten Daten

Diese Studie stellt erste Ergebnisse der Schweizer Wahlstudie Selects 2019 einer breiten Öffentlichkeit vor. Im Zentrum des Interesses stehen dabei die beiden Grundfragen der Wahlforschung:

- Wer beteiligt sich aus welchen Gründen an Wahlen?
- Wer entscheidet sich aus welchen Gründen für eine bestimmte Partei?

Seit Jahrzehnten versucht die Wahlforschung mit unterschiedlichen Modellen und Vorgehensweisen eine Antwort auf diese Fragen zu erhalten. Die Erforschung des Wählerverhaltens gleicht dem Zusammensetzen eines Puzzles, das nie ganz fertig wird.

Dieser Bericht beleuchtet ausgewählte Merkmale des Teilnahme- und Wahlverhaltens, geht aber ebenso auf die Kandidierenden und die Meinungsbildung ein. Der Schwerpunkt liegt auf den Wahlen 2019, in ausgewählten Auswertungen gehen wir jedoch bis 1995 zurück, als das Selects-Projekt zum ersten Mal durchgeführt wurde.

Im Rahmen von Selects 2019 wurden verschiedene Erhebungen durchgeführt, welche die Datengrundlage für diesen Bericht bilden:

- In einer *Nachwahlbefragung* wurden zwischen dem 21. Oktober 2019 und dem 5. Januar 2020 insgesamt 6'664 Wahlberechtigte per Internet oder Papierfragebogen befragt. Es handelt sich dabei um eine kantonale geschichtete Stichprobe. Die bevölkerungsärmsten Kantone wurden aufgestockt, damit pro Kanton mindestens 50 Befragte in der Stichprobe enthalten sind. Ebenfalls überrepräsentiert ist für jede der drei grössten Sprachregionen jeweils ein Kanton. Dabei handelt es sich um Zürich, Genf und Tessin. Dank der finanziellen Unterstützung durch diese drei Kantone konnten vertiefte Analysen durchgeführt werden (vgl. Abschnitte 2.3 und 3.6).
- In einer *Panelbefragung* haben wir die gleichen Personen insgesamt drei Mal online befragt. Den Ausgangspunkt für diese Befragung bildet eine nicht geschichtete, gesamtschweizerische und reine Zufallsstichprobe.
 - Die erste Panel-Befragung fand vor Beginn der Wahlkampagne in den Wochen nach der eidgenössischen Abstimmung vom 19. Mai 2019 statt. An dieser ersten Welle nahmen 7'939 Wahlberechtigte teil.
 - Die zweite Befragung erfolgte während der Wahlkampagne zwischen dem 2. September und dem 17. Oktober. Insgesamt nahmen an dieser zweiten Welle 5'577 Personen teil.
 - Nach den eidgenössischen Wahlen wurden alle Befragungsteilnehmenden aus der ersten Welle zu einem erneuten Interview eingeladen. An dieser dritten Befragungswelle nahmen zwischen dem 21. Oktober und dem 9. Dezember 5'125 Personen teil.
- In einer *Kandidierendenbefragung* wurden nach den Wahlen die Karriereverläufe, politischen Einstellungen und Wahlkampfaktivitäten der Kandidierenden für den National- und Ständerat erhoben. Von den insgesamt 4'736 Kandidierenden haben 2'158 an der Befragung teilgenommen. Diese Befragung wurde im Auftrag von Selects in Zusammenarbeit mit smartvote und der Universität Bern von Politools.net durchgeführt.
- Schliesslich hat Selects das Digital Democracy Lab der Universität Zürich mit der Durchführung einer *Medienstudie* beauftragt. Diese besteht aus einer Inhaltsanalyse der Berichterstattung von traditionellen Medien (Print und Online) aus der Schweizerischen Mediendatenbank sowie der Wahlkampfkommunikation von Parteien und Kandidierenden in den digitalen Medien (Facebook und Twitter).

Dem Anhang sind weiterführende Informationen zu den verwendeten Daten und den Gewichtungen zu entnehmen. Die Erhebungen von Selects 2019 wurden aufeinander abgestimmt und können zum Teil verknüpft werden. So wurden im Wortlaut identische Einstellungsfragen in allen drei Befragungen gestellt.

1.3 Zur Interpretation der Ergebnisse

In die gesamtschweizerischen Analysen einbezogen wurden jene Parteien, die 2019 mehr als fünf Prozent der Wählerstimmen erreichten. Untersucht wurden somit die SVP, die SP, die FDP, die GPS, die CVP und die GLP. Kleinere Parteien konnten nicht berücksichtigt werden, da aufgrund der tieferen Wähleranteile die Fallzahlen in den Stichproben jeweils zu gering sind, um verlässliche Aussagen machen zu können. Die Aufstockung im Rahmen der Nachwahlbefragung (vgl. Abschnitt 1.2) ermöglichte es jedoch, in den Kantonsanalysen drei zusätzliche Parteien zu untersuchen. Dabei handelte es sich im Tessin um die *Lega dei Ticinesi* (Lega) und in Genf um *Ensemble à Gauche* (EàG) sowie um den *Mouvement Citoyens Genevois* (MCG). Im Gegensatz dazu musste wegen der geringen Anzahl an Sympathisierenden und Wählenden im Kanton Tessin auf die GLP verzichtet werden.

Umfrageergebnisse sind immer mit Unsicherheiten behaftet. Die Ausgangsadressen entstammen einer Zufallsauswahl aus der Bevölkerung und sind mit einem Stichprobenfehler behaftet. Hinzu kommen weitere Verzerrungen, die sich durch selektive Beteiligung bestimmter Gruppen an der Befragung ergeben.

Bei der Analyse und Interpretation von Umfrageergebnissen ist deshalb eine grosse Sorgfalt geboten. Alle in den Tabellen und Grafiken präsentierten Ergebnisse geben nicht den realen Wert an; vielmehr liegt der reale Wert jeweils in einer Bandbreite, die man mitunter als Stichprobenfehler bezeichnet. Dieser variiert in Abhängigkeit von den in die Analyse einbezogenen Fällen sowie deren Verteilung. Bei einer Verteilung von 50:50 beträgt der Stichprobenfehler beispielsweise in der Nachwahlbefragung unter Einbezug aller 6'664 Befragten +/- 1.3 Prozentpunkte. Umfasst eine Analyse zahlenmässig weniger Fälle, wird der Stichprobenfehler schnell deutlich grösser. So beträgt bei der Analyse einer Subpopulation von 200 Befragten und einer Verteilung von 50:50 der Stichprobenfehler bereits +/- 7.1 Prozentpunkte. Um die Lesbarkeit der Publikation nicht zu erschweren, verzichten wir allerdings darauf, jeweils die Bandbreite anzugeben, tragen dieser aber in der Interpretation der Ergebnisse gebührend Rechnung.

Für die wissenschaftliche Forschung unabdingbar sind Transparenz und der öffentliche Zugang zu den Daten. Die in der vorliegenden Studie verwendeten Daten, eine umfassende Dokumentation und die Originalfragebogen sind bei FORS hinterlegt und frei zugänglich auf www.selects.ch.

2 Die Wahlteilnahme

Die Wahlbeteiligung erreichte bei den Nationalratswahlen 2019 lediglich 45.1 Prozent. Gegenüber 2015 resultierte ein deutlicher Rückgang um 3.4 Prozentpunkte. Seit der Einführung des Frauenstimmrechts auf eidgenössischer Ebene im Jahre 1971 handelt es sich um den drittiefsten Wert – nur 1995 (42.2%) und 1999 (43.3%) war die Wahlbeteiligung noch geringer. Anhand der Nachwahlbefragung von Selects 2019 beleuchtet das vorliegende Kapitel die Wahlteilnahme auf individueller Ebene. Es setzt sich dabei aus drei Teilen zusammen. In einem ersten Schritt wird den politischen und sozialen Einflussfaktoren der Partizipation nachgegangen. Im Zentrum des Interesses stehen anschliessend die Gründe der Wahlteilnahme und der Wahlabstinz. Das dritte Unterkapitel ist schliesslich der Beteiligung in den drei ausgewählten Kantonen Zürich, Genf und Tessin gewidmet.

2.1 Soziale und politische Einflussfaktoren

Die Tabelle 3 listet seit Beginn der Wahlstudie Selects im Jahre 1995 die Höhe der Partizipation nach einer Reihe von ausgewählten sozialen Merkmalen auf. In Bezug auf die Geschlechter lässt sich auch 2019 eine erhebliche Beteiligungsdifferenz feststellen. Während 49 Prozent der wahlberechtigten Männer an den eidgenössischen Wahlen teilnahmen, belief sich dieser Anteil bei den Frauen auf lediglich 41 Prozent. Obwohl der Aspekt der Gleichberechtigung in der Kampagne präsent war, nahm dieser in der englischsprachigen Literatur als „Gender Gap“ bezeichnete Geschlechtergraben also nicht ab.

Tabelle 3 Wahlbeteiligung nach ausgewählten sozialen Merkmalen, 1995-2019 (in %)

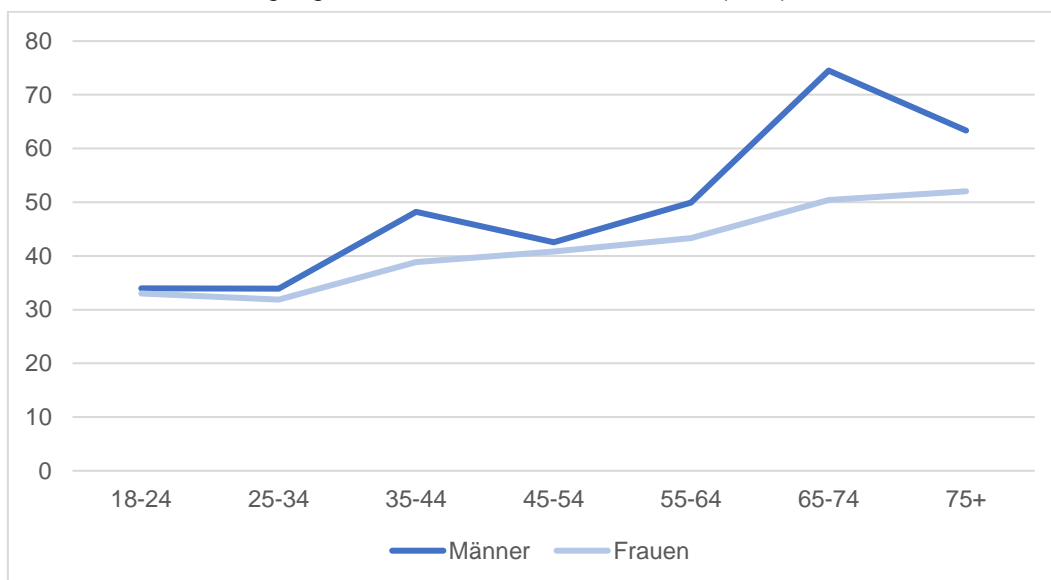
	1995	1999	2003	2007	2011	2015	2019
<i>Beteiligung insgesamt</i>	42	43	46	48	49	49	45
<i>Nach Geschlecht</i>							
Männer	46	51	53	56	52	53	49
Frauen	39	37	41	42	46	46	41
<i>Nach Alter</i>							
18-24	22	28	35	33	33	30	33
25-34	30	28	31	34	34	39	33
35-44	42	39	37	40	44	45	43
45-54	52	51	50	51	49	49	42
55-64	54	52	56	58	57	57	47
65-74	62	57	62	57	61	67	62
75+	58	56	54	60	70	65	58
<i>Nach Bildungsniveau</i>							
Obligatorische Schule, Anlehre	38	31	34	38	36	30	31
Berufslehre	38	38	42	42	43	46	38
Matur, Fachhochschule, Universität	51	56	55	59	57	56	53
<i>Nach Haushaltseinkommen</i>							
Bis 4000	38	37	38	43	42	40	33
4001- 6000	39	38	42	46	47	47	41
6001- 8000	47	48	49	52	52	51	44
8001-12000	49	51	54	57	50	57	51
12001 und mehr	52	64	60	65	57	56	54
<i>Nach Zivilstand</i>							
Verheiratet	50	51	52	54	55	58	50
Alleinstehend	32	34	40	40	39	39	38
Geschieden/Getrennt	31	32	35	46	42	46	40
Verwitwet	45	38	46	43	49	51	54
<i>N (gewichtet)</i>	6743- 7557	2816- 3257	5069- 5885	3758- 4389	3771- 4377	4550- 5256	6295- 6610

Lesebeispiel: Bei den Männern betrug die Wahlbeteiligung 1995 46%, bei den Frauen 39%.

Was das Alter anbetrifft, zeigt sich ebenfalls ein gewohntes Muster: In der Tendenz nahm die Partizipation mit steigendem Alter zu. So gingen in den beiden jüngsten Alterskategorien (18 bis 24 Jahre und 25 bis 34 Jahre) jeweils nur ein Drittel der Wahlberechtigten an die Urnen. Demgegenüber erreichte die Wahlbeteiligung bei den über 65-Jährigen immerhin rund 60 Prozent. Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass gegenüber 2015 die Partizipation einzig in der Alterskategorie der 18- bis 24-Jährigen zunahm (+3 Prozentpunkte). Es erscheint naheliegend, diese erhöhte Mobilisierung mit den Protestaktivitäten gegen den globalen Klimawandel in Zusammenhang zu bringen, bei denen ab Ende 2018 allen voran Jugendliche aktiv in Erscheinung traten und politisiert wurden.

In der Grafik 2 werden die beiden soeben diskutierten Merkmale kombiniert, indem die Höhe der Wahlteilnahme in Abhängigkeit von Alter und Geschlecht dargestellt wird. Daraus geht hervor, dass sich die festgestellte Diskrepanz zwischen den Geschlechtern vorwiegend auf die älteren Bürgerinnen und Bürger zurückführen lässt. In der Tat nahmen in den drei Gruppen mit dem höchsten Alter (sowie bei den 35- bis 44-Jährigen) die Männer deutlich häufiger an den eidgenössischen Wahlen teil als die Frauen. Im Gegensatz dazu zeigen sich bei den jüngsten Alterskategorien und bei den 45- bis 54-Jährigen keine markanten Beteiligungsunterschiede zwischen den Geschlechtern.

Grafik 2 Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht 2019 (in %)



Lesebeispiel: In der tiefsten Alterskategorie betrug die Wahlbeteiligung bei Frauen und Männern je 33%. (N gewichtet=6610).

Der Tabelle 3 ist ausserdem zu entnehmen, dass die Partizipation wie in der Vergangenheit vom Bildungs- und Einkommensniveau abhing. Bei beiden Merkmalen bestand ein positiver Zusammenhang: Die Wahrscheinlichkeit einer Wahlteilnahme stieg mit zunehmendem Bildungsabschluss und Haushaltseinkommen. Zudem spielte der Zivilstand eine Rolle. In dieser Hinsicht ist vor allem auf die Beteiligungsunterschiede zwischen verheirateten (50%) und geschiedenen bzw. getrennt lebenden Personen (40%) hinzuweisen.

Infobox: Tiefe Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund

Die Wahlstudie Selects 2019 erhob auch den Migrationshintergrund der Befragten. Diesbezüglich lässt sich zwischen zwei Gruppen unterscheiden: zum einen Eingebürgerte und zum anderen Personen, die seit Geburt im Besitz des Schweizer Passes sind und mindestens einen Elternteil haben, der im Ausland geboren wurde. Die Wahlbeteiligung belief sich in der erstgenannten Gruppe auf 33 Prozent und in der zweitgenannten auf 35 Prozent. Im Gegensatz dazu nahm unter den Bürgerinnen und Bürgern ohne Migrationshintergrund jede zweite Person an den Wahlen teil (50%). Ein Migrationshintergrund hatte im Durchschnitt eine um 16 Prozentpunkte tiefere Partizipationsrate zur Folge.

Die Wahlbeteiligung variierte auch stark nach politischen Faktoren. Wie aus der Tabelle 4 hervorgeht, wurden die politischen Lager unterschiedlich stark mobilisiert. Hervorzuheben ist, dass die linken Wahlberechtigten eine höhere Partizipationsrate (56%) aufwiesen als jene des rechten Lagers (49%). Als weit unterdurchschnittlich stellte sich zum wiederholten Male die Wahlbeteiligung in der Mitte (42%) heraus. Somit resultierte im Gegensatz zu den vorhergehenden Wahlen eine asymmetrische Mobilisierung zu Gunsten des linken Lagers.

Hinsichtlich der Parteisympathien zeigt sich, dass die Basis der SVP (47%) in weit geringerem Masse an die Urnen ging als jene der CVP (66%), der SP (60%) und der FDP (57%). Auch ein Vergleich über die Zeit dokumentiert die Mobilisierungsschwierigkeiten der grössten Schweizer Partei. Blickt man auf die sechs vergangenen Wahlen, so stellt man fest, dass sich die Teilnahme der SVP-Anhängerschaft zum ersten Mal auf unter 50 Prozent belief. Bemerkenswert ist darüber hinaus die bescheidene Partizipationsrate der Sympathisierenden der Grünen (51%). Der Wahlerfolg der GPS lässt sich somit nicht auf eine erhöhte Mobilisierung der eigenen Basis zurückführen.

Darüber hinaus treten erhebliche Unterschiede in Bezug auf das politische Interesse und die Beteiligung an Volksabstimmungen zutage. Wer sich sehr für Politik interessiert, begab sich mit einer mehr als dreizehn Mal höheren Wahrscheinlichkeit an die Urne (84%) als jemand, der sich überhaupt nicht dafür interessiert (6%). Personen, die sich oft an Volksabstimmungen beteiligen, nahmen ihrerseits auch in weit höherem Masse an den eidgenössischen Wahlen teil (66%) als jene, die nur selten an Volksabstimmungen partizipieren (7%).

Tabelle 4 Wahlbeteiligung nach ausgewählten politischen Merkmalen, 1995-2019 (in %)

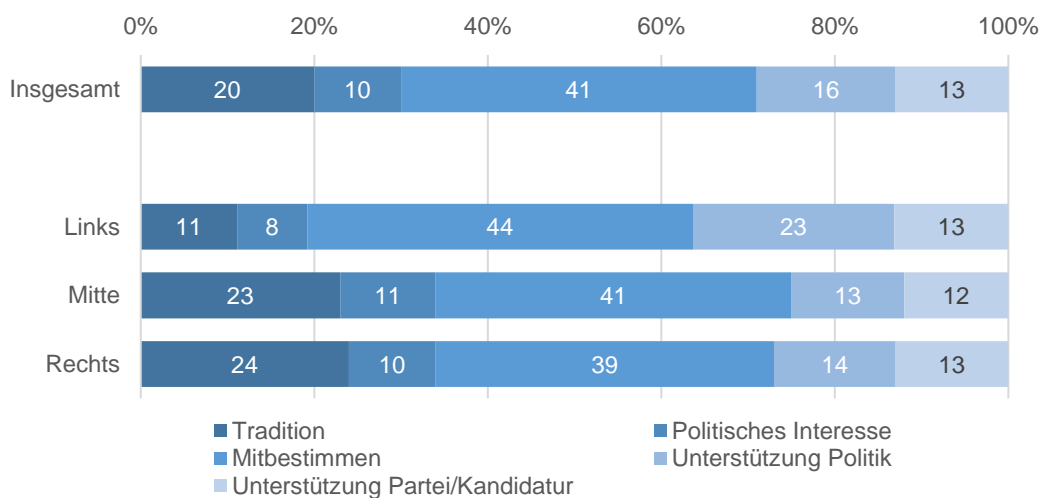
	1995	1999	2003	2007	2011	2015	2019
<i>Politische Orientierung</i>							
Links (0-3)	48	49	53	57	57	59	56
Mitte (4-6)	41	42	42	43	42	46	42
Rechts (7-10)	59	53	61	60	60	55	49
<i>Parteisympathie</i>							
SVP	62	61	73	69	56	54	47
FDP	65	69	74	81	64	57	57
CVP	71	84	81	73	66	74	66
GLP					66	72	56
SP	57	63	66	71	58	65	60
GPS	51	53	62	72	60	60	51
Andere Partei	64	70	74	72	59	57	50
Keine Partei	30	33	33	38	28	26	22
<i>Interesse an der Politik</i>							
Sehr interessiert	73	82	81	83	84	84	84
Eher interessiert	49	55	55	60	60	60	56
Eher nicht interessiert	25	24	24	25	24	25	22
Überhaupt nicht interessiert	7	9	9	8	12	7	6
<i>Teilnahme an Abstimmungen</i>							
0 bis 3 von 10	9	6	7	8	7	8	7
4 bis 6 von 10	25	29	32	35	31	29	22
7 bis 10 von 10	67	72	72	77	74	72	66
<i>N (gewichtet)</i>	6593 - 7542	2970- 3254	5438- 5876	4104- 4380	4265- 4367	4644- 5601	5999- 6592

Lesebeispiel: Bei jenen, die sich links einstuften betrug die Wahlbeteiligung 1995 48%.

2.2 Die Teilnahme- und Abstinezzgründe

Selects erhebt auch die Gründe der Wahlbeteiligung und der Wahlabstinezz. Wenden wir uns zunächst den Partizipationsgründen zu. Die teilnehmenden Befragten wurden gebeten, von fünf zur Auswahl stehenden Gründen den für sie wichtigsten anzukreuzen. Dabei schwingt der Aspekt der Mitbestimmung obenaus (vgl. die Grafik 3). Für etwas mehr als zwei von fünf Partizipierenden (41%) handelte es sich hierbei um den wichtigsten Teilnahmegrund. Sodann gaben rund 20 Prozent an, dass sie sich in erster Linie aus Tradition an den Wahlen beteiligten. An dritter und vierter Stelle folgen die Absichten, eine bestimmte Politik (16%) und eine bestimmte Partei bzw. Kandidatur (13%) zu unterstützen. Als Hauptteilnahmegrund am wenigsten häufig angekreuzt wurde schliesslich das politische Interesse (10%).

Grafik 3 Wichtigster Grund für die Teilnahme, insgesamt sowie nach politischem Lager

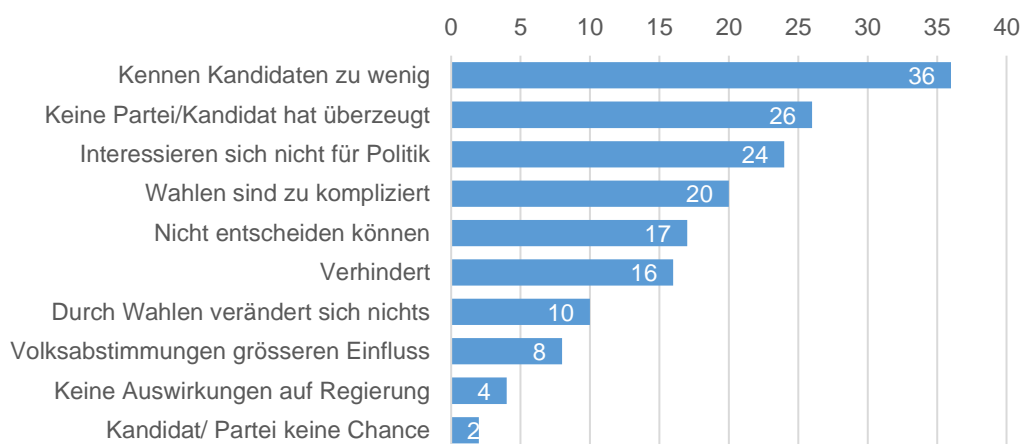


Lesebeispiel: Insgesamt gaben 20% der Befragten an, aus Tradition, wählen zu gehen. Im linken Lager war dies bei 11%, in der Mitte bei 23 und im rechten Lager bei 24% der Fall. (N gewichtet: Total 2835; Links 789; Mitte 960; Rechts 1086).

Die Grafik 3 schlüsselt die Partizipationsgründe zusätzlich nach politischen Lagern auf. Diesbezüglich sticht ins Auge, dass das Wählen aus Tradition in der Mitte (23%) und bei den Bürgerlichen (24%) eine markant grössere Rolle spielte als in der linken Wählerschaft (11%). Im Gegensatz dazu erweist sich die Unterstützung einer bestimmten Politik im Lager der Linken (23%) als weit bedeutender als im rechten Lager (14%) und in der Mitte (13%). Ausserdem stellt sich in Bezug auf die Mitbestimmung heraus, dass dieser Motivationsgrund unter der linken Wählerschaft (44%) häufiger anzutreffen ist als unter der bürgerlichen (39%). Bei den zwei übrigen Gründen lassen sich hingegen keine lagerspezifischen Unterschiede feststellen.

Was die Stimmabstinz anbelangt, wurden den nicht an den Wahlen teilnehmenden Befragten zehn mögliche Gründe vorgelegt. Dabei durften auch mehrere zutreffende Gründe angekreuzt werden. Die Grafik 4 stellt die erhobenen Abstinzgründe nach absteigender Häufigkeit dar. An erster Stelle liegt der Grund, wonach die befragten Personen die Kandidierenden zu wenig kannten (36%). 26 Prozent der Nichtteilnehmenden gaben an, dass sie keine Partei bzw. keine Kandidatin oder kein Kandidat wirklich überzeugt hätte. Danach folgen das mangelnde politische Interesse (24%) und die Kompliziertheit der Wahlen (20%). Von einiger Bedeutung waren ferner Entscheidungsschwierigkeiten (17%) und Verhinderungen (16%). Die vier restlichen Abstinzgründe spielten dagegen eine untergeordnete Rolle. Dabei handelt es sich um die Aussagen, wonach sich durch Wahlen nichts ändern würde (10%), Volksabstimmungen einen grösseren Einfluss als Wahlen hätten (8%), Wahlen keine Auswirkungen auf die Regierungszusammensetzung hätten (4%) und die bevorzugte Partei bzw. die bevorzugte kandidierende Person keine Chance hätte (2%).

Grafik 4 Zustimmung zu möglichen Gründen der Nichtbeteiligung (in %)



Lesebeispiel: 36% der Nicht-Wählenden gaben an, dass sie nicht an den Wahlen teilgenommen haben, weil sie die Kandidierenden zu wenig kannten. (N gewichtet=3622-3630).

2.3 Die Wahlteilnahme in ausgewählten Kantonen

Im Folgenden wird die Wahlteilnahme in den Kantonen Zürich, Genf und Tessin untersucht. Diese Analyse wurde durch die finanzielle Unterstützung dieser drei Kantone ermöglicht, die jeweiligen Stichproben im Rahmen der Nachwahlbefragung von Selects aufzustocken. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass sich die Höhe der Wahlbeteiligung zwischen den untersuchten Kantonen auf markante Weise unterschied. Bei den Nationalratswahlen wies der Kanton Genf mit 38.2 Prozent die tiefste Beteiligungsquote der Schweiz aus. Im Kanton Zürich lag die Partizipation (44.4%) nahe dem landesweiten Durchschnitt (45.1%). Ein vergleichsweise hohes Niveau resultierte schliesslich im Kanton Tessin, wo beinahe jede/r zweite Wahlberechtigte (49.6%) an die Urne ging.

Die Tabelle 5 gibt für jeden der drei untersuchten Kantone einen Überblick über ausgewählte soziale Merkmale der Wahlteilnahme. Es fällt auf, dass sich der schweizweit festgestellte Geschlechtergraben nur im Kanton Zürich zeigt. Dort beteiligten sich die Männer (50%) weit häufiger als die Frauen (40%). Im Gegensatz dazu unterschied sich in den Kantonen Genf und Tessin die Höhe der Partizipation zwischen den Geschlechtern nur unwesentlich.

Tabelle 5 Wahlbeteiligung nach ausgewählten sozialen Merkmalen in den Kantonen Zürich, Genf und Tessin (in %)

	Zürich	Genf	Tessin
<i>Beteiligung insgesamt</i>	45	38	50
<i>Nach Geschlecht</i>			
Männer	50	40	50
Frauen	40	37	49
<i>Nach Alter</i>			
18-24	28	26	38
25-34	33	29	33
35-44	48	34	38
45-54	44	36	48
55-64	49	42	59
65-74	51	48	66
75+	63	64	71
<i>Nach Bildungsniveau</i>			
Obligatorische Schule, Anlehre	23	32	45
Berufslehre	30	32	43
Matur, Fachhochschule, Universität	55	41	53
<i>Nach Haushaltseinkommen</i>			
Bis 4000	30	29	41
4001- 6000	32	37	46
6001- 8000	39	40	51
8001-12'000	53	39	57
12'001 und mehr	59	48	57
<i>Nach Zivilstand</i>			
Verheiratet	50	43	58
Alleinstehend	38	32	39
Geschieden/Getrennt	43	37	39
Verwitwet	40	54	61
<i>N (gewichtet)</i>	987- 1031	1977- 2131	728- 775

Lesebeispiel: Im Kanton Zürich betrug die Wahlbeteiligung bei den Männern 50%, bei den Frauen 40%.

In Bezug auf die übrigen sozialen Faktoren tritt ein einheitliches Bild zutage. In allen drei Kantonen stieg die Wahlbeteiligung mit zunehmendem Alter, Bildungsstand und Einkommensniveau. Beim Zivilstand zeigt sich durchwegs eine erhöhte Partizipation von Verheirateten gegenüber Alleinstehenden. In den Kantonen Genf und Tessin wiesen darüber hinaus die Geschiedenen und Getrennten eine tiefere Beteiligungswahrscheinlichkeit aus als die Verheirateten.

Wenden wir uns nun den politischen Determinanten der Partizipation zu. Wie der Tabelle 6 entnommen werden kann, fiel die lagerbezogene Mobilisierung unterschiedlich aus. In den Kantonen Zürich und Genf nahmen wie im Rest der Schweiz im linken Lager mehr Bürgerinnen und Bürger an den eidgenössischen Wahlen teil als im rechten Lager. Im Tessin lässt sich hingegen kein einseitiges Muster feststellen.

Hinsichtlich der Parteisymphathien ist von einer gewichtigen Differenz zu berichten. Im Kanton Zürich nahm die Anhängerschaft der SVP weniger häufig an den Wahlen teil als jene der übrigen Parteien. Dies war in den zwei anderen Kantonen dagegen nicht der Fall. Sowohl in Genf als auch im Tessin unterschieden sich die Partizipationsraten zwischen den wichtigsten Parteibasen nicht voneinander. Im Kanton Genf ging einzig die Wählerschaft der Protestpartei MCG in geringerem Masse an die Urnen.

Schliesslich stellt sich auf unmissverständliche Weise heraus, dass in allen drei untersuchten Kantonen das politische Interesse und die Beteiligung an Volksabstimmungen wichtige Treiber der Partizipation sind.

Tabelle 6 Wahlbeteiligung nach ausgewählten politischen Merkmalen in den Kantonen Zürich, Genf und Tessin (in %)

	Zürich	Genf	Tessin
<i>Politische Orientierung</i>			
Links (0-3)	61	52	62
Mitte (4-6)	38	32	47
Rechts (7-10)	47	44	58
<i>Parteisympathie</i>			
SVP	37	46	55
MCG (Genf), Lega (Tessin)		27	41
FDP	59	52	60
CVP*	57	43	72
GLP	80	42	
SP	63	51	67
GPS	61	49	60
EàG		61	
Anderer Partei	50	31	60
Keine Partei	15	21	27
<i>Interesse an der Politik</i>			
Sehr interessiert	87	74	90
Eher interessiert	57	48	65
Eher nicht interessiert	18	23	36
Überhaupt nicht interessiert	2	7	11
<i>Teilnahme an Abstimmungen</i>			
0 bis 3 von 10	5	4	7
4 bis 6 von 10	19	16	27
7 bis 10 von 10	66	58	71
<i>N (gewichtet)</i>	947- 1028	1867- 2128	643- 773

*Lesebeispiel: Im Kanton Zürich betrug die Wahlbeteiligung im linken Lager 61%. * Bei der Interpretation der Partizipation der CVP-Basis im Kanton Zürich ist aufgrund der geringen Anzahl an Sympathisierenden Vorsicht geboten.*

3 Der Wahlentscheid

Der Entscheid einer an den Wahlen teilnehmenden Person, ihre Stimme einer bestimmten Partei zu geben, hängt von zahlreichen Faktoren ab. Als Kernfrage der Wahlforschung wird denn auch oft die folgende genannt: Wer wählt wen und warum? Nach dem grossen Wahlsieg der Grünen und Grünliberalen bei den eidgenössischen Wahlen 2019 interessiert vor allem die Frage, wer all die neuen Wählerinnen und Wähler der beiden ökologischen Parteien sind.

Aufgrund der Tatsache, dass wir die Gedankengänge einzelner Individuen nicht im Detail nachvollziehen können und die Motivationen eines Wahlentscheids zu komplex sind, als dass man sie auf einzelne Faktoren reduzieren könnte, kann diese Studie keine abschliessenden Antworten auf obengenannte Kernfrage liefern. Aufgrund der gewonnenen Umfragedaten ist es indessen möglich, den Wahlentscheid in verschiedenen sozialen und politischen Merkmalsgruppen zu analysieren und dadurch Rückschlüsse auf deren Motivationen zu ziehen bzw. gewisse Tendenzen abzulesen. Es sei aber darauf hingewiesen, dass eine solche Aufschlüsselung des Wahlentscheids nach sozialen und politischen Merkmalen nicht heissen muss, dass diese auch ursächlich für den Entscheid waren.

In den folgenden Unterkapiteln wird der Wahlentscheid zunächst mit ausgewählten sozialen, nämlich soziodemografischen und sozioökonomischen, sowie politischen Merkmalen in Verbindung gebracht. Des Weiteren analysieren wir die Wählerwanderungen zwischen den eidgenössischen Wahlen 2015 und 2019; es wird also aufgezeigt, welche Parteien Wählerinnen und Wähler an welche anderen verloren oder gewonnen haben. Das Augenmerk richten wir alsdann auf die Frage, wer beim Wählen bewusst Frauen bevorzugt und wie sich dieses Verhalten gegenüber 2015 verändert hat. Eine Analyse der Wählerpotentiale gibt überdies Aufschluss darüber, wie gut die Parteien ihr jeweiliges Potential bei den Wahlen 2019 ausgeschöpft haben. Zum Schluss erläutern wir, inwiefern die Kantone Zürich, Genf und Tessin mit den gesamtschweizerischen Trends übereinstimmen bzw. wo es Unterschiede dazu gibt.

3.1 Der Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen

3.1.1 Soziodemographische Merkmale

Die Grafik 5 stellt eine Reihe von ausgewählten soziodemografischen Merkmalen in Zusammenhang mit dem Wahlentscheid zugunsten der sechs grössten Parteien. Gemessen am jeweiligen effektiv erreichten Wähleranteil einer Partei kann aufgezeigt werden, welche Merkmalsgruppen eine bestimmte Partei über- bzw. unterdurchschnittlich oft wählten.

Zwischen Männern und Frauen sind gewisse Unterschiede bei der Parteiwahl feststellbar: Während Männer häufiger SVP und FDP wählten, gaben Frauen ihre Stimme überdurchschnittlich oft der SP und GPS. Bei der CVP und der GLP gab es hingegen keine nennenswerten Unterschiede im Wahlverhalten zwischen beiden Geschlechtern.

Eine Analyse des Wahlverhaltens in den verschiedenen Alterskategorien zeigt, dass die SVP und FDP, also Parteien rechts der Mitte, überdurchschnittlich stark unter den ältesten Wählerinnen und Wählern vertreten sind. Augenfällig ist, dass die SVP trotz Stimmenanteil-Verlusten bei allen Alterskategorien die stärkste politische Kraft bleibt. Neu teilt sie sich diesen ersten Rang unter den 25-34-Jährigen allerdings mit den Grünen. Neben der SVP und der FDP bekundete insbesondere die CVP Mobilisierungsprobleme in der unter 35-jährigen Wählerschaft. Die jungen Altersgruppen entschieden sich nur unterdurchschnittlich oft für diese drei etablierten bürgerlichen Parteien. Für die Wahlsiegerinnen der eidgenössischen Wahlen 2019, die GLP und GPS, ist das Gegenteil feststellbar: Sie wurden vor allem von Jungen häufiger gewählt.

Bei Wählenden ab 65 Jahren erzielten die beiden ökologischen Parteien dagegen unterdurchschnittliche Resultate. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die GLP und GPS vergleichsweise junge Parteien und deshalb in der älteren Wählerschaft weniger gut verwurzelt sind. Die SP verzeichnete ihr schlechtestes Resultat 2019 in der Gruppe der 45-54-Jährigen und ihr bestes unter den ältesten Wahlberechtigten. Die Konkurrenz der ökologischen Parteien zur SP war besonders in den jungen Altersklassen gross, welche die SP nicht zu einer überdurchschnittlichen Unterstützung motivieren konnte.

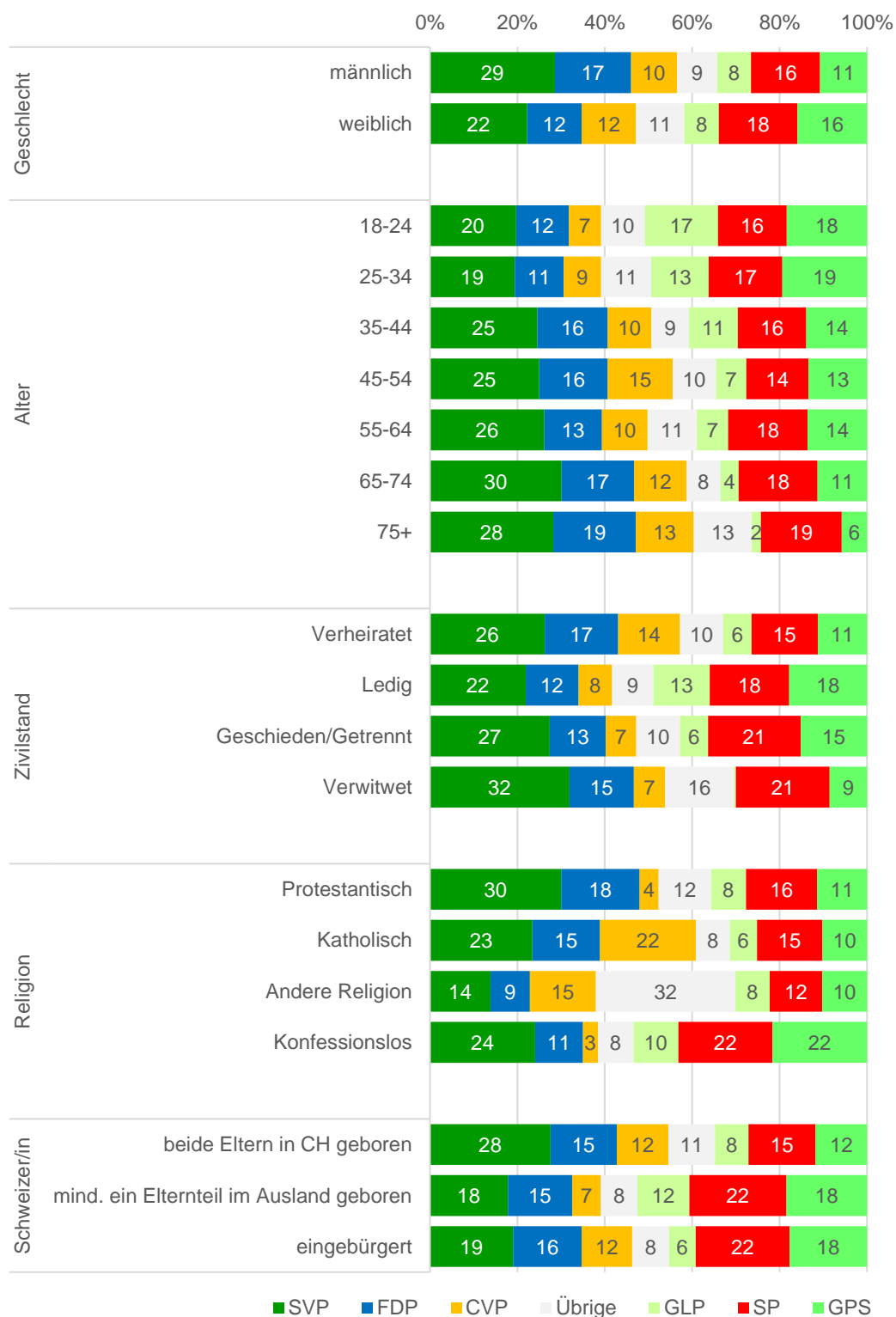
Aufschlussreich ist zudem die Kombination von Geschlecht und Alter. Ein ausgeprägter Geschlechtergraben im Wahlverhalten, also, dass Frauen überdurchschnittlich oft eine linke und Männer eine rechte Partei bevorzugen, existiert bei den 25- bis 44-jährigen Wählenden. Die SVP und FDP waren in dieser Alterskategorie bei den Männern deutlich übervertreten, während diese beiden rechten Parteien bei den Frauen klar unterdurchschnittlich abschnitten. Am häufigsten wählten die Frauen dieser Altersklasse SP oder grün. In der jüngsten Alterskategorie (18- bis 24-Jährige) gibt es hingegen keine nennenswerten Unterschiede im Wahlverhalten zu berichten. Deutlich weniger ausgeprägt, aber dennoch vorhanden, ist der Geschlechtergraben auch bei Wählenden ab 45 Jahren.

Die Analyse der Wähleranteile nach dem Zivilstand zeigt, dass die beiden Mitte-Parteien FDP und CVP bei verheirateten Wählenden am besten abschnitten. Die Polparteien SVP und SP dagegen wurden überdurchschnittlich oft von Verwitweten gewählt, was wohl dem Alterseffekt dieser Gruppe geschuldet ist. Ledige Personen – hierbei handelt es sich zu meist um jüngere Berufstätige oder Studierende – gaben ihre Stimme besonders oft den beiden ökologischen Parteien.

Bei der Religionszugehörigkeit fällt auf, dass die CVP nach wie vor bei den Katholikinnen und Katholiken äusserst beliebt ist. In dieser Gruppe ist die CVP die zweitstärkste politische Kraft und praktisch gleichauf mit der SVP. Dagegen wählten Protestantinnen und Protestanten sowie Konfessionslose kaum je die CVP. Protestantische Wahlberechtigte entschieden sich überdurchschnittlich oft für die SVP und FDP, während GLP, SP und GPS häufiger von konfessionslosen Wählenden Unterstützung erhielten.

Untersucht man das Wahlverhalten nach Migrationshintergrund, kann festgestellt werden, dass die SP und GPS sowohl bei eingebürgerten Personen als auch bei Schweizerinnen und Schweizern seit Geburt, bei denen aber mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde, überdurchschnittlich gut abschnitten. Beide linken Parteien erzielten jeweils ca. fünf Prozentpunkte mehr Wähleranteil verglichen zum Gesamtwahlergebnis. Dagegen verzeichnete die SVP in diesen beiden Gruppen mit Migrationshintergrund ein deutlich unterdurchschnittliches Ergebnis: Sie wurde nur von etwa jedem Fünften gewählt. Wählende, die keinen Migrationshintergrund haben, entschieden sich überdurchschnittlich oft für die SVP. Fast drei von zehn Personen aus dieser Gruppe gaben ihre Stimme der wählerstärksten Partei.

Grafik 5 Wahlentscheid nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen 2019 (in %)

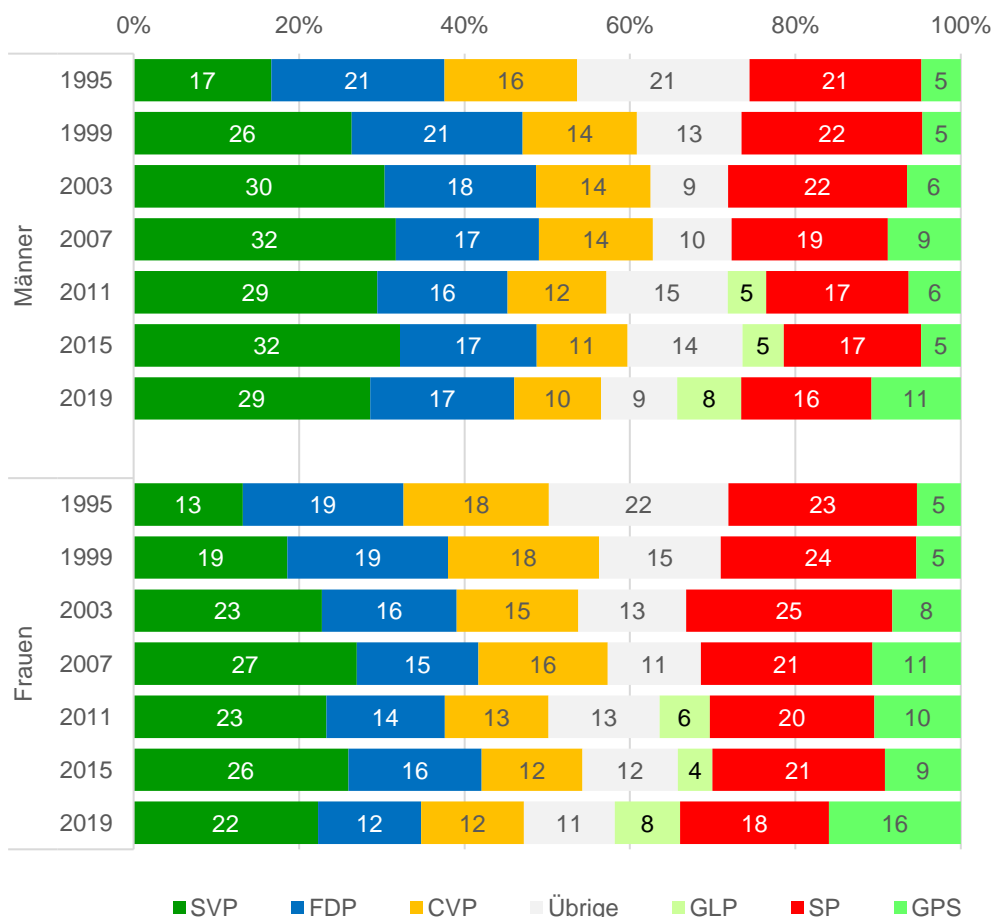


Lesebeispiel: Bei den Männern gaben 29% an, SVP gewählt zu haben, 17% FDP, 10% CVP, 9% übrige Parteien, 8% GLP, 16% SP und 11% GPS. (N gewichtet: Männer 2494; Frauen 2224; 18-24 299; 25-34 480; 35-44 720; 45-54 843; 55-64 948; 65-74 891; 75+ 535; Verheiratet 2804; Ledig 1192; Geschieden/Getrennt 500; Verwitwet 210; Protestantisch 1627; Katholisch 1843; Andere Religion 166; Konfessionslos 1072; beide Eltern in CH geboren 3643; mind. ein Elternteil im Ausland geboren 455; eingebürgert 594).

Vergleicht man die beiden soziodemografischen Merkmale Geschlecht und Alter über die Zeit, zeichnen sich interessante Entwicklungen ab. Die Selects-Studie existiert in dieser Form seit 1995, weshalb sich über die letzten sieben eidgenössischen Wahlen Vergleiche anstellen lassen.

Die Grafik 6 bildet den Wahlentscheid zugunsten der sechs grössten Parteien aufgeschlüsselt nach Geschlecht seit den Wahlen 1995 ab. Ein ausgeprägter Gender-Gap zeigt sich insbesondere bei SVP-Wählenden: Die Polpartei erzielte bei Männern stets ein deutlich besseres Resultat als bei Frauen. Die SVP ist bei den Männern zwar nach wie vor übervertreten, verlor 2019 aber bei beiden Geschlechtern gleichermassen an Boden. Kleine Geschlechterunterschiede sind in der Tendenz auch bei der FDP und CVP auszumachen. In sämtlichen untersuchten Wahlen war der Wähleranteil der FDP unter den Männern grösser als unter den Frauen. Diese Differenz betrug 1995 noch lediglich zwei Prozentpunkte und steigerte sich 2019 auf fünf Prozentpunkte. Bei der CVP zeigt sich ein umgekehrtes Muster. Die Frauen wählten die CVP stets ein wenig öfter als dies die Männer taten. Demgegenüber ist das Geschlechtergefälle bei den Linksparteien SP und GPS stärker ausgeprägt. Die Frauen legten stets über-, die Männer hingegen unterdurchschnittlich oft SP ein. Der Wähleranteil der Grünen liegt bei den Frauen seit 2011 vier bis fünf Prozentpunkte über demjenigen der Männer.

Grafik 6 Wahlentscheid nach Geschlecht 1995-2019 (in %)

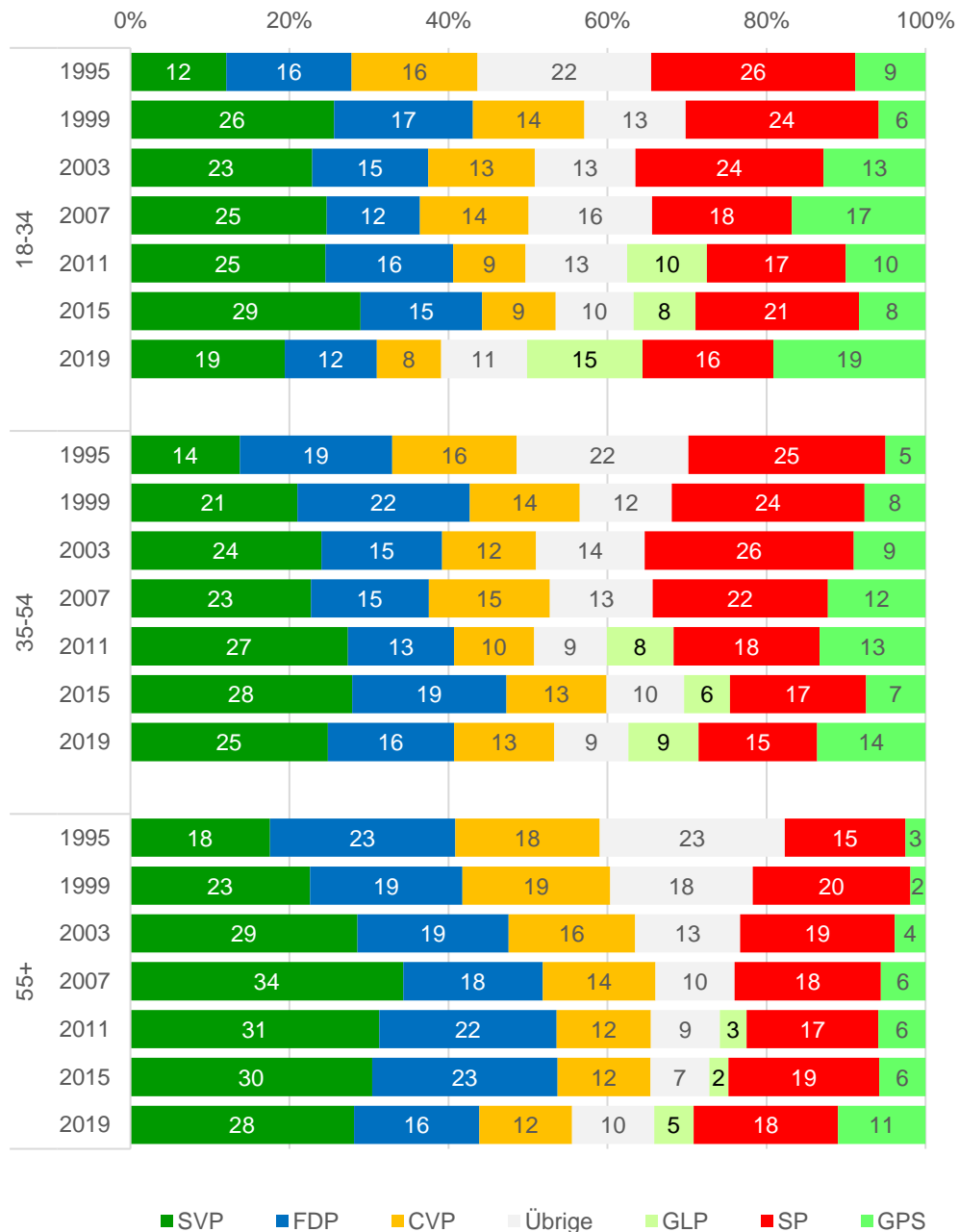


Lesebeispiel: 1995 wählten bei den Männern 17% SVP, 21% FDP, 16% CVP, 21% übrige Parteien, 21% SP und 5% GPS. (N gewichtet: Männer 1995 1429; 1999 687; 2003 1262; 2007 1010; 2011 1015; 2015 1960; 2019 2494; Frauen 1995 1456; 1999 613; 2003 1265; 2007 993; 2011 1005; 2015 1790; 2019 2224).

Die verschiedenen Altersgruppen zeichnen sich ebenfalls durch bemerkenswerte Differenzen bezüglich der Parteiwahl über die Zeit aus (vgl. Grafik 7). Die Grünen und die Grünliberalen haben ihren Wahlerfolg im Wesentlichen den unter 35-jährigen Wahlberechtigten zu verdanken. Schon seit Beginn der Messreihe unterstützte dieser Teil des Elektorats die GPS überdurchschnittlich stark. Im Vergleich zu 2015 war der Zuwachs in dieser Altersgruppe aber enorm: Der GPS-Wähleranteil stieg bei den 18- bis 34-Jährigen von acht auf 19 Prozent, wurde also mehr als verdoppelt. Unter den 35-54-Jährigen wurde eine Verdoppelung des Grünen-Wähleranteils registriert und bei den über 54-Jährigen beinahe ebenso. Die GLP ist ähnlich wie die Grünen im jungen Elektorat ausserordentlich gut verankert. Gegenüber 2015 erzielte sie bei 18- bis 34-Jährigen eine Verdoppelung ihres Wähleranteils. Auch in der Gruppe der über 54-Jährigen Wählenden war dies der Fall. Mit lediglich fünf Prozent Wähleranteil bleibt die GLP in dieser zahlenmässig starken Gruppe aber weiterhin untervertreten.

Während die beiden ökologischen Parteien ihren Wähleranteil in der jüngsten Altersklasse am stärksten ausbauen konnten, fuhren umgekehrt die SP und SVP in dieser Altersgruppe die grössten Verluste ein. Die SP verliert nicht nur in der jüngsten, sondern auch in der mittleren Wählergruppe stetig an Wähleranteilen. Zwischen 1995 und 2019 betrug der Verlust in diesen beiden Altersklassen jeweils zehn Prozentpunkte. Wählte 1995 noch jede/r vierte 18- bis 54-Jährige die Sozialdemokraten, war es 2019 nur noch jede/r sechste. Halten konnte sich die SP in der Gruppe der über 54-Jährigen. Während sie 1995 bis 2011 noch (z.T. deutlich) unterdurchschnittliche Unterstützung von über 54-Jährigen erfuhr, wird die SP seit 2015 leicht überdurchschnittlich oft von dieser Altersgruppe gewählt. Auch die SVP büsste in der jüngsten Alterskategorie stark an Wähleranteil ein: Zwischen 2015 und 2019 verlor sie zehn Prozentpunkte. Halten konnte sich die SVP bei den über 35-jährigen Wählenden. In der Gruppe der über 54-Jährigen ist sie übervertreten – dies war sie aber bereits zwischen 1995 und 2015. Neben den beiden Polparteien bekunden auch die FDP und CVP zunehmend Mühe, die junge Wählerschaft für sich zu gewinnen. Deren Wähleranteile in der Gruppe der 18- bis 34-Jährigen haben seit 1995 stetig abgenommen und kamen 2019 noch auf zwölf bzw. acht Prozent zu liegen.

Grafik 7 Wahlentscheid nach Altersgruppen 1995-2019 (in %)



Lesebeispiel: 1995 wählten unter den 18- bis 34-Jährigen 12% SVP, 16% FDP, 16% CVP, 22% übrige Parteien, 26% SP und 9% GPS. (N gewichtet: 18-34 1995 661; 1999 240; 2003 405; 2007 301; 2011 336; 2015 713; 2019 778; 35-54 1995 1209; 1999 528; 2003 983; 2007 703; 2011 753; 2015 1321; 2019 1563; 55+ 1995 1048; 1999 545; 2003 1200; 2007 1033; 2011 946; 2015 1716; 2019 2375).

3.1.2 Sozioökonomische Merkmale

Neben soziodemografischen spielen auch sozioökonomische Merkmale eine bedeutende Rolle für den Wahlentscheid. Darunter fallen beispielsweise die Bildung, das Einkommen, die subjektiv empfundene Einkommenssituation oder der Beschäftigungssektor. In der Grafik 8 wird die Parteiwahl nach diesen ausgewählten sozioökonomischen Merkmalen aufgeschlüsselt.

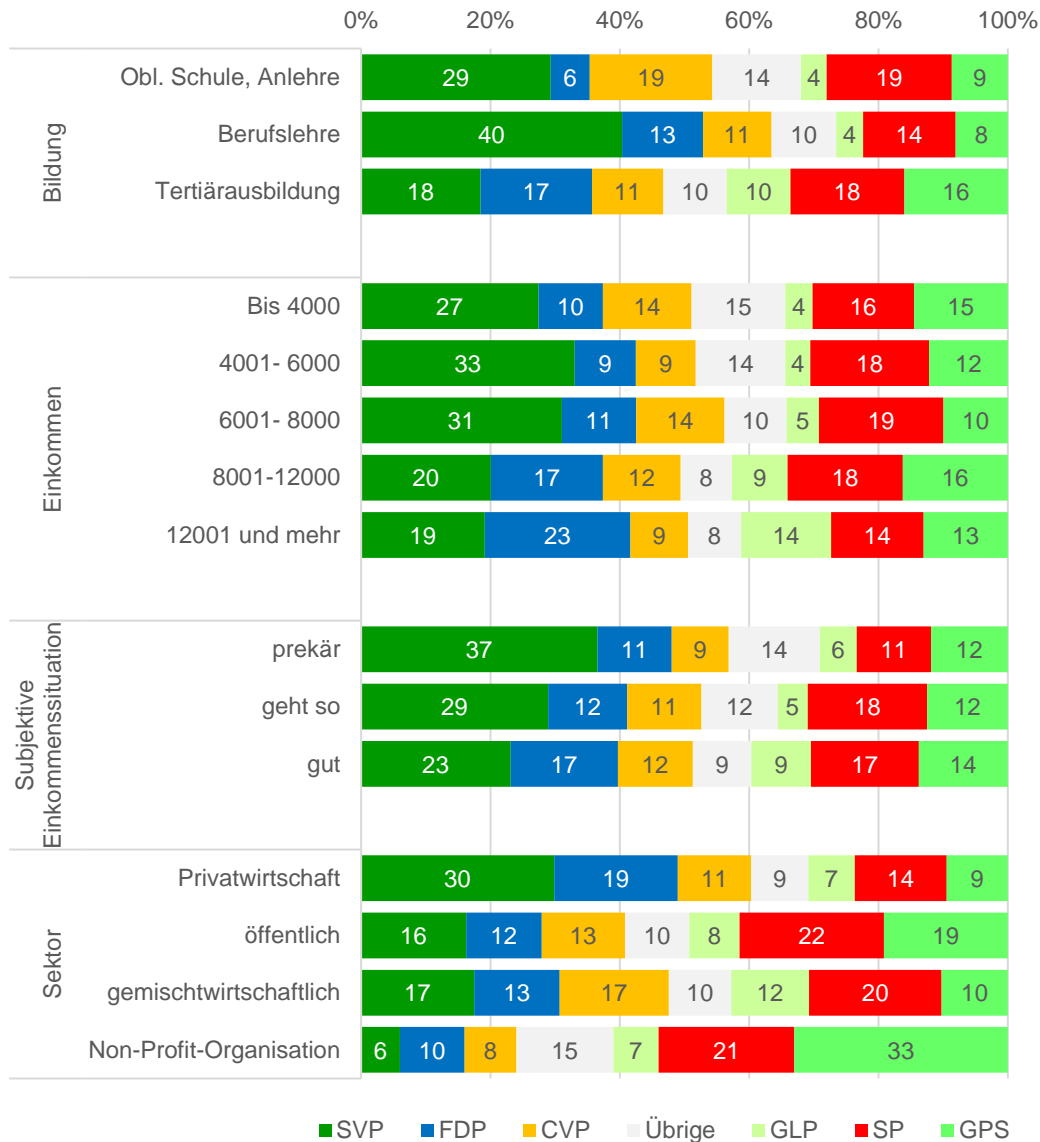
Deutliche Unterschiede im Wahlverhalten gibt es zunächst in Abhängigkeit von der höchsten abgeschlossenen Ausbildung. Unter denjenigen Wählenden, die die obligatorische Schule oder eine Anlehre als höchsten Bildungsabschluss angaben, sind die SVP, CVP und SP übervertreten. Mit 19 Prozent Wähleranteil in dieser Merkmalsgruppe liegt die CVP am stärksten über ihrem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 11.4 Prozent. Die Übervertretung der SVP ist hingegen bei Absolventinnen und Absolventen einer Berufslehre deutlich ausgeprägt: 40 Prozent dieser Bildungsklasse votierten für die SVP. Die ökologischen Parteien hatten bei den ersten beiden Bildungsgruppen einen schweren Stand; sie wurden klar unterdurchschnittlich oft gewählt. Die Anliegen der GLP und GPS fruchteten offenbar vor allem bei Personen, welche über eine Tertiärbildung verfügen. Ein höheres Bildungsniveau ging ausserdem mit einer stärkeren FDP-Wahl einher, während die SVP in dieser Gruppe nur unterdurchschnittlich oft gewählt wurde.

Gemessen am Bruttohaushaltseinkommen befragter Personen ist die SVP bei allen Einkommensklassen die wählerstärkste Partei – ausser bei denjenigen, die über ein Einkommen von mehr als 12'000 Franken pro Monat verfügen. In dieser Kategorie läuft nämlich die FDP der SVP den ersten Rang ab. In der höchsten Einkommensklasse ist überdies die GLP stark übervertreten. Mit 14 Prozent erzielten die Grünliberalen in dieser Gruppe einen Wähleranteil, der fast dem Doppelten ihres Wahlergebnisses entspricht. Für die CVP, SP und GPS sind hingegen keine eindeutigen Tendenzen auszumachen.

Anstatt blosses Bruttoeinkommen zu erfassen, liefert die subjektiv empfundene Einkommenssituation von befragten Studienteilnehmenden oftmals eine akkuratere Möglichkeit herauszufinden, wie es um die finanziellen Verhältnisse der Bürgerinnen und Bürger steht. Die Parteiwahl aufgeschlüsselt nach diesem Indikator erlaubt einige nennenswerte Erkenntnisse. Unter jenen, die mit dem verfügbaren Geld nicht gut über die Runden kommen, ist die SVP mit 37 Prozent markant übervertreten. Dagegen sind die FDP und SP in dieser Gruppe deutlich untervertreten. In der Gruppe derjenigen Wählenden, die mit dem verfügbaren Geld mehr oder weniger gut über die Runden kommen, sind sowohl die SVP als auch die SP leicht übervertreten. Schliesslich zeichnen sich diejenigen, welche die eigene Einkommenssituation als gut einstufen, durch eine leicht überdurchschnittliche FDP- und GLP-Wahl aus. Die SVP steht zwar auch in dieser Gruppe an erster Stelle, wird aber gemessen an ihrem Gesamtähleranteil von 25.6 Prozent ein bisschen weniger oft gewählt.

Klare Unterschiede fördert ausserdem die Analyse des Wahlverhaltens nach dem Beschäftigungssektor der befragten Personen zutage. Die SVP hat ihr Standbein vor allem in der Privatwirtschaft: Drei von zehn in der Privatwirtschaft beschäftigten Wählenden gaben ihr am 20. Oktober 2019 ihre Stimme. Demgegenüber ist die SVP bei Angestellten in anderen Sektoren stark untervertreten. Neben der SVP erhielt auch die FDP überdurchschnittlich grosse Unterstützung aus der Privatwirtschaft; jede/r Fünfte votierte für die bürgerliche Mitte-Rechts-Partei. Linke Parteien hatten unter Wählenden aus der Privatwirtschaft hingegen einen schweren Stand. Sowohl die SP als auch die Grünen wurden von diesen Wahlberechtigten unterdurchschnittlich oft gewählt. Das stärkste Wählersegment der linken Parteien findet sich indes im öffentlichen Sektor und bei Angestellten von Non-Profit-Organisationen. Angestellte von gemischtwirtschaftlichen Unternehmen (z.B. Swisscom oder Schweizerische Nationalbank) sprachen sich ihrerseits überdurchschnittlich stark für die CVP, GLP und die SP aus.

Grafik 8 Wahlentscheid nach ausgewählten sozioökonomischen Merkmalen 2019 (in %)



Lesebeispiel: Unter Personen deren höchster Bildungsabschluss die obligatorische Schule oder eine Anlehre ist, gaben 29% an, SVP gewählt zu haben, 6% FDP, 19% CVP, 14% übrige Parteien, 4% GLP, 19% SP und 9% GPS. (N gewichtet: Obl. Schule, Anlehre 300; Berufslehre 1335; Tertiärausbildung 3018; Bis 4000 503; 4001-6000 796; 6001- 8000 915; 8001-12000 1310; 12001 und mehr 989; prekär 227; geht so 1244; gut 3159; Privatwirtschaft 1917; öffentlich 1186; gemischtwirtschaftlich 166; Non-Profit-Organisation 100).

3.2 Der Wahlentscheid nach politischen Merkmalen

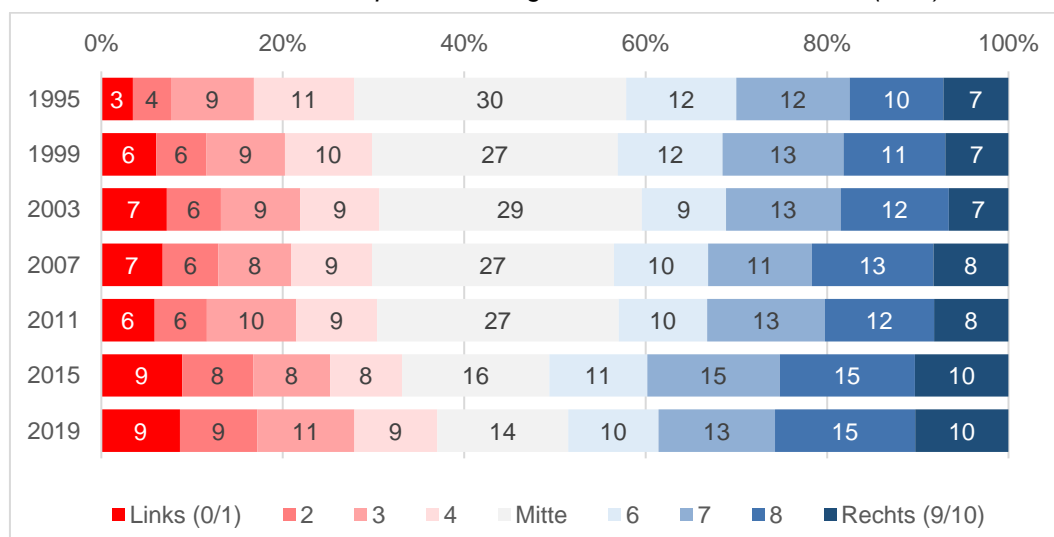
Im Vergleich zu sozialen Merkmalen üben politische Merkmale oft einen stärkeren Einfluss auf den Wahlentscheid aus. Dies hängt damit zusammen, dass letztere zeitlich näher am Wahlentscheid liegen und damit unmittelbar in die Entscheidungsfindung einfließen. Die zuvor besprochenen soziodemografischen und sozioökonomischen Faktoren stehen sinnbildlich dafür, in welchem sozialen Umfeld sich das Individuum bewegt und ebnen sozusagen den Weg zu politischen Erfahrungen und Prägungen, die in diesem Umfeld möglich sind. In diesem Kapitel werden nun verschiedene politische Merkmale und deren Verbindung zur Parteiwahl analysiert. Es sind dies die Links-Rechts-Selbstpositionierung, politische Werthaltungen und das Problembewusstsein.

3.2.1 *Links-Rechts-Selbstpositionierung*

Zunächst verorten sich Wählerinnen und Wähler meist in einer Grunddimension des politischen Raumes. Das klassische Links-Rechts-Schema stellt eine solche Grunddimension dar und eignet sich gut als Koordinatensystem. Die meisten politischen Parteien können auf der Links-Rechts-Achse platziert werden und ein grosser Teil der Wahlberechtigten ist ebenfalls in der Lage, sich in diesem politischen Spektrum einzuordnen. Auf die entsprechende Frage in unserer Studie wussten nur zwei Prozent der Wählenden keine Antwort. Zu beachten ist aber, dass einige Befragte dazu neigen, sich in der Mitte zu positionieren, weil sie sich ihrer politischen Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Achse nicht sicher sind oder sich als ideologisch ungebunden bezeichnen.

Infobox: Die Links-Rechts-Selbstpositionierung der Wählenden über die Zeit

Auf einer 11-stufigen Skala, die von 0 (links) bis 10 (rechts) reicht, ordneten sich 14 Prozent aller an den Wahlen 2019 teilnehmenden Personen, welche die Frage beantwortet hatten, in der Mitte ein (vgl. Grafik 9). Geringfügig mehr Wählende, nämlich 15 Prozent, gaben den Wert 8 auf der Links-Rechts-Skala an. Vergleicht man die Links-Rechts-Positionierung der Wählerschaft über die vergangenen Selects-Studien, lässt sich festhalten, dass in den letzten 24 Jahren eine Polarisierung stattgefunden hat. Im rechten Lager stieg der Anteil jener, die sich weiter rechts – und nicht moderat rechts – positionieren. Auf der linken Seite zeigt sich ein ähnliches Bild: Während der Anteil moderat Linker (Wert 4) zwischen 1995 und 2019 minim abnahm, steigerte sich der Anteil derjenigen, die sich weiter links einstufen. Die Polarisierung in der Wählerschaft ist ausserdem am Umstand erkennbar, dass es in der untersuchten Zeitperiode zu einem massiven Einbruch in der Mitte gekommen ist: Der Anteil jener, die sich in der Mitte des politischen Spektrums verorten, hat sich zwischen 1995 und 2019 halbiert.

Grafik 9 Links-Rechts-Selbstpositionierung der Wählenden 1995-2019 (in %)

Lesebeispiel: Auf einer Skala von 0 bis 10, auf der 0 links und 10 rechts bedeuten, positionierten sich 1995 3% der Wählenden ganz links (0 oder 1), 30% in der Mitte und 7% ganz rechts (9 oder 10). (N gewichtet: Wählende 1995 2992; 1999 1343; 2003 2638; 2007 2045; 2011 2132; 2015 3611; 2019 4625).

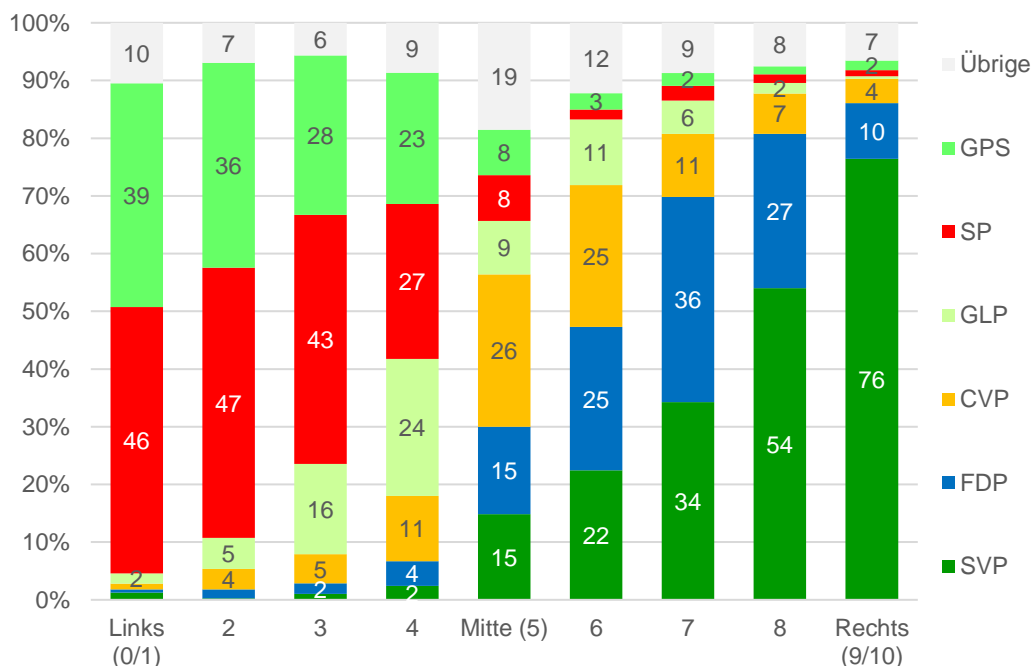
Wenn man die Links-Rechts-Positionierung der einzelnen Parteiwählerschaften untersucht, zeigt sich, dass die allgemeine Polarisierung der Wählenden vor allem daher rührt, dass die Wählerschaften der SVP und FDP stark nach rechts gerutscht sind, während die Wählerschaften der SP und GPS – in etwas geringerem Ausmass – nach links gerutscht sind (vgl. dazu Grafik A.1 im Anhang). In der CVP-Wählerschaft haben in den letzten 24 Jahren hingegen keine namhaften Verschiebungen stattgefunden. Im Gegenteil: Die CVP-Wählenden zeichnen sich durch eine überaus stabile Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Achse aus.

Wie wirkt sich nun die persönliche Links-Rechts-Selbsteinschätzung auf die Parteiwahl aus? Anders formuliert: Welche nach diesem politischen Merkmal gebildeten Wählergruppen gaben bei den eidgenössischen Wahlen 2019 welcher Partei ihre Stimme? Aufschluss über das Zusammenspiel der Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Achse und dem Wahlentscheid liefert die Grafik 10.

Relativ klar präsentiert sich die Lage für Wählende, die sich politisch linksaussern, d.h. von 0 bis 2 auf der 11-stufigen Skala, verorten. Fast die Hälfte dieser Personen gab 2019 der SP ihre Stimme. Überaus grossen Zuspruch erfuhren auch die Grünen in diesem Lager: knapp vier von zehn linksaussern stehenden Wahlteilnehmerinnen und -teilnehmern wählten grün. Im Lager der moderat Linken (3 und 4) erhielten die beiden Linksparteien Konkurrenz durch die GLP, welche mit zwischen 16 und 24 Prozent der Stimmen überdurchschnittlich hohe Wähleranteile auf sich vereinte. Elf Prozent der Wahlteilnehmenden, die angaben, auf der Links-Rechts-Achse beim Wert 4 zu stehen, wählten die CVP, was ziemlich genau deren gesamtschweizerischem Wähleranteil entspricht. Am meisten punktete die CVP im Lager der politischen Mitte: Jede/r Vierte wählte dort die Christdemokraten. Überdurchschnittlich oft legten in der Mitte stehende Personen auch GLP ein.

Leicht rechts der Mitte, unter Wählenden die sich den Wert 6 zuschreiben, schnitten die Mitteparteien CVP und FDP klar am besten ab. Mit je einem Viertel Wähleranteil in dieser Gruppe erreichten sie einen deutlich überdurchschnittlichen Zuspruch. Auch die GLP erfreute sich in dieser Gruppe starker Unterstützung, wurde sie doch von mehr als jeder/m Zehnten gewählt. Wählende, die sich auf der Links-Rechts-Achse bei 7 oder 8 einstufen, also moderat rechts stehen, favorisierten klar die FDP und die SVP. Die FDP erzielte bei ersterer Gruppe ihr bestes Resultat: Mehr als ein Drittel schrieb hier FDP auf den Wahlzettel. Die CVP erreichte in dieser Gruppe immerhin einen Wähleranteil der ihrem Gesamtergebnis entspricht. In der zweiten Gruppe konnte die SVP mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich vereinen (54%), während die FDP mit 27 Prozent ebenfalls deutlich übervertreten war. Ganz rechtsaussern stand die SVP mit einem Wähleranteil von drei Vierteln beinahe konkurrenzlos da. Lediglich zehn Prozent rechtsaussern stehender Wählerinnen und Wähler entschieden sich für die FDP, die Anteile weiterer Parteien waren dagegen verschwindend klein.

Grafik 10 Links-Rechts-Selbstpositionierung und Wahlentscheid 2019 (in %)



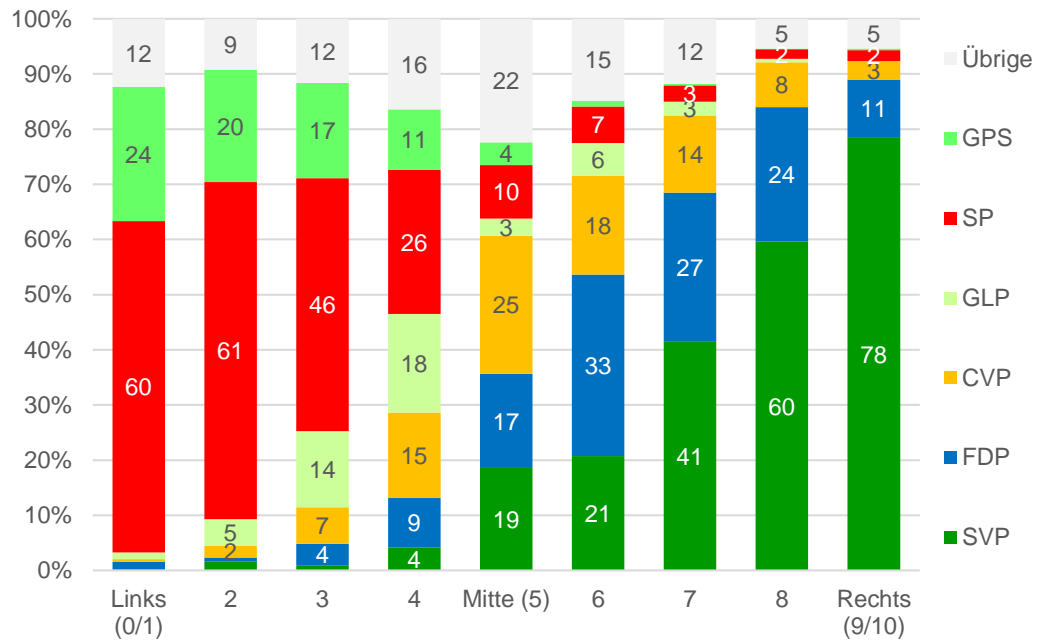
Lesebeispiel: Von jenen, die 2019 angaben, ganz links zu stehen (0 oder 1), wählten 46% die SP, 39% die GPS und 10% eine übrige Partei (N gewichtet: 4579).

Im Vergleich zu den eidgenössischen Wahlen 2015 sind einige Veränderungen bezüglich des Zusammenspiels von Links-Rechts-Selbstpositionierung und Wahlentscheid zu berichten. Die Grafik 11 illustriert die Parteiwahl 2015 aufgeschlüsselt nach der politischen Selbstverortung aller Wahlteilnehmenden und erlaubt eine Analyse der Entwicklungen in den vergangenen vier Jahren.

Bereits damals dominierte die SVP den rechten Rand des politischen Spektrums sehr deutlich. In der Gruppe der Personen, die sich bei den Werten 7 oder 8 einstufen, musste sie zwischen 2015 und 2019 mit sechs bzw. sieben Prozentpunkten aber empfindliche Verluste einstecken. In dieser Gruppe gelang es im Gegenzug der FDP, ihre Stellung zu verbessern. Unter denjenigen, die den Wert 7 auf der Links-Rechts-Achse angaben, verzeichnete die FDP einen besonders starken Zuwachs ihres Wähleranteils – von 27 Prozent im Jahr 2015 auf 36 Prozent im Jahr 2019. Bei leicht rechts der Mitte stehenden Wählenden (6) schrumpfte der Wähleranteil der FDP von ehemals 33 auf nunmehr 25 Prozent. Dies dürfte mit dem Umstand zusammenhängen, dass die FDP-Wählerschaft insgesamt stärker nach rechts gerutscht ist (vgl. Grafik A.1 im Anhang), womit ihr stärkster Zuspruch nun eben nicht mehr aus der Gruppe der *leicht* (6), sondern *etwas weiter* (7) rechts stehenden Wählenden kommt. Diese Entwicklung half insbesondere der CVP, aber auch der GLP, die beide bei den leicht rechts der politischen Mitte stehenden Personen (6) zwischen 2015 und 2019 Wähleranteile hinzugewinnen konnten. Bei Personen, die sich in der Mitte des politischen Spektrums verorten, stehen keine besonderen Veränderungen in den letzten vier Jahren ins Auge. Erwähnenswert ist aber die Verdreifachung des GLP-Wähleranteils in dieser zahlenmässig bedeutenden Wählergruppe.

Links der Mitte sind deutliche Verschiebungen in den Wähleranteilen zwischen 2015 und 2019 auszumachen. Die Grünen konnten bei allen Personen, die sich auf der Links-Rechts-Skala von 0 bis 4 einstufen, gegenüber 2015 massiv zulegen. Unter Wählenden, die sich leicht links der Mitte positionieren (4), erreichte die GPS mehr als eine Verdoppelung ihres Wähleranteils und in der Gruppe jener, die sich beim Wert 3 einstufen, stieg die Unterstützung der Grünen von 17 auf 28 Prozent. Diese Entwicklung ging besonders zulasten übriger Kleinparteien und, in einem kleineren Ausmass, zulasten der CVP, während die SP ihre hohen Wähleranteile bei den moderaten Linken (3 und 4) halten konnte. Anders sieht es allerdings im Lager der linksausseren stehenden (0 bis 2) Wählenden aus. Der starke Zuwachs des GPS-Wähleranteils ging eindeutig auf Kosten der SP. Während 2015 noch zwischen 20 und 24 Prozent der am linken Rand stehenden Wählerschaft grün einlegte, waren es 2019 fast vier von zehn. Die Grünen haben sich am äusseren linken Rand des politischen Spektrums damit als ernstzunehmende Konkurrenz zur SP etabliert, welche ihrerseits einen grossen Wähleranteilverlust von 14 Prozentpunkten in dieser Gruppe hinnehmen musste.

Grafik 11 Links-Rechts-Selbstpositionierung und Wahlentscheid 2015 (in %)



Lesbeispiel: Von jenen, die 2015 angaben, ganz links zu stehen (0 oder 1), wählten 60% die SP, 24% die GPS und 12% eine übrige Partei (N gewichtet: 3546).

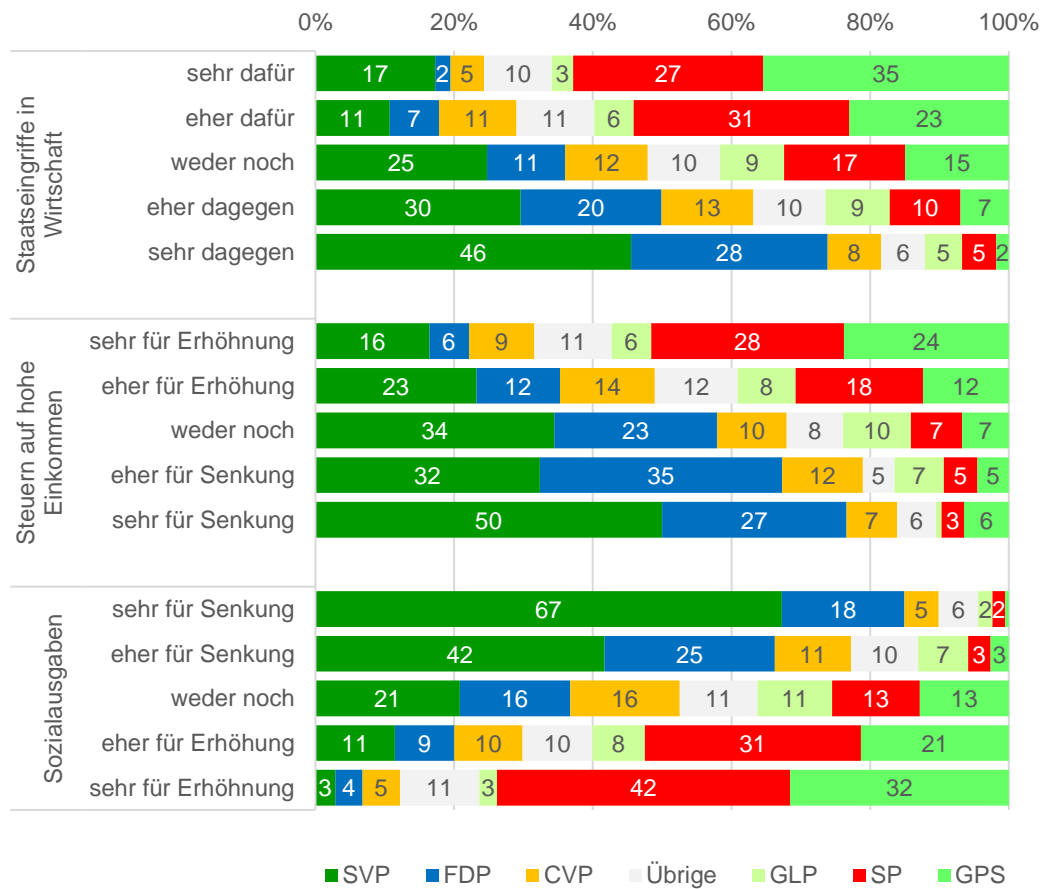
3.2.2 Politische Wertehaltungen

Der politische Raum lässt sich neben der klassischen Links-Rechts-Achse weiter strukturieren. Wahlentscheide und viele politische Sachfragen unterliegen einer multidimensionalen Beurteilung durch die Bürgerinnen und Bürger. Im Wesentlichen beschreibt die Politikwissenschaft zwei Hauptkonfliktlinien, nämlich eine ökonomische und eine kulturelle, welche die politischen Grundeinstellungen bis zu einem gewissen Grad vorstrukturieren. Der politische Konflikt entlang der ökonomischen Achse dreht sich insbesondere um die Frage, inwiefern der Staat in das wirtschaftliche Leben eingreifen soll. Am einen Ende der Achse befinden sich diejenigen, die den Staatsinterventionismus klar befürworten, am anderen Ende dagegen solche, welche eine freie Marktwirtschaft ohne jeglichen Staatseingriff propagieren. Auf der kulturellen Dimension werden politische Konflikte ausgetragen, die sich um die Offenheit einer Gesellschaft drehen, aber auch um Gegensätze zwischen materialistischen (z.B. Sicherheit) und postmaterialistischen Werten (z.B. Umweltschutz). Am traditionellen, nationalistischen, materialistischen Pol hält man an kulturellen Bräuchen und Gewohnheiten fest und möchte die eigene Nation von äusseren Einflüssen möglichst schützen. Im Gegensatz dazu herrscht am gesellschaftsliberalen, offenen, postmaterialistischen Pol die Vorstellung einer Gesellschaft vor, in der alle Kulturen, sexuellen Orientierungen und unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens gleichermassen akzeptiert werden und die sich gegenüber dem Ausland öffnet.

Die Wählenden schreiben zumeist Kandidierende auf ihre Wahlzettel, die ihre grundlegenden politischen Überzeugungen teilen, zumal sie sich wünschen, dass diese im Parlament angemessen vertreten werden. Sie wählen also Kandidatinnen und Kandidaten aus Parteien, die ihnen im politischen Raum am nächsten stehen. Inwiefern Kandidierende und Wählende in ihren Ansichten tatsächlich übereinstimmen, wird im Kapitel 5 erläutert. Selbstverständlich gibt es zahlreiche politische Sachfragen, welche sowohl die ökonomische als auch die kulturelle Dimension tangieren bzw. zu deren Lösung Konflikte entlang beider Achsen auftreten. Im Folgenden werden einige grundlegende, in der Selects-Studie abgefragten politische Wertehaltungen mit dem Wahlentscheid in Verbindung gebracht. Die Grafik 12 illustriert, wie sich die individuelle Positionierung zu drei Wertefragen auf der ökonomischen Dimension auf den Entscheid zugunsten der sechs grössten Parteien auswirkt.

Sozusagen als Grundfrage auf der ökonomischen Dimension kann die Einstellung gegenüber mehr Staatseingriffen in die Wirtschaft genannt werden. Die an der Wahlstudie teilnehmenden Personen wurden gefragt, ob sie sich mehr Staatseingriffe in die Wirtschaft wünschen oder aber mehr Wettbewerb auf dem Markt. Gemessen an den Antworten zeigen sich markante Unterschiede im Wahlverhalten. Diejenigen Wählenden, welche sich für mehr Staatsinterventionen aussprechen, wählten klar überdurchschnittlich oft die SP oder die Grünen. Die SVP und FDP wurden dagegen in dieser Gruppe kaum gewählt. Umgekehrt wählten Personen, die mehr Wettbewerb auf dem Markt befürworteten, am häufigsten die SVP und FDP. Das gleiche Muster ergibt sich bei der Frage, ob die Steuern auf hohen Einkommen erhöht oder gesenkt werden sollten. Diejenigen Bürgerinnen und Bürger, welche höhere Steuern für Reiche klar befürworteten, wählten überdurchschnittlich oft linksgrün. Unter Wählenden, die sich für eine Senkung dieser Steuern aussprechen, erzielten die SVP und FDP einen massiven Stimmenüberhang. Gar jede/r Zweite aus der Gruppe, die deutlich für eine solche Steuersenkung ist, wählte am 20. Oktober 2019 die SVP. Eine sogar noch stärkere Unterstützung erfuhr die SVP im Lager derjenigen, die eine Senkung der Sozialausgaben als sehr wünschenswert erachten. Zwei Drittel gaben dort ihre Stimme der wählerstärksten Partei. Mit 18 Prozent Wähleranteil war auch die FDP in dieser Gruppe übervertreten. In der Gruppe derjenigen, die sich in der Frage der Sozialausgaben nicht positionieren wollten oder konnten, erreichten die CVP und GLP deutlich überdurchschnittliche Wähleranteile. Wer für eine Erhöhung der Sozialausgaben ist, gab seine Stimme am häufigsten der SP gefolgt von den Grünen. Kurz: Wer mehr Staatseingriffe, höhere Steuern für Reiche und mehr Sozialausgaben befürwortet, wählte überdurchschnittlich oft linksgrün, umgekehrt rechtsbürgerlich.

Grafik 12 Ökonomische Wertehaltungen und Wahlentscheid 2019 (in %)

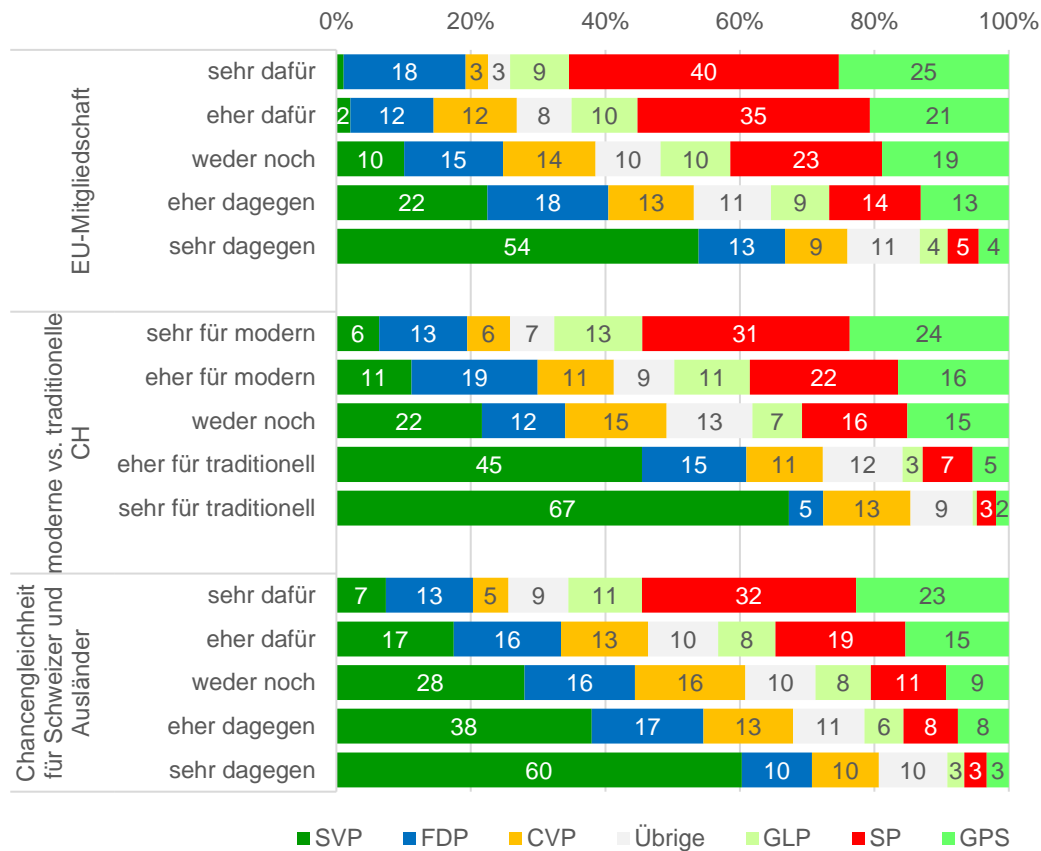


Lesebeispiel: Unter denjenigen, die Staatseingriffe in die Wirtschaft sehr befürworten, gaben 17% an, SVP gewählt zu haben, 2% FDP, 5% CVP, 10% übrige Parteien, 3% GLP, 27% SP und 35% GPS (N gewichtet: 4675-4692).

Grundlegende Wertehaltungen, die eher der kulturellen Dimension zuzuordnen sind, umfassen Fragen nach einer EU-Mitgliedschaft der Schweiz, dem Schutz der Traditionen oder der Chancengleichheit zwischen Schweizern und Ausländern. Die Grafik 13 schlüsselt das Antwortverhalten zu kulturellen Wertefragen nach der Parteiwahl auf.

Ob die Schweiz Mitglied der Europäischen Union werden soll oder nicht, ist in der Wählerschaft praktisch unbestritten. Insgesamt sprachen sich in der Selects-Studie nur 20 Prozent sehr oder eher für einen EU-Beitritt aus, während 63 Prozent sehr oder eher dagegen waren (16% weder noch). Die Gruppe der EU-Befürworter ist demnach zahlenmässig relativ klein. Die Frage lässt aber trotzdem Rückschlüsse auf die Parteiwahl zu. Vom Befürworter-Lager bis in dasjenige der "Weder-noch"-Sager hinein erzielten die GLP, SP und GPS zu meist deutlich überdurchschnittliche Wähleranteile. Wer angab, ganz klar gegen eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz zu sein, wählte in mehr als der Hälfte aller Fälle die SVP. Alle anderen Parteien erhielten von dieser Gruppe z.T. massiv unterdurchschnittlichen Zuspruch. Ein klares Muster bezüglich der Parteiwahl ergibt auch das Antwortverhalten auf die Frage, ob man eher für eine Schweiz sei, die modern ist oder die ihre Traditionen schützt. Wer für eine moderne Schweiz einsteht, wählte überdurchschnittlich oft die FDP, GLP, SP oder Grünen. Verfechterinnen und Verfechter der Schweizer Traditionen gaben ihre Stimme hingegen grossmehrheitlich der SVP. Des Weiteren wurden die Studienteilnehmenden gefragt, ob Schweizer und Ausländer die gleichen Chancen oder aber Schweizer bessere Chancen als Ausländer haben sollten. Wer stark für eine Chancengleichheit eintritt, entschied sich deutlich überdurchschnittlich oft für die GLP-, SP oder GPS-Wahl. Je stärker sich Individuen dafür aussprachen, dass Schweizer bessere Chancen als Ausländer haben sollten, desto besser schnitt die SVP ab. Gar sechs von zehn überzeugten Gegnern der Chancengleichheit gaben ihre Stimme der SVP. Zusammenfassend wählten Personen, welche die EU-Mitgliedschaft unterstützen, für eine moderne Schweiz einstehen und die Chancengleichheit zwischen Schweizern und Ausländern befürworten, sich also insgesamt eher am gesellschaftsliberalen, offenen Pol der kulturellen Achse befinden, überdurchschnittlich stark die GLP, SP und GPS sowie – in geringerem Ausmass – die FDP. Umgekehrt fand die SVP unter Wählenden am traditionellen, nationalistischen Pol den weitaus grössten Zuspruch. Die CVP ihrerseits erzielte bei den in kulturellen Wertefragen mittig Positionierten stets ihr bestes Ergebnis.

Grafik 13 Kulturelle Wertehaltungen und Wahlentscheid 2019 (in %)

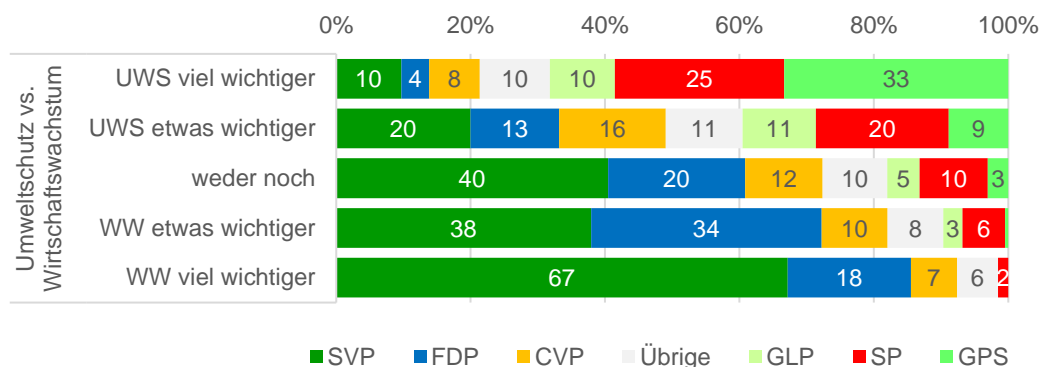


Lesebeispiel: Unter denjenigen, die eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz sehr befürworten, gab 1% an, SVP gewählt zu haben, 18% wählten FDP, 3% CVP, 3% übrige Parteien, 9% GLP, 40% SP und 25% GPS (N gewichtet: 4684-4689).

Wie eingangs von diesem Unterkapitel zu den politischen Wertehaltungen erwähnt, existieren zahlreiche Sach- und Einstellungsfragen, die nicht eindeutig der ökonomischen oder der kulturellen Konfliktachse zugeordnet werden können. Ein Beispiel dazu ist die Frage, ob jemand dem Umweltschutz oder dem Wirtschaftswachstum einen höheren Stellenwert beimisst. Diese Frage wurde ebenfalls in der Selects-Studie gestellt und das Antwortverhalten der Teilnehmenden in der Grafik 14 nach dem Wahlentscheid aufgeschlüsselt.

Jede dritte Person, für die der Umweltschutz viel wichtiger ist als das Wirtschaftswachstum, wählte im Oktober 2019 die Grünen. Auch die SP und GLP waren in dieser Gruppe übervertreten. Diejenigen, die angaben, der Umweltschutz sei etwas wichtiger als das Wirtschaftswachstum, wählten überdurchschnittlich oft die CVP und SP, allerdings eher weniger die Grünen. Damit lässt sich sagen, dass die Grünen lediglich bei den klar positionierten Wählenden, die den Umweltschutz dem Wirtschaftswachstum ohne Wenn und Aber vorziehen, eine Hegemonialstellung innehaben. Jene, welche dem Umweltschutz keine Priorität zuschreiben, sondern ihn entweder gleichermassen wie das Wirtschaftswachstum befürworten oder letzteres als wichtiger erachten, wählten in erster Linie die SVP und deutlich überdurchschnittlich oft die FDP. Wem das Wirtschaftswachstum wichtiger als der Umweltschutz ist, wählte praktisch gar nie die GLP, SP oder GPS.

Grafik 14 Umweltschutz vs. Wirtschaftswachstum und Wahlentscheid 2019 (in %)



Lesebeispiel: Unter denjenigen, denen der Umweltschutz viel wichtiger ist als das Wirtschaftswachstum, gaben 10% an, SVP gewählt zu haben, 4% FDP, 8% CVP, 10% übrige Parteien, 10% GLP, 25% SP und 33% GPS (N gewichtet: 4706).

3.2.3 Problembewusstsein und Themen

Unmittelbar vor dem Wahlentscheid steht meist das Problembewusstsein der Wählerinnen und Wähler bzw. die Frage, welche politischen Themen der Wählerschaft unter den Nägeln brennen. Deshalb wenden wir uns in diesem Unterkapitel zum Wahlentscheid nach politischen Merkmalen der Frage zu, inwiefern sich das subjektiv empfundene wichtigste politische Problem auf die Parteiwahl auswirkt.

Wenn sich viele Menschen über steigende Einwanderungszahlen aufregen oder die Situation im Schweizer Asylwesen als problematisch empfinden, profitiert am ehesten die SVP davon, weil ihr oft eine hohe Lösungskompetenz in diesen Fragen zugeschrieben wird. Wenn sich in der Wählerschaft hingegen viele Sorgen um die Umwelt und die Klimaerwärmung machen, ist dies für ökologische Parteien am vorteilhaftesten, da sie am ehesten als diejenigen Parteien wahrgenommen werden, die solche Probleme zu lösen vermögen (vgl. Infobox auf Seite 33).

Die Teilnehmenden wurden in der Selects-Studie gebeten, das ihrer Meinung nach gegenwärtig wichtigste politische Problem, mit dem die Schweiz konfrontiert ist, zu nennen. Diese Frage wurde offen gestellt und die Antworten anschliessend in Kategorien zusammengefasst. Die Tabelle 7 zeigt auf, welche Themen am häufigsten als wichtigstes Problem genannt wurden und wie sich die Anteile seit Beginn der Selects-Befragungen im Jahr 1995 verändert haben.

Unter denjenigen, die an den eidgenössischen Wahlen 2019 teilnahmen, schwang mit 26 Prozent aller Nennungen die Kategorie „Umwelt & Energie“ obenaus. Das Bewusstsein für Umwelt- oder Energieprobleme hat damit seit 1995 um 16 Prozentpunkte zugenommen und erreichte 2019 einen neuen Höchstwert. Aufgrund der anhaltenden Klimastreiks machte das Thema im Wahljahr über Monate hinweg Schlagzeilen und erreichte wohl auch deshalb diesen Spitzenwert in der Wählerschaft. Am zweithäufigsten als wichtigstes politisches Problem wurden Themen im Zusammenhang mit der sozialen Sicherheit und dem Wohlfahrtsstaat genannt (20%). In diesen Bereich fielen insbesondere all diejenigen Wählenden, welche die Sicherung der AHV-Renten als dringendes politisches Problem erachteten. Im Vergleich zu 2015 wurden Probleme aus dieser Kategorie 2019 mehr als doppelt so häufig genannt.

Als dritthäufigstes Problem nannten die Wählerinnen und Wähler die Beziehungen zur Europäischen Union (18%). Dabei entfiel ein grosser Anteil der Nennungen auf das kürzlich ausgehandelte Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Daneben erwähnten 2019 nur zwölf Prozent der Wahlteilnehmenden ein Problem aus dem Bereich „Einwanderung & Asyl“. Vier Jahre zuvor hingegen wurden diesbezügliche Probleme insbesondere aufgrund der damaligen Flüchtlingskrise weitaus am häufigsten genannt. 2015 gaben 44 Prozent aller Wählenden das Migrationsthema als wichtigstes politisches Problem an – ein historischer Höchstwert in der Schweizer Wahlforschung. Im zeitlichen Verlauf fällt auf, dass „Einwanderung & Asyl“ von 1999 bis 2015, also ganze 16 Jahre lang, das – meist mit Abstand – am häufigsten genannte politische Problem in der Wählerschaft war. 2019 ist dieser Anteil fast wieder auf das Niveau von 1995 zurückgefallen. Weitere politische Probleme, wie z.B. solche im Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen (7% aller Nennungen), wurden 2019 deutlich weniger oft von den Wählenden vorgebracht.

Tabelle 7 Wichtigstes politisches Problem der Wählerinnen und Wähler 1995-2019 (in %)

	1995	1999	2003	2007	2011	2015	2019
Umwelt & Energie	10	3	3	15	19	5	26
Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat	0	10	19	17	10	9	20
EU, Europa	17	15	3	4	4	13	18
Einwanderung & Asyl	9	34	20	26	20	44	12
Gesundheitswesen	3	6	16	3	5	1	7
Politisches System, Parteien & Politiker	2	3	4	7	4	12	5
Wirtschaft	5	2	1	1	17	5	3
Internationale Beziehungen & Armee	0	1	1	2	2	2	2
Arbeitsmarkt	25	13	16	6	7	3	2
Finanzen & Steuern	16	8	9	3	4	1	1
Recht & Ordnung	1	1	2	8	3	1	0
Andere Probleme	13	6	7	9	6	4	5
Total	100	100	100	100	100	100	100
<i>N (gewichtet)</i>	<i>3204</i>	<i>1364</i>	<i>2425</i>	<i>2049</i>	<i>2037</i>	<i>3581</i>	<i>4583</i>

Lesebeispiel: 1995 gaben 10% der Wählenden ein Thema aus dem Bereich "Umwelt & Energie" als wichtigstes politisches Problem an, 2019 waren dies 26%.

Die Tabelle 8 stellt die wichtigsten politischen Probleme der Wählerinnen und Wähler aufgeschlüsselt nach der Parteiwahl dar. Sie zeigt sodann, dass „Umwelt & Energie“ nicht nur insgesamt, sondern gleich von den Wählerschaften dreier grosser Parteien am häufigsten als wichtigstes Problem genannt wurde. Während dieses Thema bei fast sechs von zehn Grünen-Wählenden vorherrschend war, gaben immerhin noch fast jede/r Zweite aus der GLP-Wählerschaft und fast jede/r Dritte aus dem SP-Elektorat zu Protokoll, dass die Schweiz momentan am stärksten mit Umweltproblemen konfrontiert sei. Mit mehr als einem Fünftel aller Nennungen teilte sich unter den CVP-Wählenden die Kategorie „Umwelt & Energie“ den ersten Rang der wichtigsten Probleme mit der Kategorie „Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat“. Die soziale Sicherheit, allen voran die AHV-Sanierung, war insbesondere in der FDP-Wählerschaft als dringendstes politisches Problem präsent. Von dieser wurde es gar am häufigsten genannt (27%). Daneben fand auch ein Viertel all derjenigen, die sozialdemokratisch wählten, dass die soziale Sicherheit das gegenwärtig wichtigste politische Problem darstelle.

Themen im Zusammenhang mit der Europäischen Union wurden überdurchschnittlich oft von Wählenden – nämlich jeweils mehr als einem Fünftel – der bürgerlichen Parteien SVP, FDP und CVP als dringendstes Problem genannt. In der SVP-Wählerschaft blieb allerdings das Thema „Einwanderung & Asyl“ trotz des allgemein rückläufigen Trends das mit Abstand am meisten genannte wichtigste politische Problem (29%). Erwähnenswert ist hier der Vergleich mit 2015: Damals nannten 65 Prozent der SVP-Wählenden ein Problem aus dieser Kategorie – dieser Anteil hat sich über die letzten vier Jahre also mehr als halbiert. Das Gesundheitswesen wurde insbesondere von der CVP-Wählerschaft als dringendstes Problem erachtet: So war der Anteil Problemnennungen aus dieser Kategorie im CVP-Elektorat fast doppelt so gross (12%) wie über alle Wählende gesehen (7%).

Tabelle 8 Wichtigstes politisches Problem der Wählerinnen und Wähler 2019 nach gewählter Partei (in %)

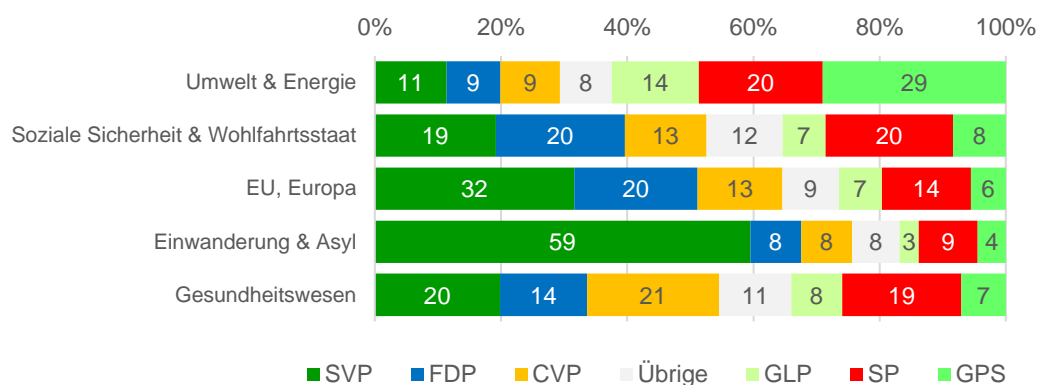
	Gewählte Partei 2019					
	SVP	FDP	CVP	GLP	SP	GPS
Umwelt & Energie	12	15	22	46	31	58
Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat	15	27	22	17	24	12
EU, Europa	22	23	21	15	15	7
Einwanderung & Asyl	29	7	9	5	7	4
Gesundheitswesen	5	6	12	7	7	3
Politisches System, Parteien & Politiker	4	7	2	4	4	5
Wirtschaft	3	6	2	1	2	2
Internationale Beziehungen & Armee	3	4	2	1	1	1
Arbeitsmarkt	2	2	1	0	3	1
Andere Probleme	6	5	7	6	6	5
Total	100	100	100	100	100	100
<i>N (gewichtet)</i>	<i>1162</i>	<i>681</i>	<i>519</i>	<i>363</i>	<i>757</i>	<i>601</i>

Lesebeispiel: 2019 gaben 12% der SVP-Wählenden ein Thema aus dem Bereich „Umwelt & Energie“ als wichtigstes politisches Problem an, bei der FDP waren es 15%, bei der CVP 22%, bei der GLP 46%, bei der SP 31% und bei der GPS 58%.

Die Grafik 15 ist gewissermassen die Umkehrung der oben dargestellten Tabelle 8. Wir fragen uns für die folgende Analyse nämlich, inwiefern die als wichtigste politische Probleme erachteten Themen die Parteiwahl strukturiert haben. Anders ausgedrückt: Welche Partei wurde über- oder unterdurchschnittlich oft von Personen gewählt, welche das gleiche Thema als das gegenwärtig wichtigste politische Problem nannten? Zur Beantwortung dieser Frage wenden wir uns den fünf am häufigsten genannten Problembereichen zu. Bürgerinnen und Bürger, welche ein Problem aus dem Bereich „Umwelt & Energie“ als am dringendsten angaben, wählten deutlich überdurchschnittlich oft die beiden ökologischen Parteien GLP und GPS (vgl. Grafik 15). Beide Parteien erreichten in dieser Kategorie einen Wähleranteil, der rund dem Doppelten ihres tatsächlichen Wahlergebnisses entsprach. Leicht überdurchschnittlich oft votierten Personen, welche Umwelt- oder Energieprobleme als vorrangig erachteten, auch für die SP. Mit 20 Prozent Wähleranteil unter diesen Wählenden konnte die SP als durchaus ebenso ökologische Partei wie die GLP und Grünen jedoch nicht übermässig von der in den Medien omnipräsenten Klimakrise profitieren. Das Thema „Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat“ spielte vor allem der FDP und der SP in die Hände: Je rund ein Fünftel derjenigen, die ein diesbezügliches Problem als das wichtigste angaben, wählten nämlich besagte Parteien.

Jene, die sich über das Eurothema und die Beziehungen der Schweiz zur EU besorgt zeigten, wählten deutlich überdurchschnittlich oft die SVP und die FDP. Die linken Parteien hatten in dieser Gruppe einen schweren Stand. Gar keinen Anklang fanden die linken Parteien, aber auch die FDP, CVP, GLP sowie übrige Kleinparteien in der Gruppe jener Wählenden, welche „Einwanderung & Asyl“ als wichtigstes politisches Problem bezeichneten. Diese wählten nämlich zu fast 60 Prozent die SVP. Bei Leuten, die sich Sorgen über das schweizerische Gesundheitswesen machten, bzw. in diesem Bereich das drängendste politische Problem sahen, schnitt die CVP überaus gut ab. Mehr als jede/r Fünfte aus dieser Gruppe gab den Christdemokraten die Stimme.

Grafik 15 Wichtigstes politisches Problem und Wahlentscheid 2019 (in %)

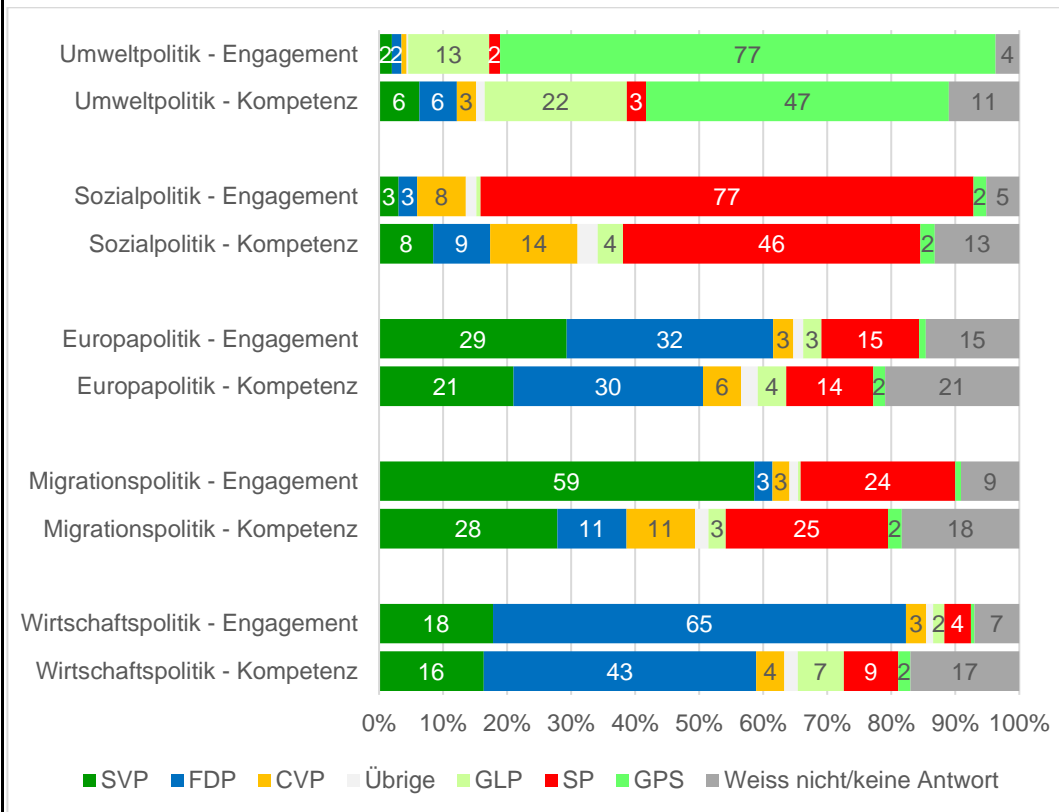


Lesebeispiel: Unter denjenigen, die ein Thema aus dem Bereich "Umwelt & Energie" als wichtigstes politisches Problem angaben, wählten 11% SVP, 9% FDP, 9% CVP, 8% übrige Parteien, 14% GLP, 20% SP und 29% GPS (N gewichtet: Umwelt & Energie 1206; Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat 896; EU, Europa 794; Einwanderung & Asyl 558; Gesundheitswesen 297).

Infobox: Themenführerschaft und Problemlösungskompetenz der Parteien

Wenn ein Thema für die Wählenden prioritär ist, dann profitiert in der Regel jene Partei davon, die Themenführerschaft und Problemlösungskompetenz für sich beanspruchen kann. Selects hat zu fünf wichtigen Politikbereichen erhoben, welche Partei sich aus Sicht der Wählenden am stärksten damit befasst und welche Partei in diesem Themenbereich am kompetentesten ist.

Grafik 16 Partei, die sich am stärksten für bestimmte Themen engagiert und am kompetentesten beurteilt wird (in %, nur Wählende)



Leesebeispiel: 77 Prozent der Wählenden sahen die GPS und 13 Prozent die GLP als die Partei, die sich am stärksten mit der Umweltpolitik befasst. Als in der Umweltpolitik kompetenteste Partei gaben 47 Prozent die GPS an, 22 Prozent die GLP und 11 Prozent wussten es nicht (N gewichtet aus der dritten Panelbefragung: Umweltpolitik 1600; Sozialpolitik 1608; Europapolitik 1552; Migrationspolitik 1618; Wirtschaftspolitik 1623).

Gemäss der Grafik 16 ist die Umweltpolitik klar die Domäne der GPS, die Sozialpolitik wird der SP und die Wirtschaftspolitik der FDP zugeschrieben. Eine grosse Mehrheit der Wählerschaft attestiert diesen drei Parteien, sich mit den jeweiligen Themen am stärksten zu befassen. Zwar wird ihre Kompetenz im Vergleich kontroverser beurteilt, aber alle drei Parteien erreichen klare relative Mehrheiten: die FDP führt in der Wirtschaftspolitik mit 43 Prozent aller Nennungen, die SP in der Sozialpolitik mit 46 Prozent und die GPS in der Umweltpolitik mit 47 Prozent.

Umstrittener sind die Migrations- und die Europapolitik. Zwar steht die SVP mehrheitlich im Ruf, sich am stärksten mit der Migrationspolitik zu befassen (59% der Nennungen). Bezüglich ihrer Problemlösungskompetenz erhält die SVP allerdings von der SP Konkurrenz: 28 Prozent der Wählenden sehen die SVP als kompetenteste Partei, 25 Prozent die SP. In der Europapolitik hat die FDP den besten Ruf hinsichtlich der Kompetenz (30% der Nennungen), liegt aber in Bezug auf die Frage, welche Partei sich am stärksten mit der Europapolitik befasst, mit der SVP praktisch gleichauf. Auffällig ist auch, dass die Mitteparteien CVP und GLP keinen der fünf Themenbereiche für sich beanspruchen können.

3.3 Wählerwanderungen

Neben den Gewinnen und Verlusten der Parteien sind jeweils nach eidgenössischen Wahlen auch die Verschiebungen von Wählenden zwischen den Parteien im Vergleich zu den letzten Wahlen von besonderem Interesse. Diese sogenannten Wählerwanderungen zuverlässig abzubilden ist relativ schwierig, da Verschiebungen nicht nur zwischen Parteiwählerschaften möglich sind, sondern auch zwischen Wählenden und Nicht-Wählenden. Überdies verstirbt ein gewisser Prozentsatz der Wahlberechtigten innerhalb von vier Jahren und vormals nicht wahlberechtigte Personen erlangen zwischenzeitlich das Wahlrecht – entweder, weil sie das 18. Altersjahr überschreiten oder eingebürgert werden.

In einem komplexen Mehrparteiensystem wie demjenigen der Schweiz ist die Zahl der möglichen Wählerwanderungen sehr gross. In unseren Analysen fokussieren wir uns auf die sechs wählerstärksten Parteien und fassen die übrigen Kleinparteien in eine Gruppe zusammen. Nimmt man nun die Möglichkeit hinzu, nicht an den eidgenössischen Wahlen teilzunehmen, ergeben sich bereits 64 mögliche Wanderbewegungen (8x8). Von all diesen Verschiebungsmöglichkeiten entfallen die weitaus grössten Anteile auf Personen, die sowohl 2015 als auch 2019 die gleiche Partei gewählt haben, und auf diejenigen Wahlberechtigten, die beide Male nicht an den eidgenössischen Wahlen teilgenommen haben. Die verbleibenden befragten Personen verteilen sich auf die übrigen Felder der Kombinationsmöglichkeiten, weshalb sich auf diesen letztlich relativ wenig Befragte befinden. Der Stichprobenfehler steigt somit für diese Beobachtungen, weshalb die Resultate mit Vorsicht interpretiert werden müssen.

Um Wählerwanderungen ermitteln zu können, kommt erschwerend hinzu, dass sich die Befragten erinnern müssen, ob sie an den Wahlen 2015 überhaupt teilgenommen hatten und wenn ja, welcher Partei sie damals ihre Stimme gaben. Gerade für Personen, die sich nur mässig für Politik interessieren, sind solche Fragen z.T. schwierig zu beantworten, da sie die Parteiwahl vor vier Jahren schlicht vergessen haben. Es gibt Vermutungen, dass Befragte in diesen Fällen dazu neigen, ihr aktuelles Wahlverhalten auf die Vergangenheit zu übertragen. Sofern dem so ist, würden die Wählerbewegungen unter- bzw. die Stabilität zwischen zwei Wahlen tendenziell überschätzt. Aufgrund der genannten Vorbehalte muss darauf hingewiesen werden, dass die nachfolgend grafisch dargestellten und textlich erörterten Wählerwanderungen als Tendenzen, keinesfalls aber als in Stein gemeisselte Zahlen, zu verstehen sind.

Im Vergleich zu 2015 führten die eidgenössischen Wahlen 2019 zu einem Bruch mit der Stabilität des Schweizer Parteiensystems. Die massiven Wähleranteilgewinne der beiden ökologischen Parteien, die zum Teil empfindlichen Verluste der etablierten Bundesratsparteien sowie das Abtauchen der BDP in die elektorale Bedeutungslosigkeit zeugen von einer grossen Volatilität der eidgenössischen Wahlen 2019 und liessen darauf schliessen, dass es zwischen den Wählerschaften der verschiedenen Parteien zu grossen Verschiebungen gekommen sein muss. Dem ist aber nur bedingt so: Drei Viertel aller Befragten, welche sowohl an den eidgenössischen Wahlen 2015 als auch an denjenigen von 2019 teilnahmen und 2019 eine der sechs grössten Parteien wählten, gaben an, diese Partei vier Jahre zuvor ebenfalls bereits gewählt zu haben. Damit ist dieser Anteil in etwa gleich gross wie in der letzten Selects-Studie, in welcher die Wählerverschiebungen zwischen 2011 und 2015 analysiert wurden. Dieser Befund bedeutet aber gleichzeitig, dass jede/r Vierte zwischen 2015 und 2019 von einer der sechs grössten Parteien zu einer anderen gewechselt hat.

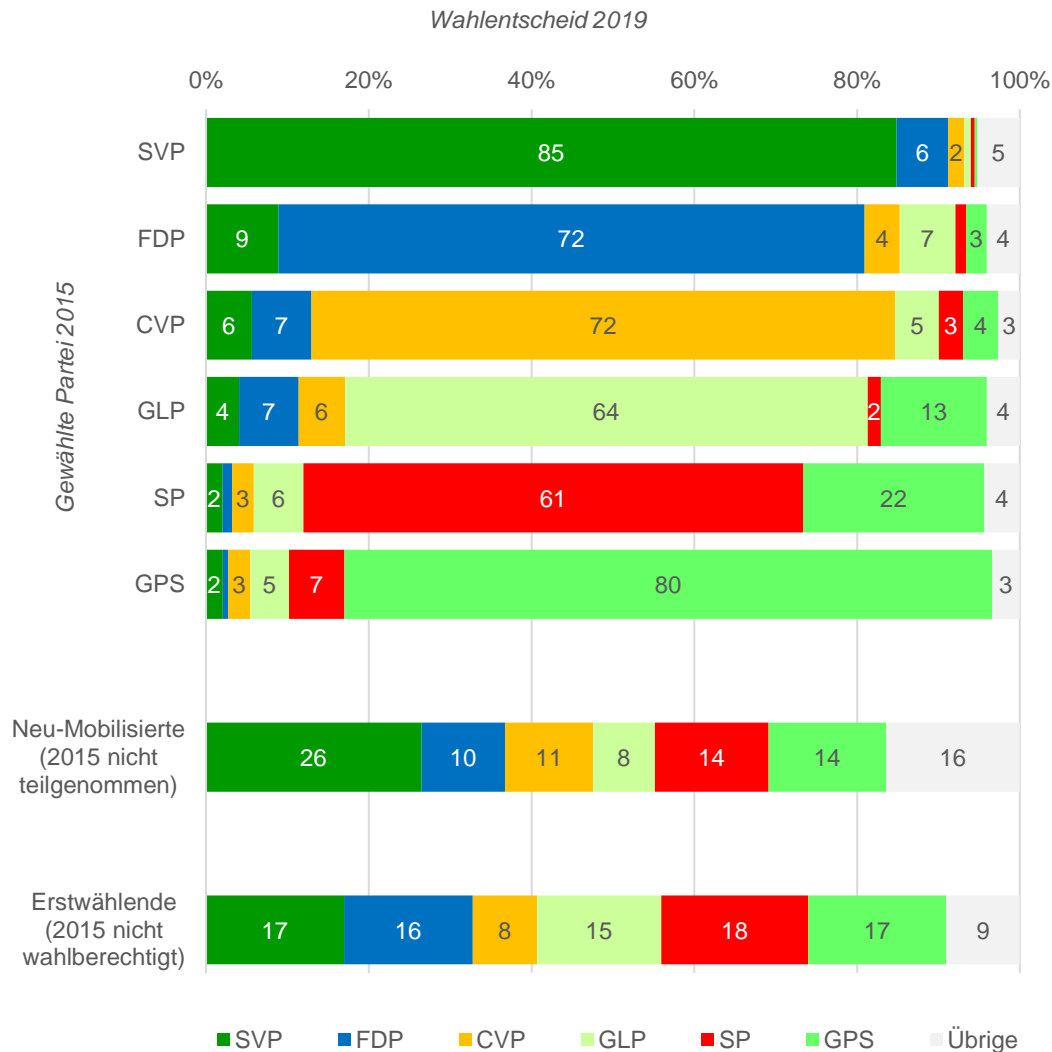
Zu den Verschiebungen zwischen den Parteien kommen weitere Bewegungsströme, die für zu- oder abnehmende Wähleranteile mitverantwortlich sind. Von allen an den Wahlen 2019 teilnehmenden Personen beteiligte sich ein Fünftel vier Jahre zuvor nicht an den eidgenössischen Wahlen. Diese Gruppe besteht überwiegend aus neu mobilisierten Wahlberechtigten, also denjenigen, welche 2015 bereits über das Wahlrecht verfügten, damals aber nicht teilnehmen wollten oder konnten, sowie – zu einem kleineren Teil – aus erstmalig wählenden Bürgerinnen und Bürgern, also Personen, welche 2015 noch kein Wahlrecht hatten. Von den Wählenden 2015 wurde andererseits ein erheblicher Teil demobilisiert: 36 Prozent gingen 2019 nicht mehr an die Urne. Die höchste Demobilisierung wurde interessanterweise in der Grünen-Wählerschaft gemessen: 44 Prozent derjenigen, die 2015 grün einlegten, nahmen 2019 nicht mehr an den eidgenössischen Wahlen teil. Der grüne Wahlerfolg ist demnach anderen Faktoren als der Mobilisierung der Parteiwählerschaft von 2015 geschuldet (s. unten). Mit Anteilen von 40 bzw. 38 Prozent wurden auch sehr viele Wählende der SVP und der FDP aus dem Jahr 2015 demobilisiert. Bei der SP, CVP und GLP war die Demobilisierung der eigenen Wählerschaft von 2015 ein vergleichsweise geringeres Problem (32%, 30% bzw. 28% nahmen 2019 nicht mehr an den Wahlen teil).

Unter oben erwähnten Umständen ist der Wahlkampf für die Parteien essentiell. Sie müssen die Wahlberechtigten davon überzeugen, sowohl wählen zu gehen – die Wählerschaft muss also zunächst mobilisiert werden – als auch den Wahlzettel für die eigene Partei auszufüllen. Die eigene Parteihängerschaft muss zudem bei der Stange gehalten werden, damit sie nicht eine andere Partei wählt oder ins Lager der Nicht-Teilnehmenden wechselt.

Die Grafik 17 beantwortet die Frage, wohin die Parteiwählerschaften von 2015 gegangen sind. Wie ihr zu entnehmen ist, verfügt die SVP über das stabilste Wählersegment. 85 Prozent jener, die bereits 2015 der SVP ihre Stimme gaben, wählten 2019 wiederum die SVP. Das ist der höchste Wert aller Parteien. Die wählerstärkste Partei verlor überdies praktisch niemanden aus ihrer Wählerschaft von 2015 an andere Parteien, lediglich sechs Prozent wechselten 2019 zur FDP. Als sehr stabil können auch die Wählerschaften der FDP und CVP bezeichnet werden. Bei der FDP liefen kleine Teile der Wählerschaft von 2015 zur SVP (9%) und zur GLP (7%) über. Mit 72 Prozent war der Anteil derjenigen an der CVP-Wählerschaft von 2015, die 2019 wiederum die Christdemokraten wählten, gleich hoch wie bei der FDP. Die CVP verlor zwischen den beiden Wahlen einige wenige Wählerinnen und Wähler an die SVP und FDP.

Die Wählerbasen der GLP und SP sind vergleichsweise volatil: Beide Parteien konnten nur etwa sechs von zehn Personen, die ihnen 2015 die Stimme gaben, bei der Stange halten. Abwandernde Wahlteilnehmende gingen bei der GLP überwiegend zu den Grünen (13%). Etwas weniger oft wechselten sie zur FDP (7%) oder CVP (6%). Von den sechs grössten Parteien bekundete die SP am meisten Mühe, ihre Wählerschaft von 2015 erneut zu einer sozialdemokratischen Stimmabgabe zu bewegen. Ein grosser Teil ehemals SP-Wählender (22%) wanderte 2019 zu den Grünen ab. Nicht unwesentlich war auch der Anteil derjenigen, die neu der GLP ihre Stimme gaben (6%). Als eine der klaren Wahlsiegerinnen ging die Grüne Partei aus den Wahlen 2019 hervor. Vier von fünf Personen, die bereits 2015 die GPS wählten, taten dies auch 2019 wieder. Damit verfügt neben der SVP nun auch die GPS über eine äusserst stabile Wählerbasis. 2015 war dies noch anders. Damals hatten die Grünen eine vergleichsweise labile Wählerbasis, wählten doch "nur" 63 Prozent derjenigen, die 2011 die Grünen unterstützten, 2015 auch grün. Der Vergleich mit der letzten Selects-Studie zeigt ausserdem, dass auch die Wählerbasis der GLP gegenüber 2015 stabiler geworden ist. Demgegenüber sind die Wählerbasen der SVP, FDP, CVP und SP etwas labiler geworden.

Grafik 17 Wahlentscheid 2019 nach gewählter Partei 2015 in % (nur Befragte, die 2019 gewählt haben)



Lesebeispiel: Von jenen, die 2015 SVP gewählt hatten und 2019 wieder an den Wahlen teilnahmen, wählten 85% wiederum die SVP. 6% wechselten 2019 hingegen zur FDP. (N gewichtet: SVP 614; FDP 393; CVP 301; GLP 123; SP 594; GPS 147; Neu-Mobilisierte 408; Erstwählende 177).

In der Grafik 17 ist des Weiteren das Wahlverhalten derjenigen Personen dargestellt, die 2015 nicht an den Wahlen teilnahmen, 2019 aber schon. Wie einleitend erwähnt kann die Gruppe der ehemals Nicht-Teilnehmenden zweigeteilt werden. Die erste Gruppe bezeichnen wir nachfolgend als die „Neu-Mobilisierten“. Hierbei handelt es sich um Personen, die 2015 sehr wohl über das Wahlrecht verfügten, damals aber nicht an den eidgenössischen Wahlen partizipieren wollten oder konnten. Die zweite Gruppe besteht aus Personen, die erst vor Kurzem das 18. Altersjahr überschritten (62%) oder erfolgreich ein Einbürgerungsverfahren durchlaufen haben (38%). Diese Gruppe hatte 2015 noch kein Wahlrecht und nahm demnach 2019 zum ersten Mal an eidgenössischen Wahlen teil, weshalb wir sie „Erstwählende“ nennen. Im Folgenden wenden wir uns diesen beiden Wählergruppen zu.

Unter den Neu-Mobilisierten fällt auf, dass die FDP und SP unterdurchschnittlich abschnitten. Die anderen Parteien erreichten in etwa die Wähleranteile, welche ihrem Wahlergebnis entsprachen. Die Gruppe der Erstwählenden ist insofern von besonderem Interesse, als es sich hierbei um diejenigen Schweizer Bürgerinnen und Bürger handelt, welche erstmalig an eidgenössischen Wahlen teilgenommen haben. Das Verhältnis dieser Gruppe von Wählenden zu den Schweizer Parteien ist somit noch nicht durch frühere Wahlteilnahmen „vorbelastet“. Daher können sich die Erstwählenden – zumindest in der Theorie – sozusagen „freier“ für die eine oder andere Partei entscheiden als Wählende, die bereits früher an eidgenössischen Wahlen partizipiert haben. Das Wahlverhalten ersterer dient daher oftmals als Gradmesser für die Überzeugungskraft und Effektivität von Wahlkampagnen der verschiedenen Parteien, zumal es die Frage beantwortet, welcher Partei es am besten gelang, die Erstwählenden für sich zu gewinnen. Unter der Annahme, dass sich einmal entwickelte Parteibindungen über die Zeit festigen und damit auch das Wahlverhalten in der Zukunft determinieren, ist die Analyse des Wahlverhaltens von Erstwählenden besonders bedeutsam. Diese zeigt sodann für 2019 klare Tendenzen (vgl. Grafik 17). Überzeugen konnten bei den Erstwählenden insbesondere die GLP und die Grünen. Beide ökologischen Parteien schnitten in dieser Wählergruppe überdurchschnittlich gut ab, erstere erreichte im Vergleich zum Wahlergebnis sogar einen fast doppelt so hohen Wähleranteil in dieser Gruppe. Der Erfolg von GLP und GPS bei den Erstwählenden ist in erster Linie dem Umstand geschuldet, dass diese Gruppe hauptsächlich aus Jungbürgerinnen und Jungbürgern besteht und die beiden ökologischen Parteien wie zuvor gezeigt bei den Jungen ausserordentlich gut abschnitten. Die SP und FDP kamen unter den Erstwählenden auf einen durchschnittlichen Wähleranteil, während es insbesondere der SVP aber auch der CVP nur mässig gelang, diesen Teil des Elektorats von sich zu überzeugen.

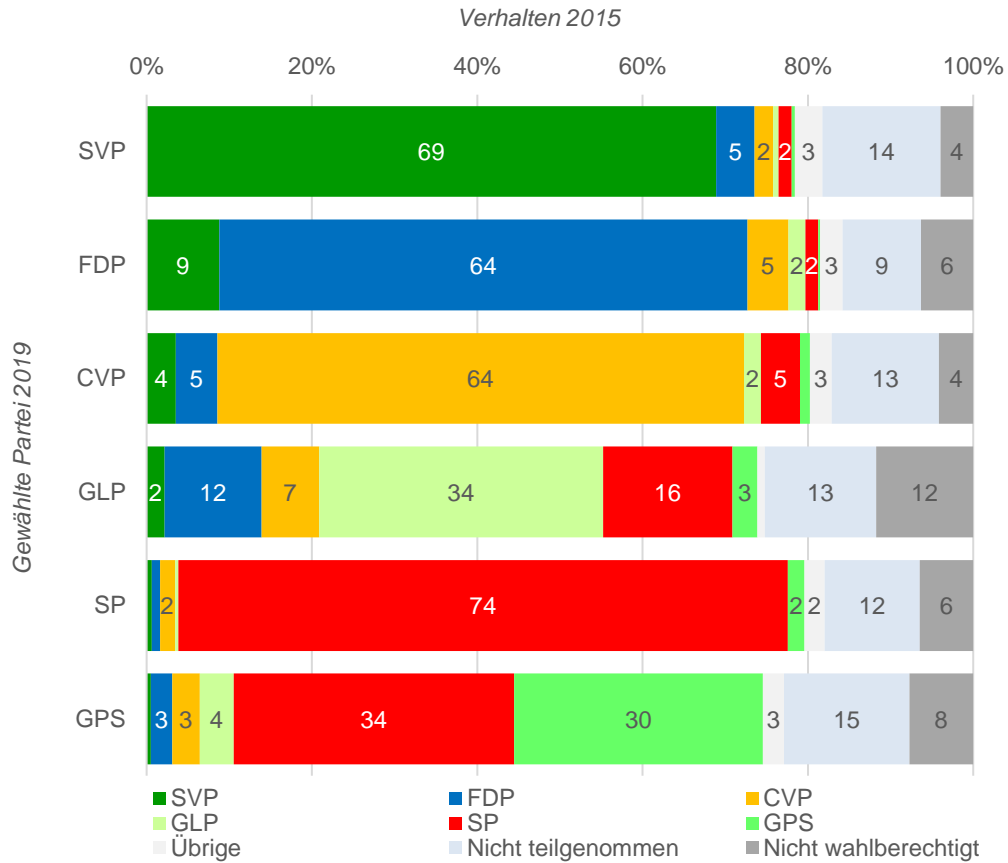
Für die folgenden Analysen kehren wir die Betrachtungsweise um: Die Basis bilden nun nicht mehr die Wählerschaften der Parteien im Jahr 2015, wie dies in der Grafik 17 der Fall war, sondern die aktuellen Wählerschaften der Parteien, also aus dem Jahr 2019. Die Grafik 18 zeigt somit die Mobilisierungsprozesse auf und beantwortet die Frage, woher die Stimmen kommen, welche die sechs grössten Parteien 2019 erhalten haben. Aus Sicht der einzelnen Parteien wird dargestellt, wie sich das eigene Elektorat zusammensetzt: Welcher Anteil der Stimmen kommt aus der Wählerschaft, die bereits vier Jahre vorher die eigene Partei gewählt hatte? Wie viel Prozent der Stimmen stammen von Wählerinnen und Wählern, die 2015 eine andere Partei gewählt hatten? Schliesslich ist auch von Belang, wie gross die Anteile derjenigen, die 2015 nicht an den Wahlen teilnahmen (Neu-Mobilisierte) oder nicht wahlberechtigt waren (Erstwählende), am eigenen Parteielektorat sind.

Zunächst kann festgehalten werden, dass für fast alle Parteien der grösste Pool von Stimmen die Wählerschaft der eigenen Partei im Jahr 2015 bildet. Fast sieben von zehn SVP-Stimmen kamen 2019 von Wählenden, die bereits 2015 SVP gewählt hatten, während bei der GLP nur jede/r dritte Wählende vier Jahre zuvor bereits grünliberal eingeworfen hatte. Einzig bei der Grünen Partei überragt der Anteil derjenigen, die 2015 SP gewählt hatten (34%), den Anteil jener die bereits vier Jahre vorher den Grünen ihre Stimme gegeben hatten (30%). Damit stellt die ehemalige SP-Wählerschaft den knapp grössten Teil des jetzigen Grünen-Elektorats dar. Zumindest ist dieser Teil für die Grünen mindestens ebenso wichtig wie die eigene Wählerschaft von 2015.

Der Tatsache geschuldet, dass ein Drittel der eigenen Wählerschaft aus ehemaligen SP-Wählenden besteht, sind ehemalige Wählende anderer Parteien insbesondere für die Grünen relevant. Daneben sind sie aber auch im Elektorat der GLP prominent vertreten: 16 Prozent ihrer aktuellen Wählerschaft besteht aus ehemaligen SP-Wählenden und zwölf Prozent aus ehemaligen FDP-Wählenden. Die FDP ihrerseits konnte ehemalige SVP-Wählende dazugewinnen, welche nunmehr neun Prozent ihres Elektorats ausmachen. Für die SVP, CVP und SP dagegen sind ehemalige Wählende anderer Parteien wenig relevant – sind sie doch nur sehr spärlich in ihren aktuellen Wählerschaften vertreten.

Erwähnenswert ist ausserdem, dass die Mobilisierung von Schweizerinnen und Schweizern, die 2015 nicht an den Wahlen teilgenommen hatten, für alle Parteien sehr wichtig war. Für alle Parteien macht diese Gruppe der Neu-Mobilisierten einen beachtlichen Anteil am eigenen Elektorat aus. Beispielsweise nahmen 15 Prozent der aktuellen GPS-Wählerschaft 2015 nicht an den Wahlen teil; bei der FDP waren es immerhin neun Prozent. Für die GLP waren neben dem grossen Anteil Neu-Mobilisierter in der eigenen Wählerschaft (13%) auch die Erstwählenden (12%) massgeblich am Wahlerfolg beteiligt.

Grafik 18 Mobilisierungsprozesse: Gewählte Partei 2019 nach Verhalten 2015 (in %)



Lesebeispiel: Von jenen, die 2019 SVP wählten, hatten 69% bereits 2015 SVP gewählt. 5% hatten 2015 FDP gewählt, 14% nicht an den Wahlen 2015 teilgenommen und 4% waren Erstwählende. (N gewichtet: SVP 756; FDP 443; CVP 339; GLP 230; SP 495; GPS 389).

Insgesamt lässt sich aus den vorangegangenen Analysen zu den Wählerwanderungen folgendes Fazit für die einzelnen Parteien ziehen:

- Die eidgenössischen Wahlen 2019 waren von einer grossen Volatilität im Parteiensystem geprägt. Die grössten Umwälzungen sind dabei im linken Lager auszumachen. Die SP bekundete am meisten Mühe, ihre ehemalige Wählerschaft bei der Stange zu halten, was dazu führte, dass 2019 bedeutende Teile zu den Grünen und – in geringerem Umfang – zur GLP abwanderten. Die ehemalige SP-Wählerschaft stellt nunmehr knapp den grössten Anteil an heutigen Grünen-Wählenden dar. Die GPS erhielt überdies grossen Zuspruch unter Wählenden, die bereits 2015 grün einlegten und 2019 wieder an den Wahlen teilnahmen. In dieser Gruppe legten nämlich vier von fünf wiederum grün ein, was auf eine Festigung der Grünen-Wählerbasis hindeutet. Allerdings verzeichneten die Grünen aber zugleich die höchste Demobilisierungsrate aller grossen Parteien zwischen 2015 und 2019. Insgesamt lässt sich der grüne Wahlerfolg anhand des grossen Zustroms ehemaliger SP-Wählender und des überdurchschnittlichen Abschneidens unter Erstwählenden erklären. Daneben machen auch Neu-Mobilisierte einen wichtigen Anteil der heutigen Grünen-Wählerschaft aus.
- Der Wahlerfolg der GLP kam einerseits deshalb zustande, weil die Grünliberalen ihre Wählerbasis von 2015 relativ gut halten konnten – zumindest stabilisierte sich diese in den letzten vier Jahren und die Demobilisierung war sehr gering – und andererseits, weil die GLP zahlreiche ehemalige SP- und FDP-Wählerinnen und -Wähler zum Wechsel bewegen konnte. Wie die Grünen schnitten die Grünliberalen darüber hinaus unter Erstwählenden überdurchschnittlich gut ab.
- Die SP ihrerseits litt bei den Wahlen 2019 an einem Exodus von ehemaligen Unterstützerinnen und Unterstützern, der wie erwähnt insbesondere den Grünen und Grünliberalen in die Hände spielte. Zusätzlich scheint die Partei für Wählende anderer Parteien wenig attraktiv – sind doch drei Viertel der aktuellen SP-Wählerschaft Personen, die 2015 bereits SP gewählt hatten, und nur sehr wenige wechselten von anderen Parteien zu den Sozialdemokraten.
- Die CVP verdankt das Halten ihres Wähleranteils hauptsächlich der Loyalität ihrer Stammwählerschaft. Diejenigen, die 2015 CVP gewählt hatten, wechselten kaum zu anderen Parteien und wurden auch vergleichsweise wenig demobilisiert. Unterdurchschnittlichen Anklang fanden die Christdemokraten allerdings unter Erstwählenden.
- Wie die CVP kann sich auch die FDP einer sehr stabilen Wählerbasis erfreuen. Von denjenigen, welche 2015 freisinnig wählten, liefen nur sehr wenige zu anderen Parteien über. Am meisten Zuspruch fanden unter ehemaligen FDP-Wählenden noch die SVP und die GLP. Nur durchschnittlich schnitt die FDP allerdings unter Erstwählenden und gar unterdurchschnittlich unter Neu-Mobilisierten ab.
- Die wählerstärkste Partei, die SVP, hat die stabilste Wählerbasis aller Parteien. Überwältigende 85 Prozent derjenigen, die bereits 2015 SVP gewählt hatten und 2019 wiederum an den Wahlen teilnahmen, legten erneut SVP ein. Zusätzlich verliert die SVP praktisch keine Wählende an andere Parteien. Während die Neu-Mobilisierten durchschnittlich oft SVP wählten, hatte die Partei unter Erstwählenden einen schweren Stand. Ausserdem war die Attraktivität der SVP unter Wechselwählenden sehr gering und die Partei litt unter der relativ hohen Demobilisierung ihrer Wählerschaft von 2015.

3.4 Frauenwahl

Die eidgenössischen Wahlen 2019 können nicht nur als „Klimawahl“, sondern auch als „Frauenwahl“ bezeichnet werden. Noch nie wurden so viele Frauen ins Parlament gewählt wie 2019 (siehe Kapitel 1). Mit 42 Prozent Frauenanteil im Nationalrat und 26 Prozent im Ständerat wurden historische Höchstwerte verzeichnet. Die Schweizer Wahlberechtigten haben mehrere Möglichkeiten, nicht bloss Parteien, sondern ganz gezielt Personen – darunter den Frauen – ihre Stimme zu geben. Sie können einerseits aus den bestehenden vorgedruckten Wahllisten eine Liste auswählen, die ihren Vorstellungen eines gerechten Verhältnisses beispielsweise zwischen Jung und Alt oder Frau und Mann am nächsten kommt, und diese unverändert einwerfen. Andererseits können sie die Liste ihren Vorstellungen entsprechend gestalten, indem sie eine bestehende Liste verändern – also Kandidierende doppelt aufführen (kumulieren), streichen bzw. aus anderen Listen eintragen (panschieren) – oder eine leere Wahlliste ausfüllen.

Der Umstand, dass 2019 deutlich mehr Frauen als noch vier Jahre zuvor gewählt wurden, ist darauf zurückzuführen, dass die Parteien zum einen mehr Frauen auf ihre Listen setzten und sich die Wählenden zum anderen häufiger für eine Frau anstatt einen Mann entschieden als dies 2015 der Fall war. Aufschlussreich ist hierzu die Analyse folgender Frage, die den Teilnehmenden der Selects-Studie gestellt wurde: „Wenn Sie zwischen zwei gleich qualifizierten Kandidierenden auswählen müssten, würden Sie eher einen Mann oder eine Frau wählen?“ Sieht man von denjenigen, die keine Antwort wussten oder geben wollten, ab, sagten 2019 mehr als zwei Drittel aller Wählenden (68%), sie würden der Frau den Vorzug geben. 2015 waren es noch etwas weniger (60%).

Die Tabelle 9 gibt Auskunft über die Veränderung der Präferenz einer Frauenwahl zwischen 2015 und 2019 in verschiedenen Merkmalsgruppen. Vier von fünf Frauen würden eine Frau bevorzugen, wenn sie zwischen zwei gleichqualifizierten Kandidierenden entscheiden müssten. Bei den Männern stieg dieser Anteil zwischen den beiden eidgenössischen Wahlen sogar noch stärker an als bei den Frauen – nämlich um neun Prozentpunkte – und ist nunmehr grösser als die Hälfte (54%). In sämtlichen Alterskategorien – ausser bei den über 75-Jährigen – gaben 2019 mehr befragte Wählende zu Protokoll, sie würden eine Frau wählen, als dies 2015 noch der Fall war. Der Anstieg war mit 26 Prozentpunkten in der jüngsten Altersklasse am grössten. Am ehesten würden sich Wählende der linken Parteien für eine Frau entscheiden. Bei den Grünen sind es überwältigende 95 Prozent und bei den Sozialdemokraten 87 Prozent. In den Wählerschaften dieser beiden Parteien gab es zwischen 2015 und 2019 keine nennenswerten Veränderungen. Grössere Anteile an Personen, die eine Frau präferieren würden, sind insbesondere unter GLP- und CVP-Wählenden zu verzeichnen. Während bei ersteren der Anstieg mit sechs Prozentpunkten zwar moderat war, sagten 2019 nun insgesamt mehr als vier von fünf GLP-Wählenden, sie würden der Frau den Vorzug geben (84%). Bei den CVP-Wählenden waren dies jede/r Dritte (+10 Prozentpunkte). In der FDP-Wählerschaft blieb der Anteil mit rund sechs von zehn Wählenden gegenüber 2015 konstant. Einzig die SVP-Wählenden würden sich nach wie vor öfter für einen Mann anstatt eine Frau entscheiden: Lediglich etwas mehr als ein Drittel des Elektorats der wählerstärksten Partei (37%) meinte, bei zwei gleich qualifizierten Kandidierenden der Frau den Vorzug zu geben.

Tabelle 9 Präferenz für die Frauenwahl bei zwei Kandidierenden mit gleicher Qualifikation aber unterschiedlichem Geschlecht in % (nur Wählende)

		2015 (N gewichtet)	2019 (N gewichtet)
Geschlecht	Mann	45 (1158)	54 (1320)
	Frau	73 (1328)	80 (1527)
Altersgruppe	18-24	51 (194)	77 (171)
	25-34	60 (248)	76 (257)
	35-44	59 (328)	68 (400)
	45-54	58 (462)	70 (499)
	55-64	65 (523)	72 (601)
	65-74	60 (485)	62 (581)
	75+	63 (245)	57 (338)
Gewählte Partei	SVP	35 (765)	37 (688)
	FDP	60 (355)	58 (386)
	CVP	56 (271)	66 (313)
	GLP	78 (85)	84 (220)
	SP	84 (494)	87 (521)
	GPS	95 (183)	95 (433)

Lesebeispiel: Von allen Männern, die 2015 an den eidgenössischen Wahlen teilnahmen, gaben 45% an, sie würden eher eine Frau anstatt einen Mann wählen, wenn sie zwischen zwei gleich qualifizierten Kandidierenden auswählen müssten. 2019 betrug dieser Anteil unter den Männern 54%.

3.5 Wählerpotentiale und ihre Ausschöpfung

Neben den Wahlergebnissen interessiert die Parteien jeweils auch, wie die Wählerinnen und Wähler insgesamt den verschiedenen Parteien gegenüberstehen. Um dies zu ermitteln, stellt Selects seit 2003 Fragen zum Wählerpotential der Parteien.

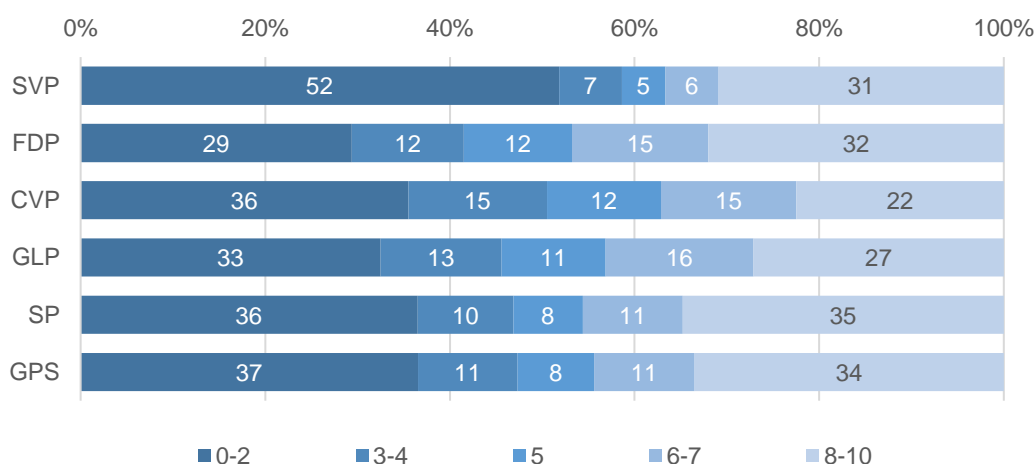
Für alle grösseren Parteien wurden die Wählerinnen und Wähler gefragt, mit welcher Wahrscheinlichkeit (Skala von 0 bis 10) sie diese Partei jemals wählen würden. Die Antworten auf diese Frage sind als Indikator dafür zu verstehen, wie beliebt die Parteien insgesamt sind. Sie zeigen hingegen nicht die effektive Wahlwahrscheinlichkeit an. Der Wert 5 auf der Zehnerskala bedeutet nicht, dass die Wahlwahrscheinlichkeit 50 Prozent beträgt. Weniger als fünf Prozent jener, die auf der Zehnerskala bei einer Partei den Wert 5 angaben, haben diese Partei effektiv gewählt. Erst bei einer deklarierten Wahlwahrscheinlichkeit von 8 oder mehr wählen über 30 Prozent auch diese Partei.

Die Grafik 19 gibt auf der Basis der Selects-Nachwahlbefragung die Verteilung der Antworten auf die Frage der Wahlwahrscheinlichkeiten wieder. Dabei lassen sich folgende Befunde festhalten:

- Am auffälligsten ist die polarisierte Verteilung bei der SVP im Vergleich zu den anderen Parteien. Mehr als die Hälfte (52%) der Wählerinnen und Wähler geben bei der SVP einen sehr tiefen Wert an, d.h. sie können sich nicht vorstellen, SVP zu wählen. Dieser Anteil ist deutlich höher als bei allen anderen Parteien. Umgekehrt ist die SVP bei 31 Prozent der Wählerinnen und Wähler sehr beliebt; diese geben eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit an, SVP zu wählen (8-10). Die SVP ist jene Partei, die zwar vergleichsweise hohe Sympathien genießt, gleichzeitig aber auf überdurchschnittlich grosse Ablehnung stösst. Diese starke Abneigung einer Mehrheit der Wählerschaft ist auch die Ursache dafür, dass die SVP bei Majorzwahlen deutlich weniger erfolgreich abschneidet als bei Proporzahlen.

- Bei CVP, FDP und GLP fällt auf, dass sie vergleichsweise wenig polarisieren. Der Anteil jener, die diesen Parteien gegenüber eher neutral eingestellt sind (Wahlwahrscheinlichkeiten zwischen 3 und 7), ist deutlich höher als bei SVP, SP und GPS.
- Bei der FDP ist der Anteil jener, die sich nicht vorstellen können, diese Partei zu wählen, am niedrigsten. Nur 29 Prozent attestieren eine sehr geringe Wahlwahrscheinlichkeit (0-2) bzw. zwölf Prozent eine geringe (3-5). Die FDP hat demgegenüber einen relativ hohen Anteil an Wählenden, die sich vorstellen können, die FDP zu wählen.
- Bei der CVP fällt auf, dass sich im Vergleich zu den anderen Parteien viel weniger Personen vorstellen können, CVP zu wählen. Nur 22 Prozent geben eine hohe Wahlwahrscheinlichkeit für die CVP an. Sie ist damit die Bundesratspartei, die am schlechtesten verankert ist.
- Die GLP verfügt mit 27 Prozent über einen etwas höheren Anteil an Wählenden mit einer hohen Wahlwahrscheinlichkeit als die CVP. Dieser Anteil ist aber geringer als bei den anderen Parteien. Sie stösst dafür auf relativ wenig Abneigung.
- Die SP und die GPS haben mit über 35 Prozent die höchsten Anteile an Wählenden, die sich vorstellen können, die Partei zu wählen. Bei beiden sind auch die Kategorien in der Mitte eher wenig ausgeprägt, d.h. sie polarisieren stärker als etwa die CVP und die GLP.

Grafik 19 Wahlwahrscheinlichkeit der sechs grössten Parteien 2019 (in %, nur Wählende)



Lesebeispiel: Unter den Wählenden gaben 52% an, dass es sehr unwahrscheinlich für sie sei SVP zu wählen (0-2 auf einer Skala von 0-10), 7% gaben an, sich nicht vorstellen zu können SVP zu wählen (3-4) und 31% gaben an, dass die Wahrscheinlichkeit SVP zu wählen für sie sehr hoch sei (8-10) (N gewichtet: 4314-4470).

Da die Frage nach der Wahlwahrscheinlichkeit bei den letzten fünf Selects-Studien gestellt wurde, lassen sich aufschlussreiche Vergleiche über die Zeit ziehen. Die Grafik 20 zeigt die Verteilung der Wahlwahrscheinlichkeiten der sechs wählerstärksten Parteien zwischen 2003 und 2019.

Bei der SVP hat die Zahl der Personen mit einer sehr kleinen Wahlwahrscheinlichkeit (0-2) 2019 etwas zugenommen; die Partei polarisierte aber im ganzen Zeitraum von allen Parteien immer am stärksten.

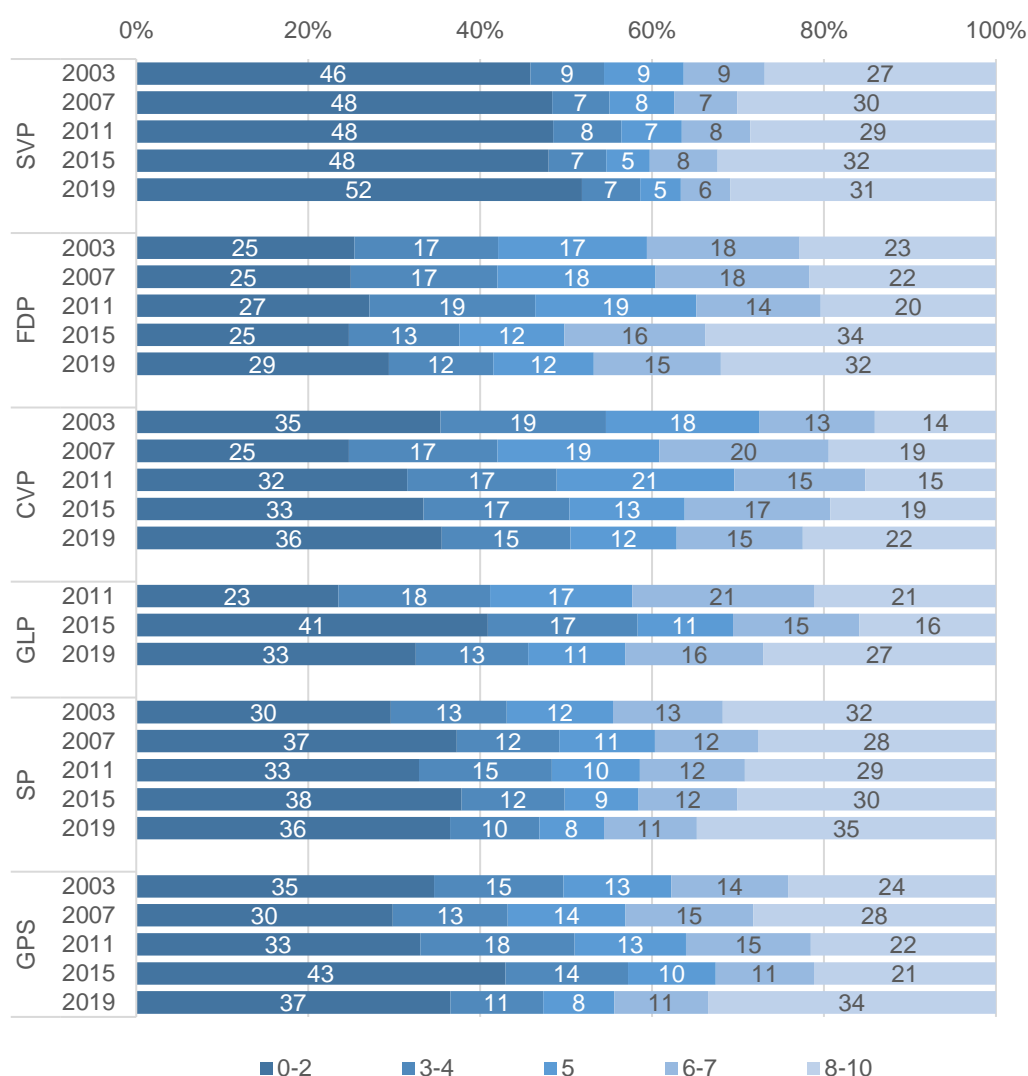
Bei der FDP ist der Anteil jener, für die die Partei wählbar ist, 2019 gegenüber 2015 leicht zurückgegangen, allerdings ist ihre Beliebtheit immer noch deutlich höher als in den Wahljahren davor. Bei der CVP ist 2019 der Anteil jener leicht gestiegen, die sich vorstellen können CVP zu wählen. Für die CVP ist aber problematisch, dass auch der Anteil jener, die sich überhaupt nicht vorstellen können CVP zu wählen, kontinuierlich gestiegen ist und 2019 einen Höchststand erreicht hat.

Grössere Ausschläge gab es bei der GLP. Sie ist in der Wählergunst 2019 insgesamt stark gestiegen im Vergleich zu 2015 und inzwischen für mehr Wählende wählbar als dies noch 2011 der Fall war. Sehr deutlich ist 2019 auch der Rückgang jener, die sich gar nicht vorstellen können, GLP zu wählen.

Die SP ist in der Wählergunst zusammen mit der SVP die stabilste der grösseren Parteien, die Veränderungen sind eher gering. 2019 ist der Anteil jener, die sich vorstellen können SP zu wählen, leicht gestiegen. Sehr markant ist hingegen der Anstieg in der Wählergunst bei der GPS. Sie konnte den Anteil jener, die sich gut vorstellen können GPS zu wählen, sehr deutlich steigern, und zwar von 21 auf 34 Prozent. Damit schloss die GPS zu den anderen grösseren Parteien FDP, SVP und SP auf, welchen jeweils mehr als 30 Prozent der Wählenden eine sehr grosse Wahlwahrscheinlichkeit für die Partei zusprachen.

Bei den beiden linken Parteien gibt es jedoch eine hohe Überlappung: Viele mit einer hohen Wahlwahrscheinlichkeit für die SP haben auch eine hohe Wahlwahrscheinlichkeit für die GPS und umgekehrt.

Grafik 20 *Wahlwahrscheinlichkeit der sechs grössten Parteien 2003-2019 (in %, nur Wählende)*



Lesebeispiel: 2003 gaben 46% an, dass es sehr unwahrscheinlich für sie sei SVP zu wählen (0-2 auf einer Skala von 0-10), 9% gaben an, sich nicht vorstellen zu können SVP zu wählen (3-4) und 27% gaben an, dass die Wahrscheinlichkeit SVP zu wählen für sie sehr hoch sei (8-10) (N gewichtet: 2003 2651-2672; 2007 2063-2072; 2011 2058-2172; 2015 3495-3694; 2019 4314-4470).

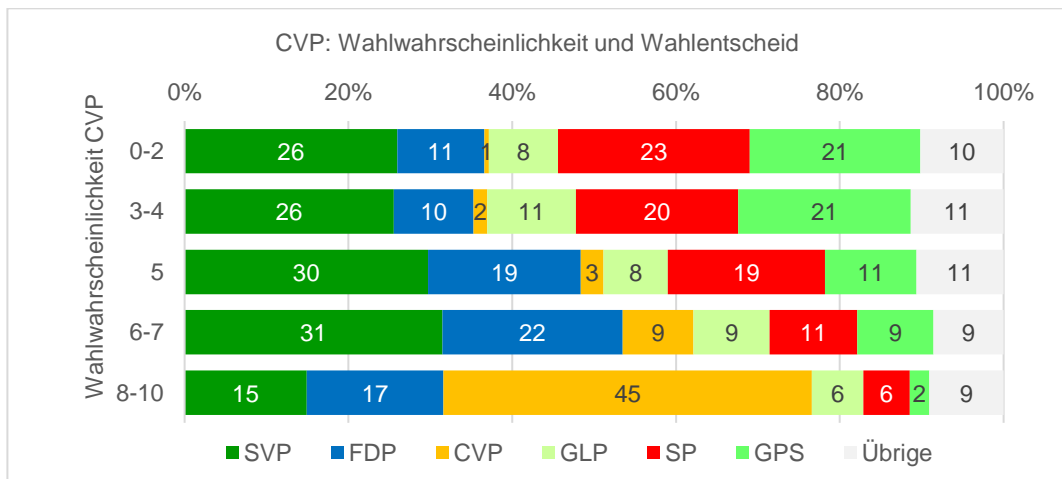
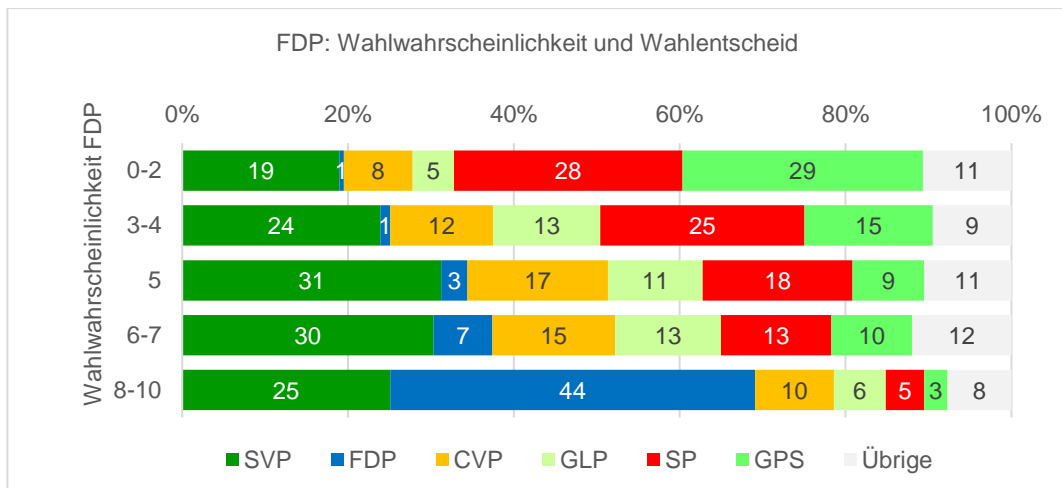
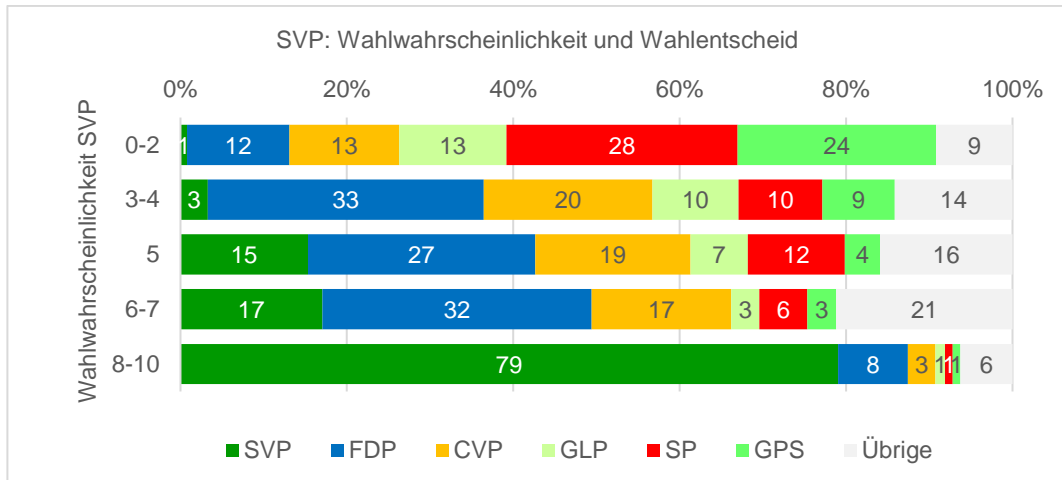
Die Frage nach der Wahlwahrscheinlichkeit ermöglicht es, das Wählerpotential der verschiedenen Parteien abzuschätzen. Für die Parteien ist es aber vor allem auch relevant, wie gut sie das Potential ausschöpfen können oder anders gesagt, wie viele der Personen mit einer bestimmten Wahlwahrscheinlichkeit eine Partei effektiv auch gewählt haben.

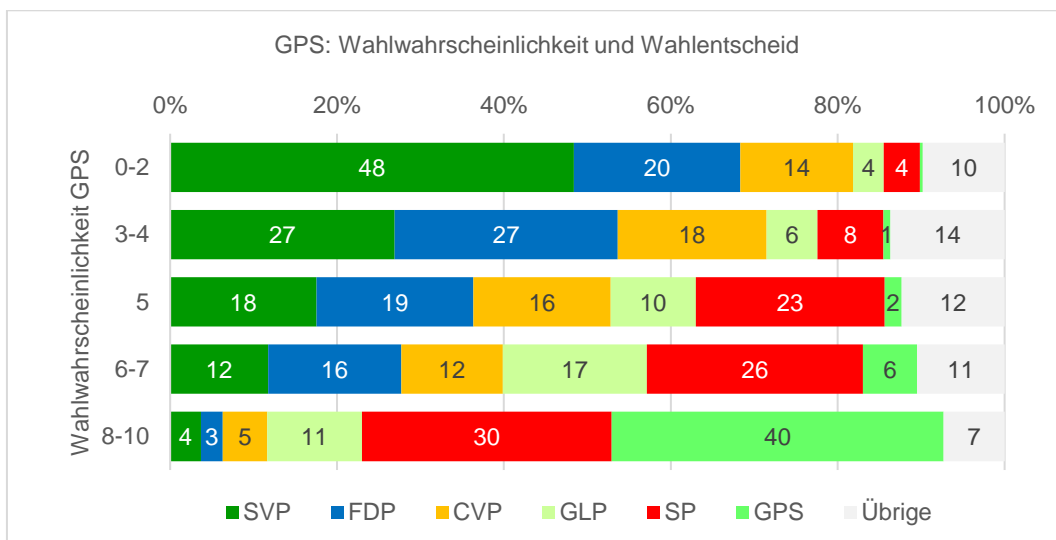
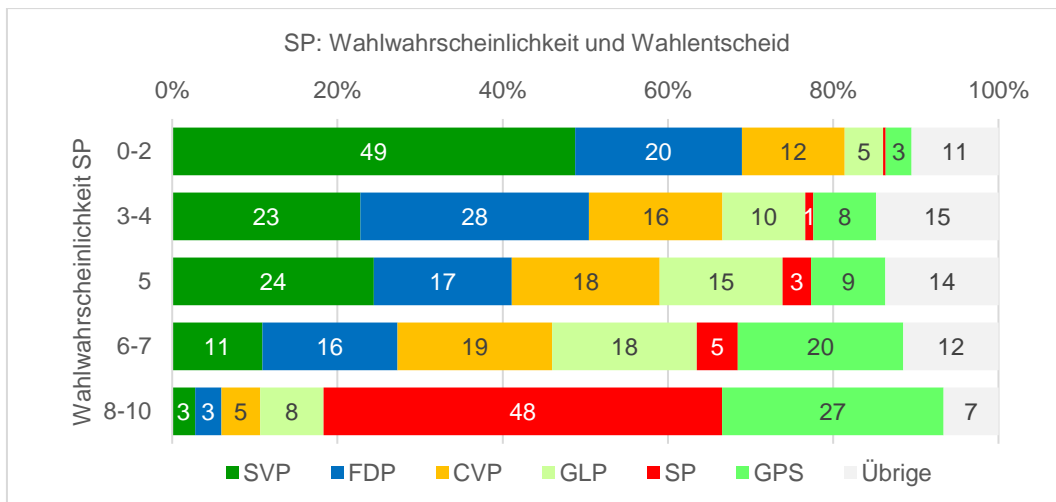
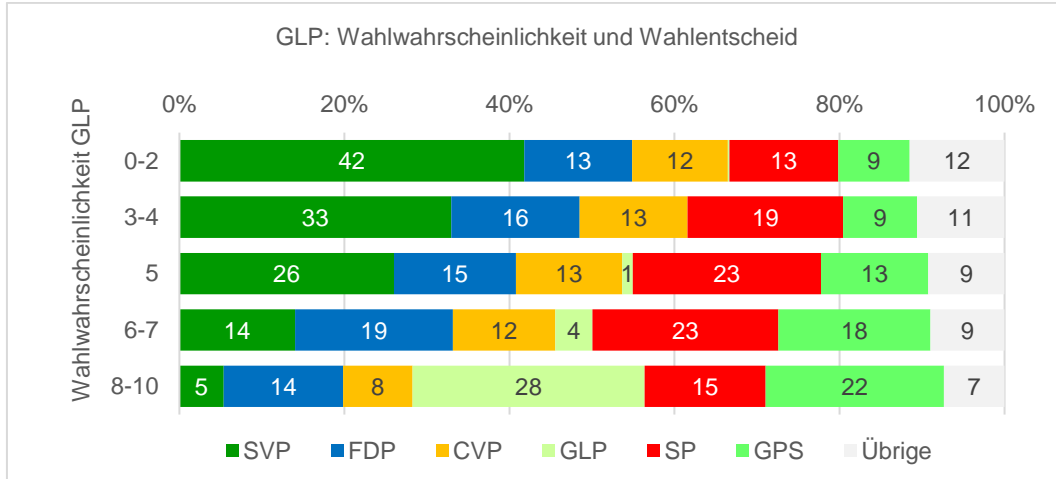
Wir haben in den folgenden Grafiken 21 jeweils dargestellt, wie viele Personen je nach Wahlwahrscheinlichkeit eine Partei letztlich auch gewählt haben. Die erste Grafik für die SVP ist wie folgt zu lesen: Von jenen, die eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit angaben, die SVP zu wählen (8-10 auf der Skala) haben 79 Prozent tatsächlich SVP gewählt, acht Prozent haben FDP gewählt und der Rest verteilt sich auf die anderen Parteien. Von jenen mit einer Wahrscheinlichkeit zwischen 6 und 7 haben nur noch 17 Prozent SVP gewählt, 32 Prozent haben FDP gewählt, 17 Prozent CVP und der Rest eine andere Partei. Von jenen, die einen Wert von 5 angeben, sind es nur noch 15 Prozent, die SVP gewählt haben, das heisst, man ist weit von 50 Prozent entfernt. Bei Wahlwahrscheinlichkeiten von 4 oder weniger haben nur noch einzelne SVP gewählt.

Gehen wir nun auf die relevantesten Unterschiede ein:

- Die SVP ist jene Partei, die ihre Wählerinnen und Wähler mit grossem Abstand am besten mobilisiert. Mit 79 Prozent Wählenden, die in der Gruppe mit der höchsten Wahlwahrscheinlichkeit auch SVP gewählt haben, hat sie klar den Spitzenwert. Bei allen anderen Parteien ist dieser Wert jeweils unter 50 Prozent. Die SVP kann im Vergleich zu den anderen Parteien auch noch viel besser Wählende mobilisieren, die eine geringere Wahlwahrscheinlichkeit haben (17% jener mit einem Wert von 6/7, 15% bei jenen mit einem Wert von 5). Bei allen anderen Parteien liegt dieser Wert jeweils nur noch im einstelligen Bereich. Der Schlüssel zum Erfolg der SVP ist also weniger, dass sie ein grosses Wählerpotential hat, sondern vor allem, dass sie dieses Wählerpotential hervorragend mobilisiert.
- Bei der FDP wählen 44 Prozent mit hoher Wahlwahrscheinlichkeit (8-10) auch die FDP, 25 Prozent jener mit einer hohen Wahlwahrscheinlichkeit für die FDP wählen hingegen SVP, weitere zehn Prozent CVP. Bei jenen mit hoher und moderater FDP-Neigung (6/7) gibt es einen hohen Anteil an SVP-Wählenden. In dieser Gruppe gibt es aber im Vergleich zur SVP bereits viele Wählende, die auch eine linke Partei gewählt haben.
- Bei der CVP wählen 45 Prozent mit hoher Wahlwahrscheinlichkeit auch die CVP. Die Neigung zur SVP ist in dieser Gruppe mit 15 Prozent geringer als bei der FDP.
- Die GLP ist insgesamt die Partei mit der geringsten Ausschöpfung, nur 28 Prozent mit hoher GLP-Wahlwahrscheinlichkeit wählen auch GLP, 22 Prozent hingegen GPS und 15 Prozent SP. Insgesamt wählen mehr mit hoher Wahlwahrscheinlichkeit für die GLP eine linke Partei (37%) als eine bürgerliche Partei (14% FDP, 8% CVP, 5% SVP, total 27%).
- GPS und SP weisen ein sehr ähnliches Muster auf. Eine Mehrheit mit grosser Neigung zu SP und GPS wählt jeweils auch die jeweilige Partei. Bei der SP ist das mit 48 Prozent etwas mehr als bei der GPS mit 40 Prozent. Bei beiden ist aber jeweils der Anteil jener sehr hoch, die in dieser Gruppe die jeweils andere Partei gewählt haben. Von jenen mit grosser SP-Neigung wählen 27 Prozent GPS, von jenen mit grosser GPS-Neigung wählen 30 Prozent SP. Der Grund dafür ist die grosse Überlappung: Sehr viele, die sich vorstellen können SP zu wählen, können sich auch vorstellen GPS zu wählen.
- Interessant ist auch der Vergleich der beiden grünen Parteien: Bei der GPS gibt es geringere Verluste durch Abwanderung an die GLP als umgekehrt. D.h. es wählen mehr Personen mit hoher GLP-Neigung GPS (22%) als Personen mit hoher GPS-Neigung GLP wählen (11%). Damit ist die GPS für Sympathisantinnen und Sympathisanten der GLP eher wählbar als umgekehrt.
- Bei SP, GLP und GPS gilt zudem, dass die Neigung zu diesen Parteien umgekehrt zur SVP-Wahl ist: Je geringer die Wahrscheinlichkeit ist, eine dieser Mitte-Links-Parteien zu wählen, desto höher wird der Anteil jener, die SVP gewählt haben. Alle drei Parteien sind demnach aus Sicht der Wählerschaft Anti-Pole zur SVP.

Grafik 21 Wahlentscheid nach Wahlwahrscheinlichkeit der sechs grössten Parteien 2019 (in %)





N gewichtet: 4248-4402.

3.6 Der Wahlentscheid in ausgewählten Kantonen

Im Folgenden wird der Wahlentscheid in den drei ausgewählten Kantonen Zürich, Genf und Tessin unter die Lupe genommen. Basierend auf den Ergebnissen, die in den vorangehenden Abschnitten behandelt wurden, konzentriert sich dieses Unterkapitel auf die kantonalen Besonderheiten. Im Vordergrund stehen somit die wichtigsten Abweichungen von der Gesamtschweiz. Untersucht werden die zentralen sozialen und politischen Bestimmungsgünde sowie die Wählerwanderungen und Wählerpotentiale. Die Tabellen und Grafiken zu diesem Abschnitt sind dem Anhang zu entnehmen.

3.6.1 Wahlentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Die geschlechterspezifischen Unterschiede erweisen sich im Tessin als weit weniger ausgeprägt als dies landesweit der Fall ist. Allerdings tendieren auch im Südkanton die Frauen dazu, linke Parteien zu wählen, während die Männer eher die SVP und die FDP bevorzugen. Bei der SP stellt der Kanton Genf insofern eine Besonderheit dar, als dort die Frauen keine Mehrheit in der Parteiwählerschaft bilden.

Entgegen dem landesweit festgestellten Muster lässt sich der Wahlentscheid im Tessin nur in geringem Masse mit dem Alter der Bürgerinnen und Bürger in Verbindung bringen. In Zürich und Genf, wo das Alter also eine weit grössere Rolle spielt, treten im bürgerlichen Lager Unterschiede zutage: Im Kanton Zürich setzt sich die Wählerschaft der SVP überdurchschnittlich aus älteren Personen zusammen, während dies im Kanton Genf vorwiegend bei der FDP und der CVP der Fall ist.

In Bezug auf das Bildungsniveau stechen im Kanton Tessin drei Divergenzen ins Auge. Umgekehrt zum Rest der Schweiz hing der Wahlentscheid zu Gunsten der CVP im Südkanton auf positive Weise von der höchsten abgeschlossenen Ausbildung ab. Ausserdem zeigt sich, dass das Bildungsniveau weder bei der SVP noch bei der FDP von Bedeutung war. Hingegen wurde - wie schweizweit festzustellen ist - die SVP in den Kantonen Zürich und Genf vermehrt von Bürgerinnen und Bürgern mit tieferen und die FDP von jenen mit höheren Bildungsabschlüssen gewählt.

Was die Einkommenssituation anbelangt, bezieht sich der gewichtigste Unterschied auf die SVP. In den Kantonen Genf und Tessin stellt sich heraus, dass die Wählerschaft der Volkspartei unter den tiefen Einkommenskategorien nicht überproportional vertreten ist. Wie auf gesamtschweizerischer Ebene ist dies jedoch im Kanton Zürich der Fall. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die Wählerinnen und Wähler der CVP im Kanton Genf insgesamt als einkommensstark bezeichnet werden können. In dieser Hinsicht heben sie sich deutlich von jenen ab, die den Christdemokraten gesamtschweizerisch, aber auch in den Kantonen Zürich und Tessin, ihre Stimme gaben.

Aus der Analyse der individuellen Positionierung auf der Links-Rechts-Skala geht hervor, dass Divergenzen vor allem auf bürgerlicher Seite auszumachen sind. Dabei fällt auf, dass sich im Kanton Genf die Wählerschaften von SVP, FDP und CVP jeweils etwas weiter rechts einstufen als dies gesamtschweizerisch der Fall ist. In der SVP trifft dies ebenfalls auf den Kanton Zürich und in der CVP auf den Kanton Tessin zu. Der grösste Unterschied zeigt sich indes bei der GLP. Während sich die Wählerinnen und Wähler der Zürcher Sektion (4.4) wie im Rest der Schweiz insgesamt links der Mitte positionieren, liegt im Kanton Genf der Durchschnittswert im rechten Bereich des politischen Spektrums (5.5).

Auch bei der Problemwahrnehmung sind kantonale Besonderheiten auszumachen. Bevor auf die einzelnen Parteiwählerschaften eingegangen wird, sei zunächst erwähnt, dass sich auf aggregierter Ebene in den Kantonen Genf und Zürich in Bezug auf die Reihenfolge der vier wichtigsten Probleme ein identisches Bild zeigt wie im Rest der Schweiz: an erster Stelle liegt jeweils Umwelt & Energie, gefolgt von soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat, EU & Europa und Einwanderung & Asyl. Anders präsentiert sich die Lage im Tessin, wo nicht die Umwelt- und Energiefragen, sondern die Beziehungen zu Europa am häufigsten genannt wurden. Hinzu kommt, dass die Problembereiche Gesundheitswesen und Arbeitsmarkt Eingang in die Top 4 des Südkantons fanden.

Auf Stufe der Parteiwählerschaften treten die grössten Abweichungen in der Mitte und im linken Lager zutage. Unter den Wählenden der SP und der CVP fällt auf, dass das Gesundheitswesen sowohl in Genf als auch im Tessin von Bedeutung war. Der Tessiner CVP-Wählerschaft brannte zudem der Arbeitsmarkt unter den Nägeln, nicht jedoch Probleme bezüglich Umwelt und Energie. Was letztere anbelangt, lassen sich bemerkenswerte Unterschiede innerhalb der Wählerschaften der grünen Parteien feststellen. Der Problembeereich „Umwelt & Energie“ rangiert zwar sowohl bei der GPS als auch bei der GLP jeweils an erster Stelle. Allerdings erweist er sich bei den Grünen im Tessin und bei den Grünliberalen in Genf als weit weniger dominant.

3.6.2 Wählerwanderungen

Betreffend die Wählerbewegungen zeigt sich in allen drei Kantonen das im Abschnitt 3.3 dokumentierte Hauptmuster: Die SP-Wählerschaft von 2015 wanderte in Scharen zu den Grünen ab. Im Kanton Zürich trug sie ausserdem zur Stärkung der GLP bei, während sich im Kanton Genf eine Verschiebung von der SP zur Linksaussenpartei Ensemble à Gauche feststellen lässt. Die Genfer FDP, die nicht zuletzt in Folge eines Skandals um den Regierungsrat Pierre Maudet Wähleranteile einbüsste, verlor ihrerseits vor allem nach rechts und in die Mitte. Am stärksten profitierten dabei die SVP und die GLP. Im Kanton Tessin zeigt sich schliesslich eine deutliche Bewegung von der Lega in Richtung der SVP: In der Tat entschieden sich 20 Prozent des Elektorats der Volkspartei vor vier Jahren noch für die Lega.

3.6.3 Wahlwahrscheinlichkeiten

In Bezug auf die Wählerpotentiale der Parteien zeigen sich ebenfalls bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Kantonen:

- Im Kanton Zürich ist die SVP noch polarisierender als in der Gesamtschweiz und sie hat auch mehr Wählende mit einer Abneigung zur Partei (57% gegenüber 52%). Die FDP ist in Zürich am wenigsten unbeliebt (nur 29% mit sehr geringer Wahlwahrscheinlichkeit, bei 30% ist sie sehr beliebt). Hingegen ist in Zürich die CVP jene Partei, mit dem deutlich geringsten Anteil Wählenden, die sich sehr gut vorstellen können, CVP zu wählen (13% mit Wahlwahrscheinlichkeit von 13%). Die Werte der GLP, SP und GPS entsprechen dem gesamtschweizerischen Durchschnitt.
- Gehen wir nun zum Kanton Tessin. Im Tessin wurde auch die Lega in die Auswertung einbezogen, dafür wurde die GLP wegen ihrer geringen Wähleranteile weggelassen. Sehr augenfällig ist im Tessin die Gleichverteilung unter allen Parteien: alle haben einen sehr ähnlichen Anteil an Wählenden, die eine Partei als wählbar erachten (zwischen 23% und 28%), sowie einen Anteil an Wählenden, die eine Partei wenig wählbar finden. Zu erwarten wäre, dass zumindest die FDP oder CVP als Mittelparteien auf weniger Abneigung stossen als die Polpartien. Dass dies nicht so ist, hat mit der historischen Konkurrenzsituation zwischen FDP und CVP im Kanton zu tun, die auf über 100 Jahre zurückgeht.
- Wenn man zum Kanton Genf übergeht, sieht man klar, warum der Kanton so links ist. Die linken Parteien SP und GPS geniessen mehr Sympathien und sind insbesondere auch bei viel weniger Leuten unbeliebt als in der Gesamtschweiz. Herausragend ist die Stellung der GPS im Kanton Genf. 46 Prozent können sich sehr gut vorstellen, GPS zu wählen (im Vergleich zu 37% gesamtschweizerisch), nur 23 Prozent können sich überhaupt nicht vorstellen GPS zu wählen (im Vergleich zu 34% in der Gesamtschweiz). Demgegenüber sind die rechten Parteien MCG und SVP bei vielen Wählenden sehr unbeliebt, und sie verfügen beide nur über ein sehr kleines Wählerpotential. Im gesamtschweizerischen Vergleich ist die Abneigung gegen die SVP im Kanton Genf sehr gross: dort können sich mehr als zwei Drittel der Wählenden überhaupt nicht vorstellen SVP zu wählen.

4 Die Kampagne und Meinungsbildung

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte haben sich traditionelle Bindungen zwischen den Parteien und ihren Wählerinnen und Wählern gelockert. Immer mehr Wahlberechtigte stehen keiner Partei nahe, treffen ihren Wahlentscheid spät und überlegen sich bei jeder Wahl von neuem, welcher Partei sie ihre Stimme geben bzw. ob sie überhaupt an den Wahlen teilnehmen sollen. Damit nimmt für die Kandidierenden und Parteien die Bedeutung der Kampagne zu - einerseits, um die eigene Anhängerschaft zum Gang an die Urnen zu bewegen, andererseits, um die Stimmen von unentschlossenen Bürgerinnen und Bürgern zu gewinnen und neue Wählerkreise zu erschliessen. Dazu sind die Kandidierenden und Parteien bereit, immer grössere Geldbeträge in ihren (persönlichen) Wahlkampf zu investieren.

Dieses Kapitel widmet sich zunächst den Wahlkampfausgaben und Wahlkampfaktivitäten der Kandidierenden und erörtert mit Blick auf die genutzten Informationsquellen der Wählenden, inwiefern die Kandidierenden ihre Wählerschaft mit diesen Aktivitäten erreichen konnten. Danach untersuchen wir, wann die Wählenden ihren Entscheid fällten, zu welchem Zeitpunkt sie ihre Stimme abgaben und ob sie ihre Parteipräferenzen während der Kampagne änderten. Schliesslich wenden wir uns dem Themenkontext zu. Dabei fragen wir, welche Themen die Medien und Kandidierenden während der Wahlkampagne in den Vordergrund stellten und ob diese Themensetzungen mit dem Problembewusstsein der Wählenden in Einklang standen.

4.1 Wahlkampfausgaben der Kandidierenden

Die Debatte über die Rolle des Geldes in der Schweizer Politik hat zwei zentrale Aspekte: die Ausgaben sind hoch, die Transparenz hingegen gering. Dies gilt auch für die eidgenössischen Wahlen. Die Kandidierendenbefragung im Rahmen von Selects erlaubt es, einen Einblick in die Wahlkampfbudgets zu gewinnen. Dazu wurden den Kandidierenden folgende zwei Fragen gestellt:

- „Wie hoch war ungefähr Ihr Wahlkampfbudget (in Schweizer Franken, einschliesslich Parteigelder, Spenden und eigene Mittel/privates Vermögen)?“
- „Welcher prozentuale Anteil Ihres Wahlkampfbudgets stammte von der Partei, aus Spenden und aus Ihrem privaten Vermögen?“

Aus diesen Angaben lassen sich die aufgewendeten Mittel sowie die Herkunft der Mittel der Kandidierenden abschätzen, wenn auch mit diversen Unsicherheiten. Erstens basieren die Angaben ausschliesslich auf der Selbstdeklaration der Kandidierenden, überprüfen können wir diese nicht. Wir gehen jedoch davon aus, dass die Angaben insgesamt realistisch sind, da sowohl die Teilnahme an der Befragung als auch die Beantwortung einzelner Fragen freiwillig war. Zweitens müssen die Angaben hochgerechnet werden. Die vorliegende Analyse beruht auf der Annahme, dass die 46 Prozent der Kandidierenden, die an der Befragung teilnahmen, in Bezug auf die Wahlkampfausgaben repräsentativ sind für alle Kandidierenden.

Insgesamt ergeben sich hochgerechnet auf alle Nationalratskandidatinnen und -kandidaten getätigte Wahlkampfausgaben von 37,4 Mio. Franken für die eidgenössischen Wahlen 2019. Dies sind rund 8,3 Mio. oder 29 Prozent mehr als noch 2015. Davon entfallen rund 8,5 Mio. auf die FDP, 4,6 Mio. auf die SVP, 4,4 Mio. auf die SP, 4,2 Mio. auf die CVP, 2,2 Mio. auf die GPS, und 2,0 Mio. auf die GLP. Auf die Kandidierenden kleinerer Parteien entfallen rund 9,8 Mio. Franken.

Umgerechnet bedeutet dies, dass die Kandidierenden für den Nationalrat im Durchschnitt für jeden der 5,5 Mio. Stimmberechtigten rund 7 Franken ausgaben, das heisst rund 1,50 Franken mehr als noch 2015. Wenn man nur die 2,5 Mio. effektiv Wählenden heranzieht, ergeben sich 15 Franken pro Person. Nimmt man noch die Wahlkampfausgaben für die Ständeratswahlen sowie der nationalen, kantonalen und lokalen Parteien und der Verbände hinzu, steigt dieser Betrag nochmals auf mindestens das Doppelte. Somit kann man davon ausgehen, dass pro Wählerin und Wähler bei den Wahlen mind. 30 Franken ausgegeben wurden.

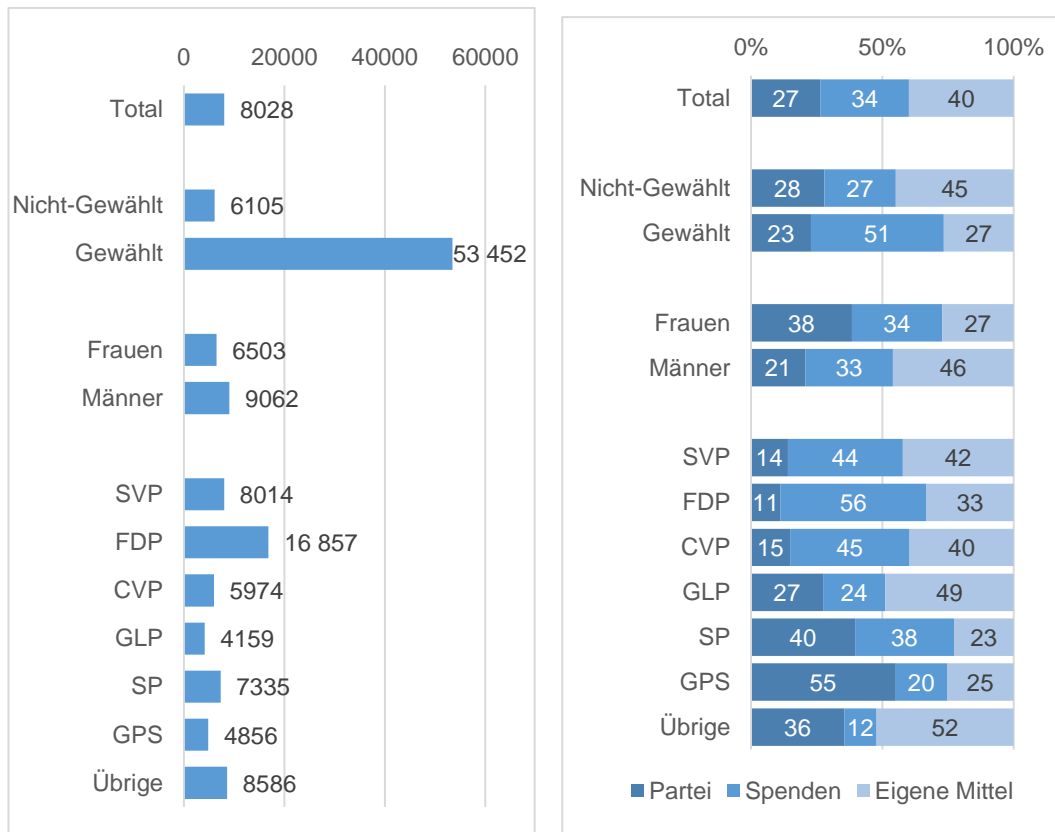
Dies sind auch im internationalen Vergleich hohe Beträge. In den USA lagen z.B. die Kosten für die Präsidentschafts- und Kongresswahlen 2016 laut opensecrets.org bei 47 USD pro Wählendem. Davon floss ein substantieller Teil in Fernsehwerbung, die in der Schweiz nicht erlaubt ist. Dieser Betrag ist zwar höher als in der Schweiz, aber trotzdem nicht ein Mehrfaches der Schweizer Wahlkampfausgaben.

Die Schweizer Wahlkampfausgaben nahmen nicht nur insgesamt zu, sondern auch die durchschnittlichen Kosten pro Kandidatur stiegen von rund 7500 Franken 2015 auf über 8000 Franken 2019. Allerdings sind die Unterschiede zwischen den Kandidierenden ausgeprägt. 17 Prozent der Kandidierenden investierten gar kein Geld in ihren persönlichen Wahlkampf, weitere 38 Prozent investierten 1000 Franken oder weniger, 25 Prozent investierten zwischen 1001 und 5000 Franken, acht Prozent zwischen 5001 und 10'000 Franken, fünf Prozent zwischen 10'001 und 20'000 Franken, sechs Prozent zwischen 20'001 und 100'000 Franken und nur 1 Prozent über 100'000 Franken.

Unterschiede gab es auch zwischen verschiedenen Gruppen (siehe Grafik 22). Gewählte investierten mit 53'454 Franken deutlich mehr als die Nicht-Gewählten, die im Schnitt 6'105 Franken ausgaben. Teilweise lässt sich dies auch dadurch erklären, dass Gewählte einfach Spenden sammeln können als Nicht-Gewählte und auch bereit sind, mehr eigene Mittel zu investieren. Dies, weil sie bereits im Amt sind oder über eine erfolgsversprechende Ausgangslage verfügen - etwa, weil sie bereits sehr bekannt sind, diverse politische oder berufliche Ämter besetzen und sie dadurch ein breiteres Beziehungsnetz haben, das sie für Spenden angehen können.

Deutliche Unterschiede zeigen sich auch zwischen den Geschlechtern. Männer gaben im Durchschnitt fast 2500 Franken mehr aus als Frauen. Allerdings war den Männern dadurch nicht mehr Erfolg beschieden. Verschieden Studien haben gezeigt, dass bereits seit den Wahlen 2015 Männer durchschnittlich nicht mehr Wählerstimmen erhalten als Frauen. Deutliche Unterschiede gibt es auch zwischen den Parteien. Kandidierende der FDP werfen klar am meisten Geld auf mit durchschnittlich über 16'800 Franken. Bei der SVP sind es hingegen nur 8000 Franken, bei der SP noch ca. 7300 Franken. Bei der CVP liegen die Ausgaben im Durchschnitt bei gegen 6000 Franken, was deutlich weniger ist als noch 2015. Der Grund dafür liegt darin, dass die CVP viel mehr Kandidaten aufstellte als noch 2015, wovon sich aber viele offenbar kaum oder nur wenig finanziell engagierten.

Grafik 22 Höhe der Wahlkampfausgaben der Kandidierenden (in CHF) sowie die Aufteilung nach Herkunft (in %)



Lesebeispiel: 2019 gaben Kandidierende im Durchschnitt 8028 Franken für den persönlichen Wahlkampf aus. Davon stammten 27% aus Beiträgen der Partei, 34% aus Spenden und 40% aus eigenen Mitteln (N gewichtet: Total 1875; Frauen 757; Männer 1118; Nicht-Gewählte 1799; Gewählte 76; SVP 217; FDP 208; CVP 282; GLP 199; SP 242; GPS 194).

Was die Wahlkampffinanzierung der Kandidierenden anbelangt, kann grundsätzlich zwischen drei Geldquellen unterschieden werden: die Partei, die den Kandidierenden Mittel für den persönlichen Wahlkampf gibt, Spenden von Privaten und Organisationen sowie eigene Mittel der Kandidierenden. Beiträge der Parteien machen 27 Prozent und Spenden einen Drittel der Mittel für die Kandidatenkampagnen aus, eigene Mittel 40 Prozent. Umgerechnet heisst dies, dass rund 10 Mio. von den Parteien in die Kampagnen der Kandidierenden flossen, 13 Mio. stammten aus Spenden, wobei hier nicht zwischen Gross- und Kleinspendern unterschieden wird, und 15 Mio. wendeten die Kandidierenden aus Eigenmitteln auf.

Dabei gibt es aber erhebliche Unterschiede zwischen den Kandidierenden. Es fällt auf, dass unter den Gewählten ein insgesamt deutlich grösserer Anteil der Mittel aus Spenden kam als unter den Nicht-Gewählten. Bei den Gewählten betrug der Spendenanteil am Budget über 50 Prozent. Dies weist darauf hin, dass Personen mit realistischen Wahlchancen auch deutlich einfacher Spenden sammeln können als solche ohne Wahlchancen. Hingegen stammten nur 27 Prozent bei den Gewählten aus Eigenmitteln. Wegen ihrer höheren Gesamtausgaben gaben die Gewählten allerdings in absoluten Zahlen trotzdem viel mehr Geld aus eigenen Mitteln aus: die Nicht-Gewählten gaben im Schnitt 2'800 Franken aus Eigenmitteln aus, die Gewählten 14'300 Franken.

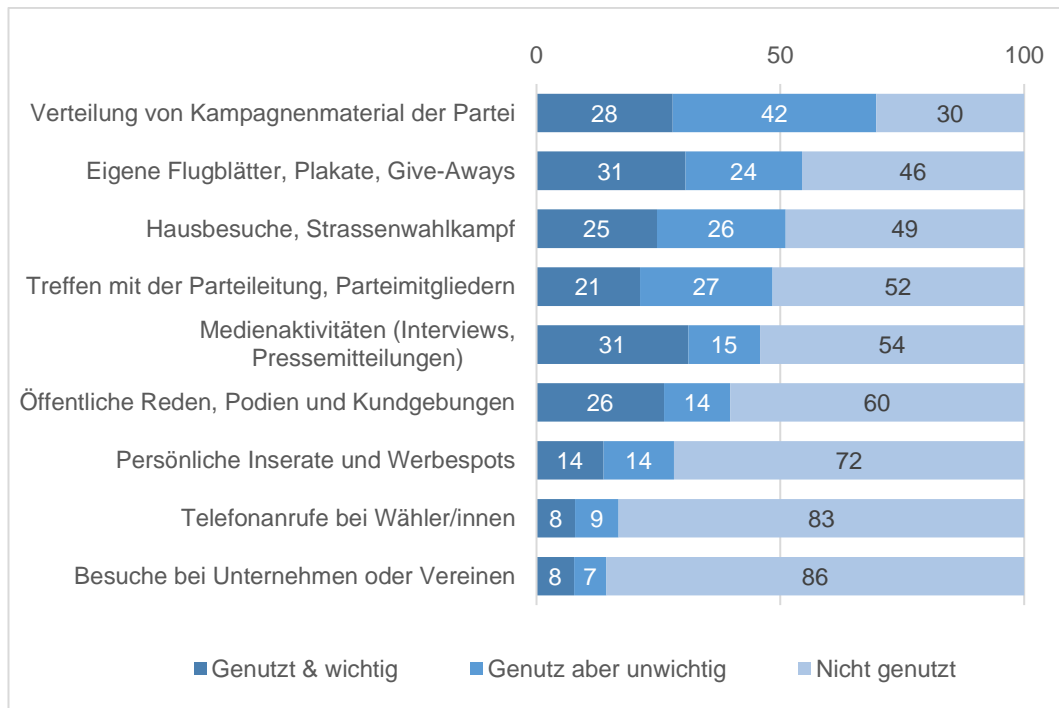
Auffällig sind die Unterschiede nach Geschlecht. Bei den Kandidatinnen stammten 38 Prozent der Ausgaben aus Mitteln der Partei, bei den Männern nur 21 Prozent. Allerdings lag bei den Männern der Anteil aus Eigenmitteln (46%) viel höher als bei den Frauen (27%). Die Frauen gaben zwar insgesamt weniger aus, aber der Betrag, den Parteien an die Kampagnen der Frauen beisteuerten, liegt auch in absoluten Zahlen deutlich höher: Im Durchschnitt bekamen Frauen 2600 Franken für ihre Kampagne, Männer dagegen im Durchschnitt 1900 Franken. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die Parteien inzwischen aktiv etwas für die Frauen getan haben und bereit waren, mehr Gelder in die Frauen zu investieren. Der Unterschied zwischen Männern und Frauen wurde auch gegenüber 2015 deutlich grösser.

Deutliche Unterschiede gibt es auch nach Partei. Bei allen bürgerlichen Parteien ist der Anteil der Parteimittel geringer als bei den linken Parteien und lag unter 20 Prozent. Demgegenüber belief sich der Anteil bei der SP auf 40 Prozent, bei der GPS auf 55 Prozent. Dies hat damit zu tun, wie zentral die Kampagnen gesteuert werden. Bei einigen linken Kantonalparteien werden ausschliesslich Parteimittel in die Kampagnen gesteckt, d.h. alle Kandidierenden erhalten einen Betrag von der Partei, den sie ausgeben, eigene Mittel sind gar nicht vorgesehen. Bei den linken Parteien stehen auch die Parteikampagnen im Vordergrund. Bei bürgerlichen Parteien sind hingegen die individuellen Kampagnen wichtiger und es wird auch von den Kandidierenden erwartet, dass sie selber Gelder sammeln und eigene Mittel in ihre Kampagnen investieren. Auffällig ist auch, dass bei der GLP und der GPS der Anteil an Spenden am geringsten ist. Bei der GLP ist dafür der Anteil, der aus Eigenmitteln kommt, mit fast 50 Prozent von allen Parteien am höchsten.

4.2 Kampagnenaktivitäten und Informationsquellen

Da die Kandidierenden, um gewählt zu werden, viele Stimmen für sich sammeln müssen, sind auch die Anreize hoch, eine aktive Kampagne zu führen. Viele Kandidierende setzen denn auch eine Vielzahl von Wahlkampfinstrumenten ein. Im Wesentlichen interessiert neben dem Einsatz traditioneller Mittel des Wahlkampfes (Grafik 23), vor allem auch, inwiefern das Internet für Wahlkämpfe genutzt wurde (Grafik 25).

Grafik 23 Einsatz von verschiedenen traditionellen Wahlkampfmitteln der Kandidierenden 2019 (in %)



Lesebeispiel: 28% der Kandidierenden verteilten in ihrem Wahlkampf Kampagnenmaterial ihrer Partei und erachteten dies als wichtig, 42% verteilten Kampagnenmaterial der Partei und fanden das eher unwichtig, und 30% verteilten kein Kampagnenmaterial ihrer Partei (N gewichtet = 2076-2121).

Unter den traditionellen Instrumenten sind vor allem das Verteilen von Kampagnenmaterial oder persönliche Flugblätter, Plakate oder Give-Aways wichtig, gefolgt von persönlichen Kontakten (Strassenwahlkampf/Hausbesuche). Die Rationalität dafür ist klar: für Kandidierende ist es vor allem wichtig, Wählende persönlich zu erreichen und anzusprechen, weil man sich damit eine höhere Wahrscheinlichkeit verspricht, auf einem Wahlzettel kumuliert oder panaschiert zu werden. Das Verteilen von persönlichem Werbematerial wird als ähnlich wichtig eingeschätzt wie das Verteilen von Parteiwerbung, allerdings gaben viel mehr Kandidierende an, sich am Verteilen von Parteiwerbung beteiligt zu haben. Dies hat auch damit zu tun, dass nicht alle Kandidierenden über persönliches Kampagnenmaterial verfügen, bzw. von einigen Parteien solches gar nicht erwünscht ist. Einige Parteien halten die Kandidierenden dazu an, Kampagnenmaterial der Partei zu verteilen, auf dem allerdings oft auch alle Kandidierenden der Partei aufgeführt sind.

Auch Treffen mit Parteimitgliedern und Parteigruppen wurden häufig genutzt. Die eigene Parteiwählerschaft anzusprechen ist vor allem wichtig, weil man sich damit erhofft, auf der Liste kumuliert zu werden.

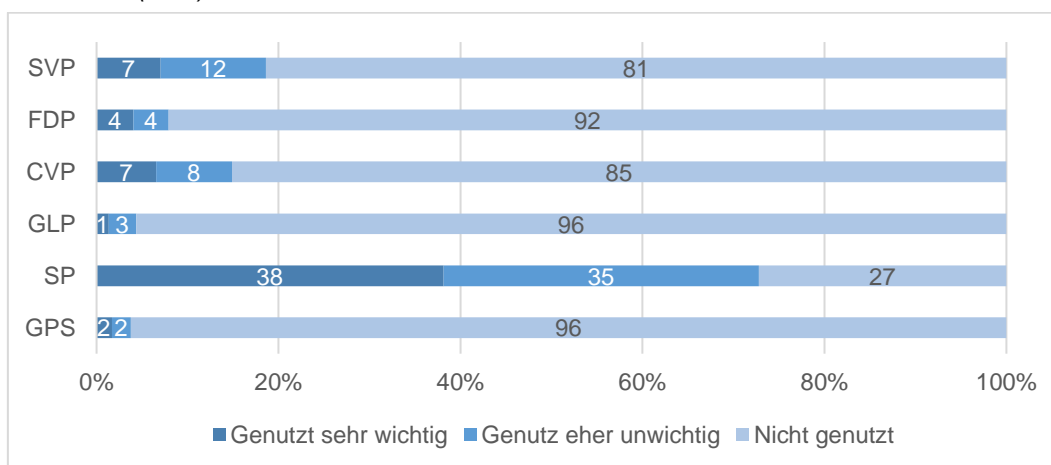
Deutlich weniger wichtig sind Aktivitäten via Massenmedien und eher unpersönliche Kommunikation (Reden, Inserate). Dies wohl auch, weil dies vielen Kandidaten kaum zugänglich ist – entweder, weil sie nicht über einen ausreichenden Bekanntheitsgrad verfügen, um für Reden oder Interviews angefragt zu werden, oder weil ihnen für relativ kostenintensive Werbung wie Inserate oder Werbespots die notwendigen Mittel fehlen. Kaum bedeutend sind Telefonanrufe und Besuche bei Vereinen/Unternehmen.

Infobox: Der Telefonwahlkampf der SP

Die SP hat als einzige Partei stark auf Telefonwahlkampf gesetzt. Dies zeigt sich auch bei den Kandidierenden. Während bei GPS, GLP und FDP Telefonanrufe kaum und bei CVP und SVP wenig verbreitet waren, gaben bei der SP über 70 Prozent der Kandidierenden an, Telefonanrufe genutzt zu haben. 38 Prozent bezeichneten diese auch als wichtiges Instrument.

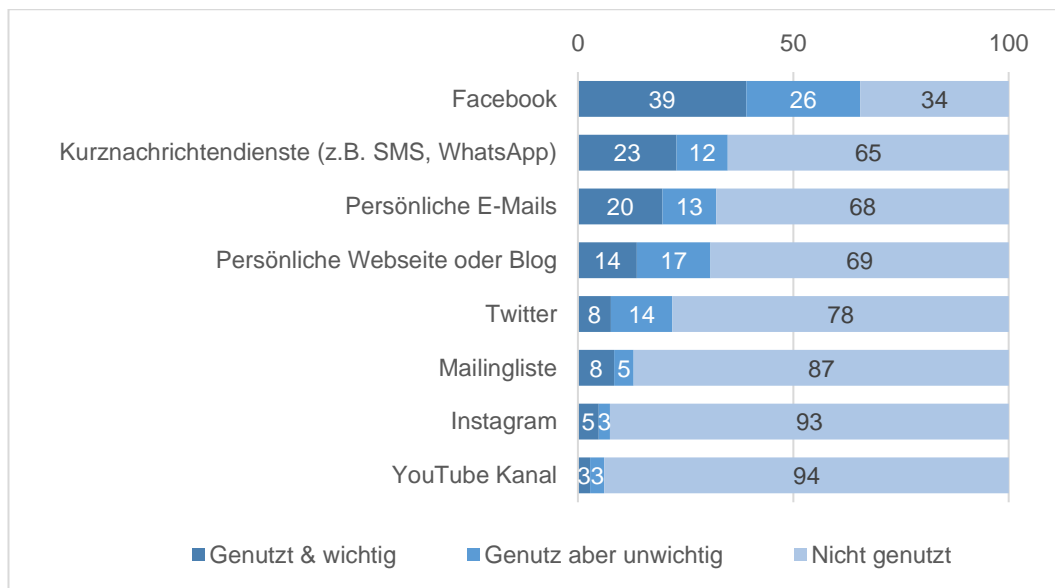
Bei den Wählenden hatte dies aber insgesamt keinen direkt messbaren Einfluss. Nur ein Prozent der Wählenden insgesamt gaben an, dass Hausbesuche oder Telefonanrufe für sie als Informationsquelle wichtig waren (siehe Grafik 26). Sogar bei den SP-Wählenden betrug dieser Anteil nur gerade zwei Prozent.

Grafik 24 Nutzung von Telefonanrufen als Kampagneninstrument nach Partei 2019 (in %)



N gewichtet: SVP 260, FDP 238, CVP 319, GLP 217, SP 269, GPS 209.

Grafik 25 Einsatz verschiedener Internet-Aktivitäten der Kandidierenden 2019 (in %)



Lesebeispiel: 2019 gaben 39% der Kandidierenden an, Facebook für den Wahlkampf genutzt zu haben und dies wichtig war als Wahlkampfinstrument, 26% gaben an, Facebook genutzt zu haben, das aber eher unwichtig war. (N gewichtet= 2109-2119).

Bei den internetbasierten Instrumenten fällt auf (Grafik 25), dass sie insgesamt viel weniger relevant waren als die traditionellen Wahlkampfinstrumente, die immer noch klar dominieren. Mit Abstand am häufigsten genutzt wurde Facebook: zwei Drittel nutzten Facebook, darunter allerdings auch viele, die Facebook nicht als wichtig einstufen (26%). Der hohe Wert ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass viele Kandidierende sowieso über eine Facebook-Seite verfügen und es darum sehr naheliegend ist, diesen Kanal auch für den Wahlkampf zu nutzen.

Persönliche Mitteilungen via SMS/WhatsApp oder E-Mail waren ebenfalls wichtig. Auch hier ging es darum, das persönliche Netzwerk direkt anzusprechen. Viele Kandidierende nutzten auch eine persönliche Webseite oder Blogs, beides wurde allerdings weniger genutzt als noch 2015.

Kaum genutzt und auch als kaum relevant eingestuft werden Twitter, Instagram und Youtube. Nur 22 Prozent gaben an Twitter genutzt zu haben, weniger als noch 2015 und nur acht Prozent nutzten Twitter und stuften dies auch als wichtig ein. Bei Twitter haben in der Schweiz nur sehr wenige Politikerinnen und Politiker eine grosse Reichweite mit vielen Followern und sie verfügen über einen Kreis von Followern, der ihnen bereits wohlgesinnt ist. Viele Follower zu generieren gelingt in der Regel auch nicht in kurzer Zeit. Entsprechend ist es wenig effizient, diesen Kanal auch intensiv zu bespielen.

Inwiefern fanden die Kandidierenden mit ihren Wahlkampfaktivitäten bei den Wählerinnen und Wählern Anklang? Oder anders ausgedrückt, welche dieser Wahlkampfaktivitäten nutzten die Wählenden als Informationsquelle? Wir haben in der Nachwahlbefragung die Wählenden gefragt, „Welche der folgenden Quellen haben Sie in den Wochen vor den Wahlen genutzt, um sich über die Parteien und Kandidierenden zu informieren?“. Dies ist eine Selbsteinschätzung, und spiegelt nicht zwingend wider, welche Informationskanäle effektiv wichtig sind. Die Wirkung von Werbung durch Befragung zu messen ist generell schwierig, weil Werbung nicht immer bewusst wahrgenommen wird. Trotzdem gibt es zumindest Hinweise, darauf, welche Informationen aktiv wahrgenommen und genutzt wurden.

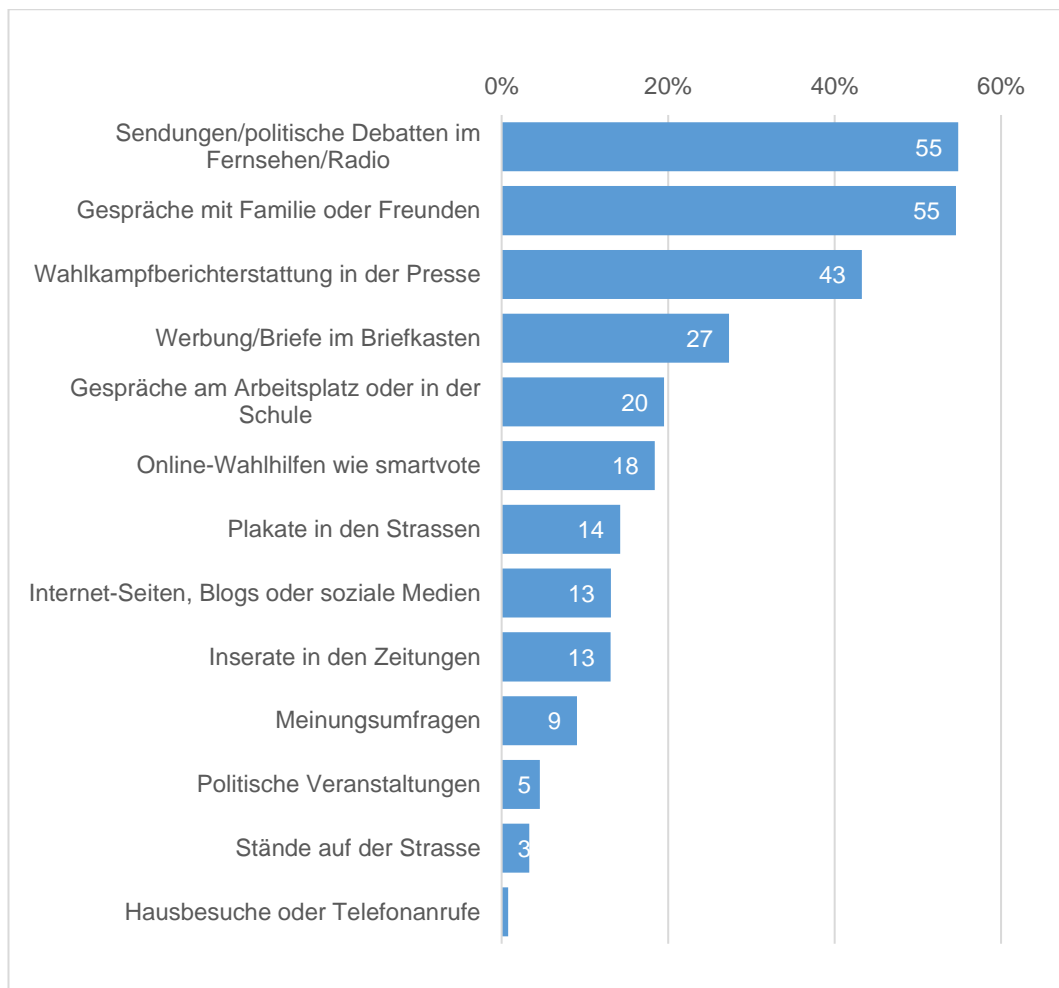
Die Grafik 26 gibt Auskunft über die Nutzung verschiedener Quellen. Am meisten genutzt wurden wenig überraschend jene Quellen, die auch sonst für politische Informationen wichtig sind: 55 Prozent gaben Fernsehen/Radio an, die Berichterstattung in der Presse wurde von 43 Prozent der Wählenden genannt. Sehr weit oben mit 55 Prozent Nennungen sind auch Gespräche mit Familie und Freunden, d.h. die politische Debatte findet bei vielen auch im privaten Austausch statt. Der Austausch über Politik findet jedoch nicht nur im privaten Rahmen statt, 20 Prozent der Wählenden gaben an, dass Gespräche am Arbeitsplatz oder in der Schule eine wichtige Informationsquelle waren.

In Höhe von 27 Prozent wurde die Werbung im Briefkasten genannt. Hier zeigt sich zumindest eine Überschneidung mit den Aktivitäten der Kandidierenden: diese Form von Werbung wird am intensivsten durch die Kandidierenden betrieben. Geringer ist die Nutzung von Plakaten (14%) oder Inseraten (13%) als Informationsquelle, wobei in diesem Bereich wohl die Nutzung am stärksten unterschätzt wird. Meinungsumfragen werden nur von 9 Prozent der Wählenden als Informationsquelle genannt.

Sehr verbreitet sind auch online-Wahlhilfen wie smartvote. 18 Prozent der Wählenden gaben an, solche Wahlhilfen als Informationsquelle genutzt zu haben. Demgegenüber haben Blogs, Internetseiten oder soziale Medien eine geringere Bedeutung. Auch hier gibt es eine Überschneidung mit den Aktivitäten der Kandidierenden, die weniger auf internetbasierte Werbung setzen als auf traditionelle Instrumente.

Wenig relevant als Informationsquelle sind laut Angaben der Wählenden alle direkten Kontakte mit Parteien, sei dies durch politische Veranstaltungen (von 5% genannt), Stände auf Strassen (3%) und Hausbesuche und Telefonanrufe (1%). Auch hier gibt es einen deutlichen Kontrast zu den Aktivitäten der Kandidierenden. Diese messen z.B. dem Strassenwahlkampf im Vergleich zu anderen Instrumenten eine grosse Bedeutung bei, dies wird aber von den Wählenden als wenig relevant erachtet. Das Grundproblem bei solchen Aktivitäten besteht darin, dass auch bei grossen Anstrengungen der Parteien und Kandidierenden immer nur ein sehr kleiner Prozentsatz der Wählenden durch Stände oder Telefonate erreicht werden kann. Zudem ist auch kulturell bedingt die Hemmschwelle in der Schweiz gross mit Unbekannten in einen Dialog zu treten. In anderen Ländern, wie z.B. den USA oder Grossbritannien sind solche Kontakte sehr viel wichtiger und auch effektiver im Wahlkampf.

Grafik 26 Nutzung verschiedener Informationsquellen durch die Wählenden (in %)



Lesebeispiel: Gemäss der Selects Nachwahlbefragung haben 55% der Befragten politische Sendungen und Debatten im TV oder am Radio zur Informationsgewinnung genutzt, 55% Gespräche mit Familie oder Freunden, 43% die Wahlkampfberichterstattung in der Presse, etc. (N gewichtet: 4763).

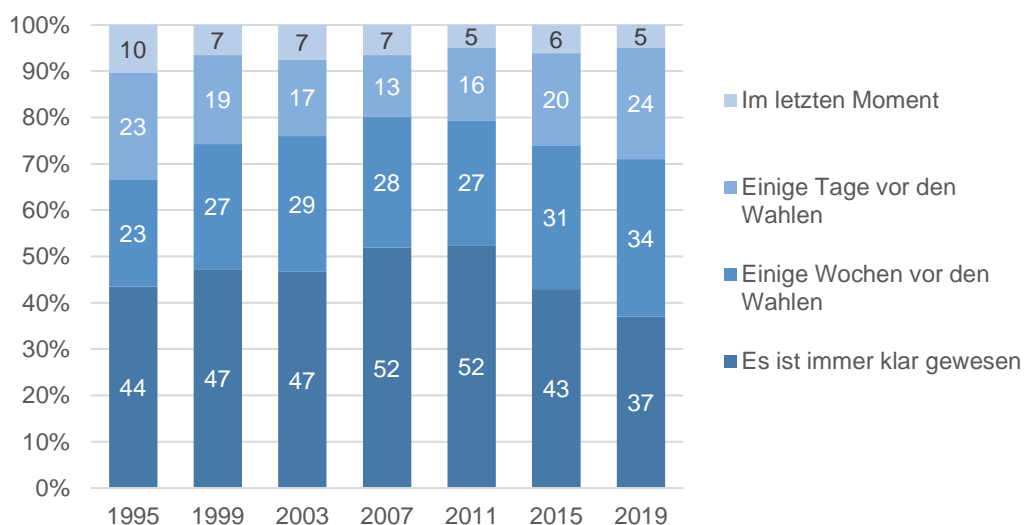
4.3 Der Wahl- und Entscheidungszeitpunkt

Für die zeitliche Planung einer effizienten Wahlkampagne ist es für Parteien und Kandidierende wichtig zu wissen, wann die Wählerinnen und Wähler ihren Wahlentscheid fällen und zu welchem Zeitpunkt sie ihre Stimme abgeben.

Bei eidgenössischen Wahlen lässt sich seit Mitte der 90er-Jahre ein kontinuierlicher Trend zur brieflichen Stimmabgabe feststellen. Dieser hat sich auch 2019 fortgesetzt: 93 Prozent der Teilnehmenden an der Selects-Nachwahlbefragung wählten nach eigenen Angaben brieflich, entweder per Post (39%) oder durch Einwurf des Wahlmaterials in den Briefkasten der Gemeinde (54%), während nur noch sieben Prozent an die Urne gingen. Allerdings lassen sich die Wählenden in der Regel auch mit der brieflichen Stimmabgabe Zeit. Obwohl in der Schweiz alle Wahlberechtigten ihre Wahlunterlagen spätestens drei Wochen vor den Wahlen erhalten, gab mehr als die Hälfte (55%) der Befragten an, ihren Wahlzettel erst ein paar Tage vor den Wahlen abgegeben zu haben.

Eine späte Stimmabgabe bedeutet jedoch nicht zwingend, dass die Wählerinnen und Wähler ihren Wahlentscheid nicht schon zu einem früheren Zeitpunkt gefällt haben. So zeigt die Grafik 27 denn auch, dass mehr als ein Drittel (37%) der Befragten laut eigenen Angaben schon immer wussten, wen sie wählen wollten. Damit war ein beträchtlicher Teil der Wählenden für die Wahlkampagne wohl wenig empfänglich. Allerdings zeigt sich im Zeitverlauf, dass der Anteil der Frühentschlossenen noch nie so gering war wie bei den eidgenössischen Wahlen 2019. Umgekehrt nahm der Anteil der Spätentschlossenen - also Personen, die ihren Entschluss erst einige Tage vor den Wahlen oder gar erst im letzten Moment fällten - seit den Wahlen 2007 kontinuierlich zu und lag 2019 bei 29 Prozent der Befragten. Aus Sicht der Parteien und Kandidierenden bedeutet dies, dass es sich zunehmend lohnt, bis zum Wahltag aktiv um Stimmen zu werben.

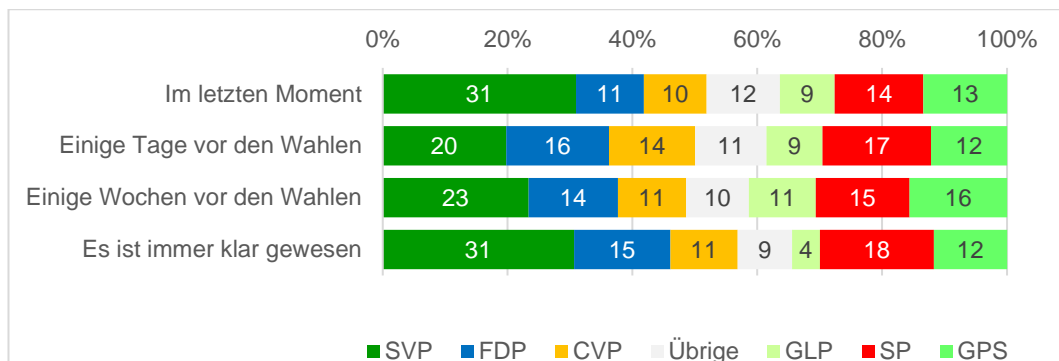
Grafik 27 Entscheidungszeitpunkt für den Wahlentscheid 1995-2019 (in %)



Lesebeispiel: 1995 gaben 44% an, dass schon immer klar gewesen sei, welche Partei sie wählen werden, 23% haben sich einige Wochen, 23% einige Tage vor der Wahl und 10% erst im letzten Moment entschieden. N gewichtet 1995=3166; 1999=1345; 2003=2504; 2007=1996, 2011=3030; 2015=3734; 2019=4703.

Es wird gemeinhin davon ausgegangen, dass spätentschlossene Wählerinnen und Wähler von den Kampagnen der Parteien und Kandidierenden besonders beeinflussbar sind und den Wahlausgang im letzten Moment noch entscheiden können. Somit drängt sich die Frage auf, ob sich die Parteiwahl der Spätentschlossenen von jener der Frühentschlossenen unterscheidet. Darüber Aufschluss gibt die Grafik 28, in der die Parteiwahl in Abhängigkeit vom Entscheidungszeitpunkt dargestellt wird. Daraus geht hervor, welche Parteien bei den Früh- und Spätentschlossenen besonders gut oder schlecht abschnitten und so während der Kampagne Wähleranteile zulegten oder einbüssten.

Grafik 28 Parteiwahl nach Entscheidungszeitpunkt 2019 (in %)



Lesebeispiel: 2019 haben von jenen, die sich nach eigenen Angaben erst im letzten Moment entschieden haben, 31% SVP, 11% FDP, 10% CVP, 9% GLP, 14% SP und 13% GPS gewählt (N gewichtet: Im letzten Moment 239; einige Tage vor den Wahlen 1093; einige Wochen vor den Wahlen 1576; es ist immer klar gewesen 1766; Total 4674).

Insgesamt unterscheiden sich Früh- und Spätentschlossene hinsichtlich ihrer Parteiwahl nur geringfügig. Unter jenen Wählerinnen und Wählern, deren Wahlentscheid schon immer feststand, schnitt insbesondere die SVP überdurchschnittlich gut ab. Dies bestätigt, dass die SVP über eine sehr loyale Wählerschaft verfügt (siehe Kapitel 3.3). Allerdings war die SVP auch in der Gruppe jener Spätentschlossenen klar übervertreten, die sich erst im allerletzten Moment entschieden. In dieser zahlenmässig kleinen Gruppe hatten demgegenüber die FDP und die SP einen besonders schweren Stand.

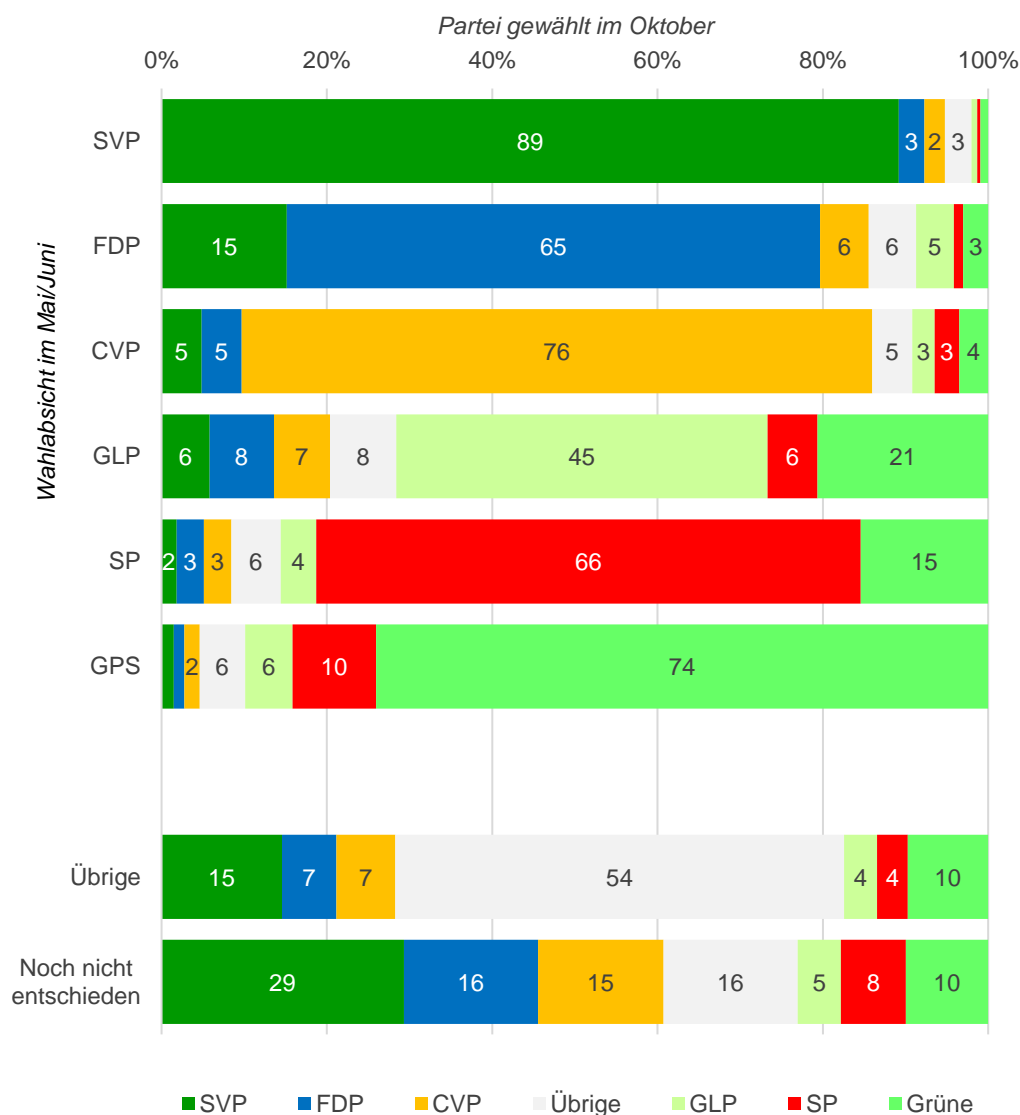
Die grössten Verschiebungen zwischen den Parteien lassen sich allerdings bei den Wählerinnen und Wählern ausmachen, die ihren Entschluss einige Wochen bis einige Tage vor den Wahlen fassten. Die SVP fuhr in diesen Wählergruppen ein deutlich schlechteres Ergebnis ein (23% bzw. 20% Wähleranteil). Die grünen Wahlsiegerinnen GPS und GLP waren hingegen bei jenen Personen am erfolgreichsten, die sich einige Wochen vor den Wahlen entschieden. Diese Parteien konnten den Grundstein ihres Erfolges somit im Wahlkampf legen. Dies gilt in besonderem Masse für die GLP, die bei den Frühentschlossenen stark untervertreten war (4% Wähleranteil).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die eidgenössischen Wahlen 2019 zwar nicht in den letzten Tagen und Stunden entschieden wurden. Allerdings gab es weniger frühentschlossene Wählerinnen und Wähler als in früheren Jahren, womit die Kampagne an Bedeutung gewann. Der Erfolg der grünen Parteien, insbesondere der GLP, stand denn auch nicht von Beginn weg fest, sondern kristallisierte sich erst während der Wahlkampagne heraus.

4.4 Kurzfristige Präferenzänderungen

Die Panel-Befragung von Selects erlaubt es, die Volatilität der Parteipräferenzen während des Wahlkampfes zu untersuchen. In der ersten Welle im Mai/Juni 2019 wurde die Parteiwahlabsicht der Teilnehmenden erhoben. In der dritten Welle nach den eidgenössischen Wahlen im Oktober wurden dieselben Personen gefragt, welche Partei sie tatsächlich gewählt haben. Die Grafik 29 zeigt sowohl die Parteiwahl im Oktober als auch die Wahlabsicht im Mai/Juni. Damit gibt sie Aufschluss darüber, ob die Wählenden ihrer Wahlabsicht vom Frühsommer tatsächlich Folge leisteten oder sich letztlich für eine andere Partei entschieden.

Grafik 29 Wahlabsicht im Mai/Juni und tatsächlich gewählte Partei (in %, nur Wählende)



Lesebeispiel: Von jenen, die in der ersten Befragung im Mai/Juni 2019 gesagt haben, sie würden SVP wählen, haben bei den Wahlen im Oktober 2019 89% tatsächlich die SVP gewählt, 3% haben FDP und 2% CVP gewählt. (N gewichtet: SVP 843, FDP 699, CVP 371, GLP 412, SP 604, GPS 543, Übrige 350, Noch nicht entschieden 191).

Wie bei früheren Wahlen gelang es auch 2019 der SVP am besten, ihre Wählerschaft bei der Stange zu halten. 89 Prozent jener, die im Frühsommer beabsichtigten SVP zu wählen, gaben der SVP im Oktober denn auch ihre Stimme. Die restlichen elf Prozent, die zu einer anderen Partei abwanderten, verteilten sich ohne klaren Schwerpunkt auf die Konkurrenz.

Die anderen Bundesratsparteien bekundeten deutlich mehr Mühe, geäusserte Wahlabsichten in Stimmen umzumünzen. Dies gelang der CVP noch am besten: 74 Prozent jener, die ursprünglich angaben, die CVP wählen zu wollen, taten dies auch. FDP und SP, die beide zu den Wahlverliererinnen gehörten, waren hingegen stärker von kurzfristigen Präferenzänderungen betroffen. Nur rund zwei Drittel jener, welche vor dem Wahlkampf die FDP bzw. die SP zu wählen beabsichtigten, hielten bei den Wahlen im Oktober daran fest. Bei der FDP wanderten 15 Prozent zur SVP ab, während bei der SP 15 Prozent zur GPS wechselten. Diese Abwanderungen könnten bei beiden Parteien mit der Umweltthematik zu tun haben. Personen, die von der SP zur GPS wechselten, nannten die Umwelt etwas häufiger als wichtigstes Problem als Personen, die der SP treu blieben (37% bzw. 22%). Umgekehrt wanderten bei der FDP tendenziell Personen zur SVP ab, die dem Umweltschutz etwas *weniger* Bedeutung zumessen als die durchschnittliche FDP-Wählerschaft (65% sehr oder eher für mehr Umweltschutz bzw. 79%).

Als aufschlussreich erweist sich der Blick auf die grünen Wahlsiegerinnen GLP und GPS. Von den sechs grösseren Parteien hat die GLP mit Abstand die volatilste Wählerschaft: nur 45 Prozent jener, die im Frühsommer die Absicht hatten GLP zu wählen, legten ihre Stimme auch für die GLP ein. Die Abwanderung von den Grünliberalen ging dabei in weit grösserem Ausmass zugunsten der Grünen (21%) als in Richtung der liberalen FDP (8%). Insgesamt verlor die GLP aber ebenso viele Wähler nach rechts (SVP, FDP, CVP und BDP) wie nach links (GPS und SP). Dies bestätigt die Positionierung der GLP als Mittepartei. Der GPS gelang es besser, ihre Wählerschaft bei der Stange zu halten. Drei Viertel der Personen, die im Frühsommer eine Wahlabsicht für die Grünen äusserten, folgten dieser Absicht im Oktober. Zehn Prozent wählten letztlich die SP und sechs Prozent gaben ihre Stimme der GLP, während sich der Rest gleichmässig auf andere Parteien verteilte.

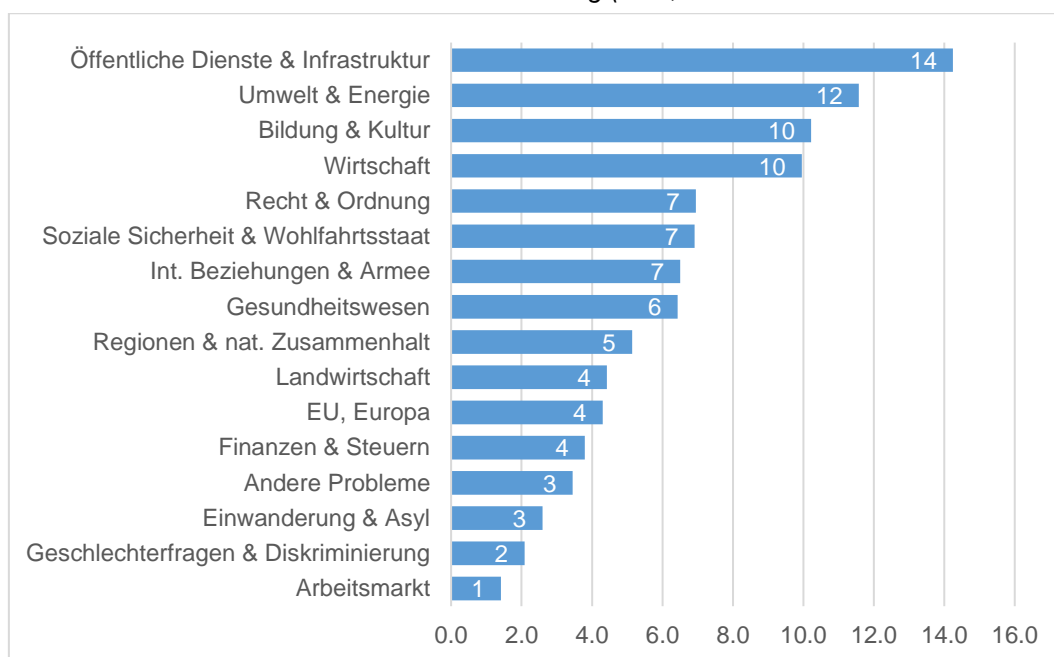
Schlecht schnitt das links-grüne Lager bei jenen Personen ab, die im Frühsommer keine Präferenz angeben wollten oder sich noch nicht entschieden hatten. SVP und CVP fuhren bei dieser Gruppe hingegen ein überdurchschnittliches Ergebnis ein. Mitte-Rechts konnte darüber hinaus auch mehr von Abwanderungen von übrigen Parteien profitieren als Links-Grün.

4.5 Die Themenkonjunktur

Kurzfristige Präferenzänderungen können der Themenkonjunktur geschuldet sein. So ist bekannt, dass Themen den Ausgang von Wahlen entscheidend beeinflussen können. Wählerinnen und Wähler neigen nämlich dazu, ihre Stimme jener Partei zu geben, die sich aus ihrer Sicht am meisten mit dem Problem befasst und am kompetentesten damit umzugehen weiss. Welche Probleme die Wählenden als besonders wichtig erachten, und welchen Parteien sie im Umgang damit Engagement und Kompetenz zusprechen, steht nicht von vornherein fest. Ausserdem können sich diese Wahrnehmungen im Verlaufe des Wahlkampfes verändern, mitunter als Reaktion auf die Themensetzungen der Medien, Kandidierenden und Parteien. Ein Vergleich zwischen der im Rahmen von Selects 2019 durchgeführten Panelbefragung, der Medieninhaltsanalyse sowie der Kandidierendenbefragung erlaubt es zu ermitteln, inwiefern sich das Problembewusstsein der Wählenden während der Kampagne entsprechend der Themensetzung von Medien und Kandidierenden entwickelte.

Die Wahlen 2019 waren von zwei Ereignissen geprägt: einerseits von der Klimabewegung und dem Wahlsieg der grünen Parteien, andererseits vom Frauenstreik und dem historischen Anstieg des Frauenanteils in National- und Ständerat (siehe Kapitel 1). Betrachtet man die Medienberichterstattung über den gesamten Zeitraum zwischen anfangs Mai und den eidgenössischen Wahlen im Oktober (Grafik 30), so zeigt sich, dass das Thema Umwelt und Energie mit zwölf Prozent aller Artikel in den Medien tatsächlich sehr präsent war und an zweiter Stelle der meistbeachteten Themen stand. Der Themenbereich „Geschlechterfragen und Diskriminierung“ stand hingegen in der medialen Aufmerksamkeit an zweit-letzter Stelle.

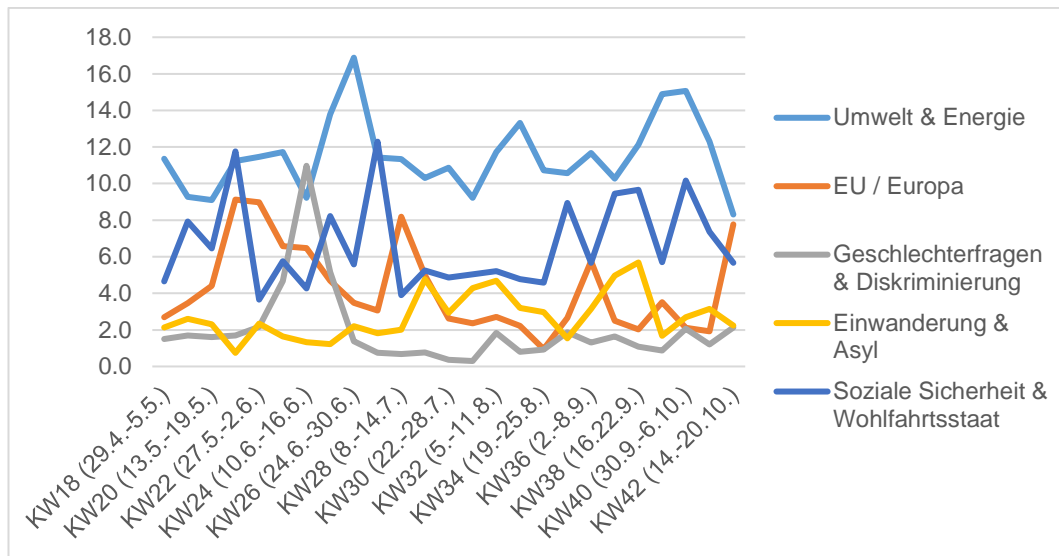
Grafik 30 Themen in der Medienberichterstattung (in %, Zeitraum vom 29.4.-20.10.2019)



Lesebeispiel: Im Zeitraum vom 29.4. bis zu den eidgenössischen Wahlen am 20.10.2019 betrafen 14% aller thematischen Artikel den Themenbereich „Öffentliche Dienste & Infrastruktur“, 12% das Thema Umwelt & Energie, etc. (N 100'073 Medienartikel aus 84 Print- und Online-Zeitungen).

Im wöchentlichen Zeitverlauf (Grafik 31) zeigt sich aber, dass der Frauenstreik vom 14. Juni 2019 in den Medien durchaus Beachtung fand. So schnellte die Medienberichterstattung zum Themenbereich „Geschlechterfragen und Diskriminierung“ Mitte Juni auf elf Prozent hoch. Allerdings flachte die mediale Beachtung kurz nach dem Streik schnell wieder ab und blieb bis zu den Wahlen tief. Während der Frauenstreik die Geschlechterfrage in den Medien also nicht über einen längeren Zeitraum etablieren konnte, fand die Klimabewegung über längere Zeit mediale Resonanz. Zwar wies die Umweltberichterstattung in den Medien ebenfalls Schwankungen auf, doch entfielen in praktisch jeder Woche mindestens zehn Prozent aller Artikel auf das Thema Umwelt und Energie. Mitte Juni waren es gar 17 Prozent und Ende September 15 Prozent.

Grafik 31 Ausgewählte Themen in der Medienberichterstattung im Zeitverlauf (Anteil Artikel in % pro Kalenderwoche)



Lesebeispiel: In der Kalenderwoche 18 vom 29.4. bis 5.5.2019 betraf 11% der thematischen Medienberichterstattung den Themenbereich Umwelt & Energie, 5% soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat, 3% die EU/Europa, 2% Einwanderung & Asyl sowie 2% Geschlechterfragen & Diskriminierung (N in dieser Woche: 4'350 Artikel).

Von den Themen, die für die Wählenden nach den Wahlen vordringlich waren (siehe Kapitel 3.2.3), schaffte neben der Umweltthematik auch die Sozialpolitik in einzelnen Wochen den Sprung über die Zehn-Prozent-Marke. Diese zog in der Woche nach der eidgenössischen Abstimmung vom 19. Mai über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung zwölf Prozent der Medienartikel auf sich. Weitere Spitzenwerte erreichte das Thema soziale Sicherheit ausserdem anfangs Juli und Ende September. Ähnlich wie die Sozialpolitik erreichte auch das Europathema im Nachgang zur eidgenössischen Abstimmungsvorlage zur Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie vom 19. Mai einen Höhepunkt, blieb aber knapp unter der Zehn-Prozent-Schwelle. Die mediale Aufmerksamkeit, welche die Abstimmung zum Waffenrecht sowie die Stellungnahme des Bundesrates zum Rahmenabkommen mit der EU generierte, nahm danach aber ab und erreichte das Niveau vom Mai bis zu den Wahlen nicht mehr. Bemerkenswert ist schliesslich die untergeordnete Bedeutung des dominanten Themas des Wahljahrs 2015: Einwanderung und Asyl. Dieses Thema verharrte im gesamten Zeitverlauf auf bescheidenen drei bis vier Prozent der Medienberichterstattung.

Nicht nur die Medien setzen mit ihrer Berichterstattung im Wahlkampf thematische Akzente. Auch die Parteien und Kandidierenden kämpfen darum, die öffentliche Debatte auf ihre eigenen Themen zu lenken. Die Tabelle 10 weist das Hauptkampagnenthema der Nationalratskandidatinnen und -kandidaten nach Parteizugehörigkeit aus. Insgesamt gab mehr als ein Viertel aller Kandidierenden an, dass der Fokus ihrer Kampagne auf dem Thema „Umwelt und Energie“ gelegen sei (27%). Damit war es mit Abstand das am häufigsten genannte Wahlkampfthema. Die Klimabewegung stiess also nicht nur in den Medien, sondern auch bei den Kandidierenden auf eine grosse Aufmerksamkeit. An zweiter Stelle folgte - mit nur halb so vielen Nennungen (13%) - das Thema „soziale Sicherheit und Wohlfahrtsstaat“. Diese Thematik spielte somit für die Kandidierenden eine wichtigere Rolle als in den Medien, wo es mit einem durchschnittlichen Anteil von sieben Prozent der Berichterstattung auf Rang fünf der wichtigsten Themen lag. Andere Themen wurden jeweils von weniger als zehn Prozent der Kandidierenden als Hauptkampagnenthema genannt.

Tabelle 10 Hauptkampagnenthema der Kandidierenden nach Parteizugehörigkeit (in %)

	SVP	FDP	CVP	GLP	SP	GPS	Total
Umwelt & Energie	6	18	12	65	21	78	27
Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat	8	14	11	4	25	2	13
Geschlechterfragen & Diskriminierung	0	3	6	8	20	7	7
Gesundheitswesen	3	4	26	1	4	0	6
Regionen & nationaler Zusammenhalt	2	2	6	1	2	0	6
Politisches System, Parteien & Politiker	4	4	8	1	6	1	5
Wirtschaft	6	14	3	5	2	1	4
Bildung & Kultur	2	8	4	2	7	0	4
Arbeitsmarkt	4	6	3	2	3	0	3
EU, Europa	11	5	1	3	0	0	2
Öffentliche Dienste & Infrastruktur	5	5	2	1	1	1	2
Recht & Ordnung	8	1	1	0	1	0	2
Int. Beziehungen & Armee	10	0	1	2	0	0	2
Landwirtschaft	7	0	3	0	0	1	2
Einwanderung & Asyl	5	0	1	1	3	0	2
Finanzen & Steuern	3	0	1	0	1	0	1
Andere Themen	15	17	11	7	4	6	11
Total	100	100	100	100	100	100	100
<i>N (gewichtet)</i>	<i>239</i>	<i>222</i>	<i>280</i>	<i>200</i>	<i>259</i>	<i>206</i>	<i>1952</i>

Lesebeispiel: 2019 gaben 6% der SVP-Kandidierenden an, dass das Thema „Umwelt & Energie“ ihr Hauptkampagnenthema war. Bei der FDP waren es 18%, bei der CVP 12%, bei der GLP 65%, bei der SP 21% und bei der GPS 78%.

Über dieses allgemeine Bild hinaus zeigt sich jedoch, dass die Kandidierenden je nach Parteicouleur im Wahlkampf unterschiedliche Akzente setzten. Wenig überraschend war das Umweltthema für die beiden ökologischen Parteien absolut zentral. Gut drei Viertel aller Kandidierenden der GPS sowie zwei Drittel der grünliberalen Kandidatinnen und Kandidaten stellten Fragen des Klimawandels, des Umweltschutzes oder der Energiepolitik ins Zentrum ihrer Kampagne. Andere Themen spielten innerhalb dieser Parteien nur eine untergeordnete Rolle. Damit bestätigte vor allem die GPS im Wahlkampf 2019 ihren traditionellen Ruf als „Ein-Themen-Partei“.

Weniger monothematisch verlief der Wahlkampf bei den anderen grossen Parteien. In der SP lagen drei Themen praktisch gleichauf: die Sozialwerke, Umwelt & Energie sowie Geschlechterfragen & Diskriminierung wurden von je 20 bis 25 Prozent der Kandidierenden als wichtigstes Wahlkampfthema genannt. Bei der CVP versuchte rund ein Viertel der Kandidatinnen und Kandidaten mit dem Thema Gesundheit bei den Wählenden zu punkten - in Einklang mit der Kostenbremse-Initiative der Mutterpartei, für welche die CVP im Wahlkampf Unterschriften sammelte. Bei der FDP und SVP stach hingegen kein Hauptthema hervor. Immerhin 18 Prozent der FDP-Kandidierenden gaben an, in der Kampagne hauptsächlich das Umweltthema betont zu haben. Die Wirtschaft, ein eigentliches Kernthema der FDP, wurde nur von 14 Prozent genannt, ebenso wie die soziale Sicherheit. Die SVP schliesslich war thematisch am wenigsten geeint. So entfiel auf das häufigste Wahlkampfthema „Europa“ lediglich rund eine von zehn Nennungen (11%). Allerdings erhielten andere aussenpolitische Themen („Internationale Beziehungen & Armee“) fast denselben Stellenwert, während nur fünf Prozent der SVP-Kandidierenden ihre Wahlkampagne auf den Bereich „Einwanderung und Asyl“ ausrichtete. Selbst in der Partei, die ihren Aufstieg zur wählerstärksten Partei der Schweiz weitgehend einer anhaltenden Politisierung der Migrationspolitik schuldet, hatte das Thema im Wahljahr 2019 offensichtlich keine Konjunktur.

Im Folgenden wenden wir uns den Wählenden zu. Wie bereits dargelegt wurde (Kapitel 3.2.3), dominierten bei den Wählenden drei Themen: die Umweltpolitik, die soziale Sicherheit sowie das Eurothema. Mit dem Thema „Einwanderung & Asyl“ erhielt darüber hinaus ein viertes Thema rund 10 Prozent der Nennungen, während andere Themenbereiche mit deutlichem Abstand dahinter folgten. An dieser Stelle interessiert jedoch vor allem die Frage, ob es im Wahlkampf zu Verschiebungen zwischen den Themen kam. Hat sich das Problembewusstsein der Wählerinnen und Wähler im Verlaufe der Kampagne verändert, eventuell als Reaktion auf die Medienberichterstattung und/oder die Kampagne der Parteien und Kandidierenden? Die Tabelle 11 zeigt, welche Themen die Wählerinnen und Wähler in den drei Befragungen zwischen Mai und November als prioritär einstufen. Dabei fällt auf, dass es in der Rangfolge der drei wichtigsten Probleme im Verlaufe der Wahlkampagne zu Verschiebungen kam. In der ersten Befragung im Mai/Juni lag bei den Wählerinnen und Wählern nicht etwa die Sorge um den Klimawandel und die Umwelt an erster Stelle, sondern die Beziehungen mit der EU. Die Europapolitik büsste jedoch in den folgenden Monaten an Bedeutung ein und stieg vom wichtigsten Problem im Frühsommer bis nach den Wahlen auf den dritten Rang ab (von 29% auf 21% der Nennungen). Dieser Bedeutungsverlust in der Wählerschaft spiegelt die Dynamik der europapolitischen Medienberichterstattung. Die Umweltthematik etablierte sich hingegen erst während der Kampagne, und insbesondere im Verlaufe des Sommers, zum dominanten Thema und schwang ab der zweiten Befragung mit 29 Prozent aller Nennungen im Problembewusstsein der Wählenden obenaus. Das dritte Thema, die soziale Sicherheit und der Wohlfahrtsstaat, war in der zweiten Befragung im September etwas weniger stark im Fokus der Wählerschaft als vor dem Sommer, legte aber nach den Wahlen auf 22 Prozent der Nennungen zu und etablierte sich damit knapp als zweitwichtigstes Problem. Demgegenüber weist die Migrationspolitik – ähnlich wie in den Medien – bei den Wählenden grosse Konstanz auf: sie verharrte im gesamten Zeitraum mit rund zehn Prozent der Nennungen auf dem vierten Platz.

Zusammenfassend kann man somit festhalten, dass sich das Problembewusstsein der Wählerinnen und Wähler insgesamt durch grosse Stabilität auszeichnete. Abgesehen davon, dass die Umweltthematik erst im Sommer zum wichtigsten Problem aus Sicht der Wählerschaft aufstieg und der Europapolitik den Rang ablief, blieben im gesamten Zeitraum dieselben Probleme im Fokus der Wählenden.

Tabelle 11 Wichtigstes Problem der Wählerinnen und Wähler im Zeitverlauf (in %)

	Welle 1 Mai/Juni	Welle 2 Sept. / Okt.	Welle 3 Okt. / Nov.
EU, Europa	29	25	21
Umwelt & Energie	21	29	29
Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat	20	14	22
Einwanderung & Asyl	10	11	10
Politisches System, Parteien & Politiker	6	4	3
Gesundheitswesen	4	5	5
Int. Beziehungen & Armee	3	3	2
Wirtschaft	2	3	3
Arbeitsmarkt	1	1	2
Andere Probleme	5	4	4
Total	100	100	100
<i>N (gewichtet)</i>	3784	3573	3810

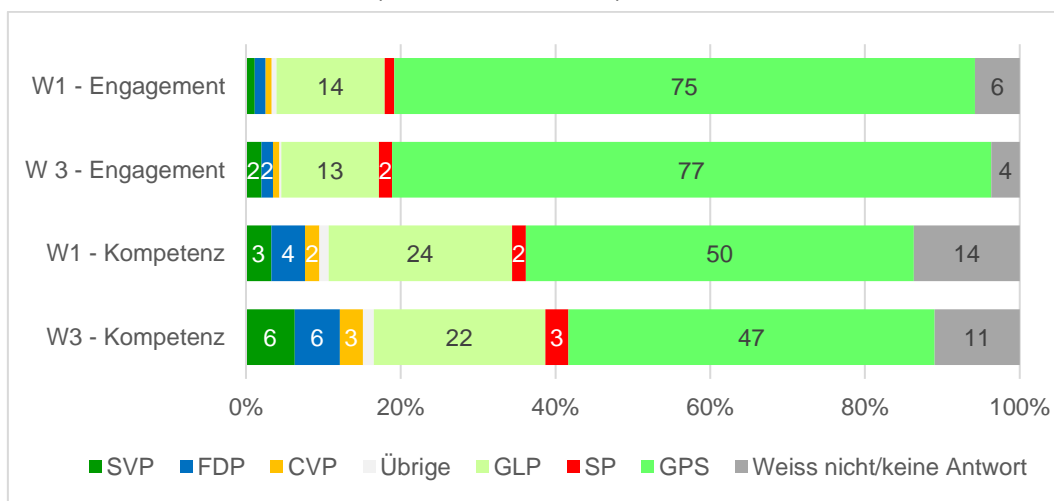
Lesebeispiel: Von den Befragten, die im Oktober an den eidgenössischen Wahlen teilnahmen, gaben im Mai/Juni 2019 29% der Befragten das Thema EU / Europa als wichtigstes politisches Problem an, in der zweiten Befragung im September/Oktober waren es noch 25% sowie in der dritten Befragung nach den Wahlen im Oktober noch 21%.

Obwohl die Wählerschaften der grossen Parteien recht unterschiedliche Problemwahrnehmungen hatten (siehe Kapitel 3.2.3), veränderten sich diese im Wahlkampf zumeist auf ähnliche Weise. So verlor die Europapolitik für die Wählerinnen und Wähler aller Parteien im Verlaufe der Kampagne an Bedeutung. Umgekehrt nahm die Dringlichkeit der Umweltthematik in allen Parteiwählerschaften während der Wahlkampagne zu. Der stärkste Anstieg war mit 13 Prozentpunkten bei den SP-Wählenden zu verzeichnen (von 23% auf 36%), der geringste - aber auf hohem Niveau - bei Wählerinnen und Wählern der Grünen (von 57% auf 59%). Selbst bei der SVP-Wählerschaft nahm der Anteil jener, die Umwelt & Energie als wichtigsten Problembereich erachteten, während der Wahlkampagne auf tiefem Niveau deutlich zu (von 5% auf 14%). Nur in Bezug auf die Sozialpolitik ist das Bild weniger einheitlich: während die Wichtigkeit dieses Themas für die Wählenden der SVP, CVP und GLP um über 4 Prozentpunkte anstieg, blieb sie bei der FDP konstant und nahm aus Sicht der SP-Wählerinnen und Wähler leicht ab (-2 Prozentpunkte).

Ging das gestiegene Problembewusstsein für Klima- und Umweltfragen in allen Parteihängerschaften damit einher, dass die Wählerinnen und Wähler die Themenführerschaft und Problemlösungskompetenz der Parteien nach den Wahlen anders einschätzten als zu Beginn des Wahlkampfes? In der ersten und dritten Befragung wurden die Studienteilnehmenden jeweils gefragt, welche Partei sich am stärksten mit der Umweltpolitik befasst und welche Partei in der Umweltpolitik am kompetentesten ist. Die Einschätzungen der Wählenden sind in der Grafik 32 dargestellt.

Es zeigt sich, dass eine Mehrheit der Wählenden die GPS mit der Umweltthematik identifiziert. Bereits vor Beginn des eigentlichen Wahlkampfes sagten im Mai/Juni 75 Prozent der Wählenden aus, dass sich die Grüne Partei am stärksten mit der Umweltpolitik befasse. Nach den Wahlen betrug dieser Anteil sogar 77 Prozent. Dieses Ergebnis belegt, dass in der Schweiz die GPS in der Umweltpolitik die klare Themenführerin ist und es auch der GLP bislang noch nicht gelungen ist, diese Themenführerschaft anzufechten. Doch immerhin wird den Grünliberalen am zweithäufigsten attestiert, in der Umweltpolitik von allen Parteien das stärkste Engagement zu zeigen (13-14% der Nennungen).

Grafik 32 Partei, die sich am stärksten für die Umweltpolitik engagiert und am kompetentesten beurteilt wird (in %, nur Wählende)



Lesebeispiel: In der ersten Befragung im Mai/Juni 2019 gaben 75% der Wählenden an, dass sich die GPS am stärksten mit dem Umweltthema befasst, 14% nannten die GLP und 6% wussten es nicht (N gewichtet: Welle 1 4002; Welle 2 1600).

Die Kompetenzwahrnehmung der Wählenden zeigt ein ähnliches Bild. Im Mai/Juni gaben 50% der späteren Wählerinnen und Wähler an, dass die GPS die kompetenteste Partei in der Umweltpolitik sei. Dieser Wert sank bis nach den Wahlen leicht um 3 Prozentpunkte, wobei dieser Reputationsverlust nicht zugunsten einer einzelnen anderen Partei ging. Die GLP genoss vor und nach dem Wahlkampf bei fast einem Viertel der Wählerinnen und Wähler den Ruf als kompetenteste Partei in Sachen Umweltpolitik. Sie vermochte damit einen grösseren Anteil der Wählerschaft von ihrer umweltpolitischen Kompetenz als von ihrem Engagement für Klima und Umwelt zu überzeugen.

Zusammenfassend zeigt sich, dass im Zuge der Klimabewegung der Themenbereich „Umwelt und Energie“ nicht nur in den Medien Schlagzeilen machte, sondern auch im Wahlkampf der Kandidierenden eine wichtige Rolle spielte und während der Wahlkampagne zum wichtigsten Problem der Wählerinnen und Wähler aufstieg. Davon profitierten massgeblich die beiden grünen Parteien GPS und GLP. Eine grosse Mehrheit der Kandidierenden der Grünen und Grünliberalen rückten die Umweltpolitik ins Zentrum ihres Wahlkampfes. Trotz der Anstrengungen der anderen Parteien, insbesondere der SP und FDP, sich in der Kampagne ebenfalls als „grün“ darzustellen, schreibt die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der GPS und, in geringerer Masse, der GLP in Sachen Umweltpolitik Themenführerschaft und Problemlösungskompetenz zu.

5 Die politische Repräsentation

Zusätzlich zu den Befragungen der Bürgerinnen und Bürger werden im Rahmen von Selects seit 2007 auch die Kandidierenden für den National- und Ständerat befragt. Die Kandidierendenbefragung ermöglicht es, die Einstellungen der Kandidatinnen und Kandidaten zur Demokratie sowie ihre Meinungen zu verschiedenen Sachfragen zu ermitteln und mit den Präferenzen der Wählerinnen und Wähler zu vergleichen.

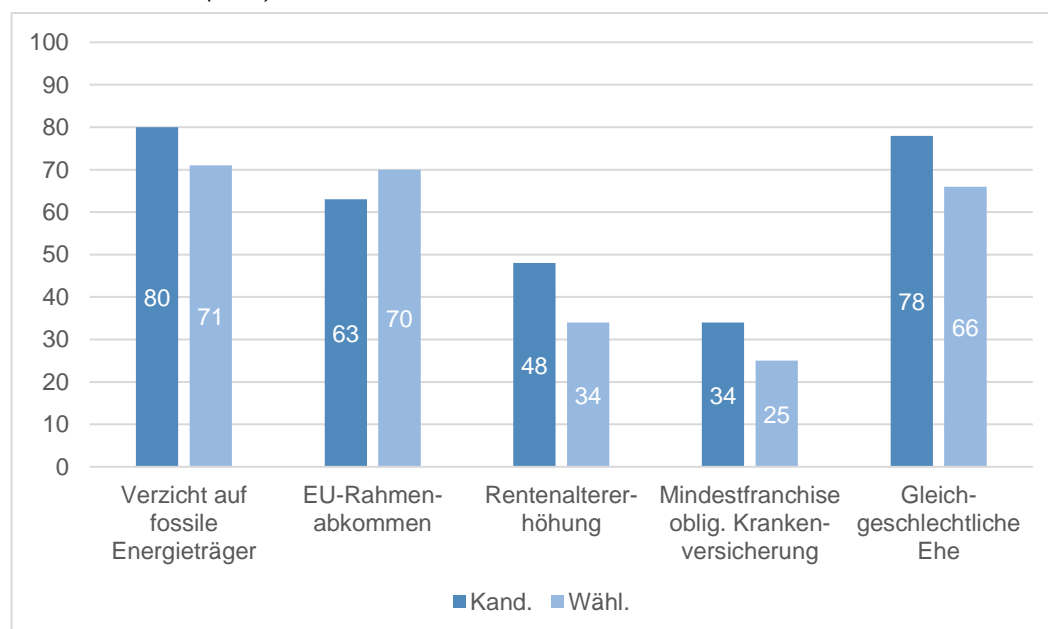
Dieser Vergleich erlaubt es zu bestimmen, wie nahe die Kandidierenden und Parteien ihren jeweiligen Wählerschaften stehen. Dieses letzte Kapitel konzentriert sich somit auf die Frage der politischen Repräsentation der Wählenden durch die Kandidierenden.

5.1 Einstellungen zu politischen Sachfragen

Im Rahmen von Selects wurden den Wählenden und den Kandidierenden verschiedene gleichlautende Fragen gestellt. Dabei gingen wir wie folgt vor: In der Panel-Befragung stellen wir den Wählerinnen und Wählern eine Reihe von Fragen, welche die Kandidierenden entweder auf der Online-Wahlhilfe smartvote oder in der Selects-Kandidierendenbefragung beantwortet hatten. Für die folgenden Analysen wurden fünf Fragen ausgewählt: drei zu den aus Sicht der Wählerinnen und Wähler wichtigsten politischen Probleme (siehe Kapitel 3.2.3) – Umwelt, Europa und soziale Sicherheit – sowie je eine Frage zum Gesundheitswesen und zur Gesellschaftspolitik. Konkret handelt es sich um folgende politische Sachfragen:

- Verzicht auf fossile Energieträger ab 2050;
- Annahme des institutionellen Rahmenabkommens mit der EU;
- Erhöhung des Rentenalters für beide Geschlechter (z.B. auf 67 Jahre);
- Erhöhung der Mindestfranchise in der obligatorischen Krankenversicherung;
- Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe.

Grafik 33 Zustimmung der Kandidierenden und Wählenden zu politischen Sachfragen, 2019 (in %)



Lesebeispiel: 71% der Wählenden befürworten den Verzicht auf die Verwendung fossiler Energieträger bis 2050, während 80% der Kandidierenden dieser Forderung zustimmen. N gewichtet: Kandidierende 2'001-2'146; Wählende 3'940-3'997.

In einem ersten Schritt vergleichen wir die Einstellungen der Kandidierenden und Wählenden auf aggregierter Ebene. Die Grafik 33 zeigt, dass die Unterschiede zwischen den Kandidierenden und Wählenden bei allen fünf Sachfragen relativ gering sind. Im Allgemeinen sprechen sich sowohl die Eliten als auch die Wahlteilnehmenden für den Verzicht auf fossile Energieträger, für das Rahmenabkommen mit der EU sowie für die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe aus, während beide die Erhöhung der Mindestfranchise in der obligatorischen Krankenversicherung sowie die generelle Rentenaltererhöhung ablehnen. Eine Rentenaltererhöhung befürworten nur gerade 34 Prozent der Wählenden, jedoch fast die Hälfte der Kandidierenden (48%).

5.2 Kandidierende und ihre Parteiwählerschaften im Vergleich

Eine funktionierende repräsentative Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass die Gewählten die Grundpositionen ihrer Wählerschaften in wichtigen Sachfragen teilen und diese im Entscheidungsprozess vertreten. Die politische Repräsentation hat auch in der direkten Demokratie der Schweiz ihre Berechtigung. Auch hierzulande werden politische Entscheidungen im Wesentlichen durch die Parteien im parlamentarischen Prozess gestaltet. Deshalb fokussieren wir nun auf die Übereinstimmung zwischen den Kandidierenden, also den Anwärterinnen und Anwärtern auf politische Repräsentation, und ihren jeweiligen Parteiwählerschaften.

Die Tabelle 12 zeigt die Antworten der Kandidierenden und der Wählerschaften der sechs grössten Parteien. Die Werte beziehen sich auf den Anteil der Kandidierenden bzw. der Wählenden, die den verschiedenen Aussagen mit „ja“ oder „eher ja“ beipflichteten. In der dritten Kolonne ist die Differenz zwischen Kandidierenden und Wählenden aufgeführt. Positive Werte bedeuten, dass die Kandidierenden den Aussagen stärker zustimmen als die Wählenden, negative Werte widerspiegeln eine stärkere Befürwortung unter den Wählenden.

Bei der SVP tritt in Bezug auf die Rentenaltererhöhung für beide Geschlechter auf 67 Jahre eine Diskrepanz zwischen den Kandidierenden und den Wählenden zutage: erstere sind mehrheitlich dafür (63%), letztere dagegen (28% Zustimmung). Dies bedeutet, dass eine deutliche Mehrheit der SVP-Wählerschaft eine Rentenaltererhöhung ablehnt. Hinsichtlich des Verzichts auf fossile Energieträger bis 2050 sowie des EU-Rahmenabkommens zeigen sich in der SVP trotz der ablehnenden Haltung auf beiden Seiten grosse Unterschiede zwischen den Kandidierenden und den Wählenden. So sind die Kandidierenden dezidiert gegen diese Anliegen als ihre Wählenden (Differenzen in Höhe von 20 bzw. 27 Prozentpunkten). Auch in der Frage der Erhöhung der Mindestfranchise in der obligatorischen Krankenversicherung gehen die Haltungen auseinander: gut die Hälfte der Kandidierenden spricht sich dafür aus (51%), während eine klare Mehrheit der Wählenden dagegen ist (29% Zustimmung). Die Übereinstimmung zwischen Kandidierenden und Wählenden ist in der Frage der Heirat gleichgeschlechtlicher Paare mit einem Unterschied von vier Prozentpunkten am grössten.

Bei der FDP sind zwischen den Kandidierenden und den Wählenden insbesondere in der Frage des Rentenalters und der Erhöhung der Mindestfranchise unterschiedliche Haltungen zu beobachten. So befürwortet eine klare Mehrheit der Kandidierenden die Anhebung des Rentenalters für beide Geschlechter (91%), während knapp weniger als die Hälfte der FDP-Wählerschaft dafür ist (46%). Derweil ist nur gut ein Drittel der Wählenden, aber 76 Prozent der Kandidierenden, für die Erhöhung der Mindestfranchise in der obligatorischen Krankenversicherung. In Bezug auf die gleichgeschlechtliche Ehe nehmen die Kandidierenden eine liberalere Haltung ein als ihre Wählenden (Differenz von 33 Prozentpunkten). Die grösste Übereinstimmung zwischen den Kandidierenden und den Wählenden der FDP ist bei der Frage des Verzichts auf fossile Energieträger bis 2050 sowie in Bezug auf das EU-Rahmenabkommen zu beobachten (Differenzen von 11 bzw. 13 Prozentpunkten).

Bei der CVP ist die Übereinstimmung zwischen den Kandidierenden und den Wählenden in drei Fragen hoch: beim EU-Rahmenabkommen, der Rentenerhöhung sowie bei der Erhöhung der Mindestfranchise in der obligatorischen Krankenversicherung (Differenzen zwischen 2 bis 8 Prozentpunkten). Obwohl Kandidierende und Wählende die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe mehrheitlich befürworten, nimmt die CVP-Wählerschaft eine konservativere Haltung ein: während die meisten Kandidierenden dafür sind (83%), stimmt nur eine knappe Mehrheit der Wählenden zu (54%). Dasselbe Muster lässt sich auch in der Frage des Verzichts auf fossile Energieträger beobachten (89% bzw. 67% Zustimmung).

Wie bei der FDP sind sich auch bei der GLP Elite und Basis in der Frage der Erhöhung der Mindestfranchise in der obligatorischen Krankenversicherung uneins: 76 Prozent der Kandidierenden sind dafür, aber nur ein Drittel der GLP-Wählenden. Divergenzen zeigen sich auch bei der Erhöhung des Rentenalters: die Kandidierenden sind grossmehrheitlich dafür (93%), die Wählenden sind derweil knapp dagegen (49% Zustimmung). In Umwelt-, Europa- und Gesellschaftsfragen ist die Übereinstimmung zwischen den Kandidierenden und den Wählenden hingegen gross und beide stimmen diesen Anliegen jeweils mit über 80 Prozent der Stimmen zu.

Bei den Grünen und der SP ist die Übereinstimmung zwischen den Wählenden und Kandidierenden ziemlich gross; es gibt jeweils keine unterschiedlichen Mehrheiten. Auffällig ist jedoch die weit weniger klare Positionierung der Wählerschaft zur Rentenerhöhung. Während sowohl die Kandidierenden als auch die Wählenden mehrheitlich dagegen sind, verwerfen die Kandidierenden von GPS und SP die Anhebung des Rentenalters viel deutlicher als ihre jeweiligen Wählerschaften. Ausserdem stehen die SP-Wählenden dem EU-Rahmenabkommen mit 86 Prozent Zustimmung deutlich positiver gegenüber als die Kandidierenden der SP (66%).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in der Frage der generellen Rentenerhöhung die Einstellungen der Kandidierenden und der Wählenden in praktisch allen Parteien auseinanderdriften, wobei in den Parteien rechts der Mitte die Kandidierenden einer Anhebung des Rentenalters weit positiver gesinnt sind als ihre jeweiligen Wählerschaften. Bei den beiden linken Parteien SP und GPS verhält es sich gerade umgekehrt: die Kandidierenden lehnen eine Rentenerhöhung für beide Geschlechter mit grossen Mehrheiten ab, während die Ablehnung bei den Wählenden etwas weniger ausgeprägt ist. Hinsichtlich der Verwendung fossiler Energieträger oder der Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe treten hingegen kaum Divergenzen zwischen Kandidierenden und Wählenden zutage.

Tabelle 12 Zustimmung der Kandidierenden und Wählenden zu verschiedenen politischen Sachfragen, 2019 (in %)

	SVP			FDP			CVP		
	Kand.	Wähl.	Diff.	Kand.	Wähl.	Diff.	Kand.	Wähl.	Diff.
Verzicht auf fossile Energieträger	16	36	-20	65	54	11	89	67	22
EU-Rahmenabkommen	1	28	-27	87	74	13	72	74	-2
Rentenaltererhöhung	63	28	35	91	46	45	47	40	7
Erhöhung Mindestfranchise oblig. Krankenversicherung	51	29	22	76	35	41	21	29	-8
Gleichgeschlechtliche Ehe	48	44	4	91	58	33	83	54	29
<i>N</i>	175- 205	675- 680		214- 218	644- 654		326- 363	356- 363	

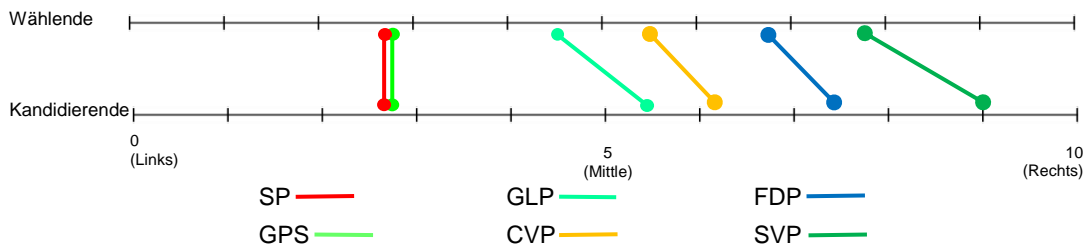
	GLP			SP			GPS		
	Kand.	Wähl.	Diff.	Kand.	Wähl.	Diff.	Kand.	Wähl.	Diff.
Verzicht auf fossile Energieträger	100	88	12	99	86	13	100	94	6
EU-Rahmenabkommen	96	88	8	66	86	-20	78	83	-5
Rentenaltererhöhung	93	49	44	5	25	-20	14	30	-16
Erhöhung Mindestfranchise oblig. Krankenversicherung	76	33	43	2	13	-11	5	21	-16
Gleichgeschlechtliche Ehe	98	83	15	99	80	19	99	82	17
<i>N</i>	238- 244	436- 440		304- 320	765- 774		256- 266	722- 731	

Lesebeispiel: Bei der SVP sagten 16% der Kandidierenden „ja“ oder „eher ja“ zu einem Verzicht auf fossile Energieträger in der Schweiz bis 2050. Bei den SVP-Wählenden waren es 36%.

Im Rahmen von Selects haben wir nicht nur die Einstellungen der Kandidierenden und Wählenden zu ausgewählten politischen Sachfragen erhoben, sondern auch ihre Positionierung auf der Links-Rechts-Achse. Die Grafik 34 gibt den Mittelwert der Kandidierenden sowie der Wählenden der sechs grössten Parteien auf der Links-Rechts-Achse wieder.

Bei den beiden linken Parteien SP und GPS sind die Wählenden und Kandidierenden sehr ähnlich, und deutlich links der Mitte, positioniert. Bei der anderen ökologischen Partei, der GLP, gibt es hingegen grössere Abweichungen: die Wählenden ordnen sich nämlich deutlich linker ein als die Kandidierenden, die sich im Durchschnitt eher rechts der Mitte sehen. Bei der CVP platziert sich die Wählerschaft etwas stärker in der Mitte, in der Nähe der GLP-Kandidierenden. Bei den beiden bürgerlichen Parteien FDP und SVP stehen die Kandidierenden ebenfalls rechter als ihre Wählenden. Die Kandidierenden der SVP stehen auf der Links-Rechts-Achse am weitesten rechts und sind auch am weitesten von ihrer Wählerschaft entfernt (Differenz von 1.2 Prozentpunkten).

Grafik 34 Positionierung der Kandidierenden und der Wählerschaft auf der Links-Rechts-Achse 2019 (in %)



(Mittelwerte aller Kandidierenden bzw. Wählenden jeder Partei; N und Werte siehe Tabelle 13).

Die befragten Wählenden wurden auch dazu aufgefordert, ihre Partei auf der Links-Rechts-Achse zu platzieren. Umgekehrt wurden die Kandidierenden gebeten, ihre Parteiwählerschaft zu verorten. In der Tabelle 13 sind die Mittelwerte der Selbstpositionierung der Kandidierenden und der Wählenden abgebildet; zudem wird dargestellt, wie die Wählenden die Kandidierenden im Durchschnitt einordnen und wo die Kandidierenden die Wählenden ihrer Partei positionieren.

Betrachtet man zunächst die Einschätzungen der Wählenden, so zeigen sich bei der GLP, der CVP und der FDP relativ grosse Übereinstimmungen zwischen der Selbstpositionierung der Wählenden und der wahrgenommenen Positionierung der eigenen Partei. Die Wählenden der SP und der GPS positionieren sich nahezu an gleicher Stelle und beide verorten ihre jeweilige Partei viel stärker links als sich selbst, wobei der Unterschied bei der SP grösser ist (1.2 Punkte) als bei der GPS (0.8 Punkte). Eine ähnlich grosse Diskrepanz beobachtet man auch auf der anderen Seite des politischen Spektrums, wo die SVP-Wählerschaft ihre Partei viel weiter rechts platziert als sich selbst (1.1 Punkte Unterschied).

Bei den Kandidierenden fällt auf, dass sie ihre Wählerschaft ähnlich einstufen wie sich selbst. Nur bei den linken Parteien sehen die Kandidierenden ihre Wählerschaften stärker in der Mitte als sich selbst. Die Kandidierenden der rechten Parteien neigen eher dazu, ihre Wählenden rechts von sich selbst einzuordnen, wobei die Unterschiede zwischen Selbsteinschätzung und Positionierung der eigenen Wählerschaft aber gering ist (0.1 bis 0.3 Prozentpunkte).

Vergleicht man die Einschätzungen der Kandidierenden mit jenen ihrer Wählenden, so fallen die erheblichen Abweichungen bei der GLP und der SVP auf. Die GLP-Wählenden sehen sowohl sich selbst als auch ihre Partei leicht links der Mitte, während die Kandidierenden der GLP sich selbst sowie ihre Wählerschaft rechts der Mitte einstufen. Bei der SVP bekunden die Kandidierenden Mühe, die Positionierung ihrer Wählerschaft einzuschätzen: sie verorten ihre eigenen Wählerinnen und Wähler deutlich rechts (bei 9.1) von deren eigener Selbstpositionierung (bei 7.8). Die SVP-Wählerschaft ihrerseits stuft die eigene Partei in etwa so ein wie die Kandidierenden sich selbst.

Tabelle 13 Positionierung auf der Links-Rechts-Achse gemäss Einschätzung der Wählenden und Kandidierenden, 2019

		SVP	FDP	CVP	GLP	SP	GPS
Wählende	Selbstpositionierung	7.8	6.8	5.6	4.5	2.7	2.8
	Positionierung der eigene Partei	8.9	7.1	5.8	4.5	1.5	2.0
	<i>N</i>	1172	694	508	365	779	617
		SVP	FDP	CVP	GLP	SP	GPS
Kandidierende	Selbstpositionierung	9.0	7.5	6.2	5.5	2.7	2.8
	Positionierung der eigenen Wählerschaft	9.1	7.8	6.5	5.5	3.3	3.4
	<i>N</i>	198	211	358	237	312	253

Lesebeispiel: Die Wählenden der SVP positionieren sich durchschnittlich bei 7.8 auf der Links-Rechts-Achse, welche von 0 bis 10 reicht, während sie ihre eigene Partei im Durchschnitt bei 8.9 verorten.

6 Anhang

6.1 Die Schweizer Wahlstudie Selects

Selects ist ein seit 1995 bestehendes Wahlforschungsprojekt, das von mehreren politikwissenschaftlichen Instituten an Schweizer Universitäten getragen wird und seit 2008 bei FORS in Lausanne angegliedert ist. Mit Selects ist es der Wahlforschung in der Schweiz seit 1995 gelungen, sowohl eine hohe Kontinuität zu wahren als auch immer wieder neue, innovative Fragestellungen einzubeziehen sowie die Schweizer Wahlforschung national und international zu vernetzen.

Diese Vernetzung ist unter anderem durch die Beteiligung an international vergleichenden Studien sichergestellt. Zum einen ist das die „Comparative Study of Electoral Systems“ (CSES), an der sich die Schweiz seit den 1990er Jahren beteiligt. CSES entwickelt gemeinsame Fragebogen-Module, die in nationale Nachwahlbefragungen von Wählerinnen und Wählern aufgenommen werden. Zum anderen ist Selects seit 2007 auch am „Comparative Candidate Survey“ (CCS) beteiligt. CCS entwickelt Fragebogen zur Erhebung von Karriereverläufen, politischen Einstellungen und Wahlkampfaktivitäten von Kandidierenden.

Die Auswahl neuer innovativer Fragestellungen erfolgt bei Selects in einem strukturierten Prozess. Forschende aus dem In- und Ausland hatten anfangs 2018 die Möglichkeit, Module mit Vorschlägen für neue Fragen einzureichen. Acht von 18 eingereichten Modulen wurden nach einem Gutachterverfahren durch international renommierte Wahlforschende von der Selects-Kommission ausgewählt und ganz oder teilweise in einer oder mehreren Erhebungen eingefügt.

Selects 2019 wurde zum grössten Teil vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) gefördert (Forschungsinfrastruktur-Nr. 170406). Zusätzliche finanzielle Unterstützung kam aus den Kantonen Genf, Tessin und Zürich für die Aufstockung der Stichprobe in diesen Kantonen, welche vertiefte kantonale Analysen ermöglicht.

Die wissenschaftliche Verantwortung für Selects liegt bei der Selects-Kommission, die zwischen 2016 und 2019 von Romain Lachat (SciencesPo Paris) präsiert wurde. Des Weiteren hatten Nathalie Giger (Universität Genf), Silja Häusermann (Universität Zürich), Andreas Ladner (IDHEAP Lausanne), Georg Lutz (FORS / Universität Lausanne), Lionel Marquis (Universität Lausanne), Peter Moser (Statistisches Amt des Kantons Zürich), Madeline Schneider (Bundesamt für Statistik), Pascal Sciarini (Universität Genf), Isabelle Stadelmann-Steffen (Universität Bern) und Alexander H. Trechsel (Universität Luzern) in der Kommission Einsitz. Die Planung und operative Verantwortung der Schweizer Wahlstudie Selects obliegt bei FORS der Gruppe „Politische Umfragen“ unter der Leitung von Anke Tresch. Die Befragungen der Wahlberechtigten wurden intern bei FORS von der Gruppe „Datenerhebung und Analyse“ unter der Leitung von Nicolas Pekari durchgeführt. Daneben waren auch Stéphane Bonny und Thierry Bobst in die Feldarbeit und Datenaufbereitung involviert.

6.2 Zur Interpretation der Ergebnisse

Auch sogenannte „repräsentative“ Umfragen können die Wirklichkeit nicht spiegelbildlich wiedergeben. Vielmehr sind alle Umfragen mit Unsicherheiten behaftet. Zwar entstammen die Ausgangsadressen einer Zufallsstichprobe, die statistisch kontrollierbare Rückschlüsse auf die Gesamtbevölkerung zulassen. Allerdings unterliegen die Antworten der zufällig ausgewählten Personen einem Stichprobenfehler und von den zufällig ausgewählten Stichprobenmitgliedern können nicht alle befragt werden, weil sie entweder nicht erreichbar sind oder nicht an der Befragung teilnehmen wollen. Damit sind die Befragten nicht zwingend repräsentativ für alle Wahlberechtigten. So gaben in unserer Nachwahlbefragung z.B. 72 Prozent an, gewählt zu haben, während es in der Realität lediglich 45 Prozent waren. Wir haben diese Verzerrungen in der Beteiligung sowie Verzerrungen im Parteientscheid durch Gewichte ausgeglichen (vgl. Abschnitt Gewichtung). Aufgrund dieser Fehlerquellen ist bei der Analyse und Interpretation von Umfrageergebnissen eine grosse Vorsicht geboten.

Wir verwenden verschiedene Kriterien, um möglichst nur gesicherte Ergebnisse zu interpretieren. In erster Linie müssen Unterschiede statistisch signifikant bzw. überzufällig sein, damit wir sie als Unterschiede interpretieren. Bei Zeitreihen über mehrere Befragungen muss zudem ein nachvollziehbarer Trend erkennbar sein.

Allerdings ist auch bei signifikanten Unterschieden zwischen zwei Merkmalsausprägungen noch Vorsicht bei der Interpretation angebracht. Ergebnisse liegen innerhalb einer Fehlermarge, welche die Bandbreite angibt, in welcher sich der reale Wert mit hoher Wahrscheinlichkeit bewegt. Dieser ist abhängig von der Anzahl der untersuchten Fälle sowie von der Verteilung der Werte. Je weniger Fälle man untersucht und je mehr sich eine Verteilung in Richtung 50:50 bewegt, desto grösser ist die mögliche Verzerrung. Wenn wir alle 6'664 Teilnehmenden an der Nachwahlbefragung in eine Auswertung einbeziehen, liegt der Stichprobenfehler mit einer 95%-Wahrscheinlichkeit innerhalb einer Grenze von +/- 1.3 Prozentpunkten bei einer 50:50 Verteilung. Untersucht man nur die Wählerinnen und Wähler der Grünen, von denen 863 befragt wurden, steigt der Stichprobenfehler auf +/- 3.4 Prozentpunkte. Deshalb ist auch die Angabe eines globalen Stichprobenfehlers wenig sinnvoll, da er in Abhängigkeit der einbezogenen Fälle variiert und in der Regel grösser ist als der global ausgewiesene Stichprobenfehler. Da der mögliche Fehler bei unserer Stichprobengrösse von über 6'000 Befragten fast immer grösser als 1 Prozent ist, verzichten wir auch darauf, Ergebnisse mit Kommastellen anzugeben, um nicht den Eindruck einer Genauigkeit zu wecken, die nicht gegeben ist.

Ein weiteres wichtiges Kriterium zur Sicherung wissenschaftlicher Qualität ist der öffentliche Datenzugang. Es ist nur dann möglich, Ergebnisse zu verifizieren – oder zu falsifizieren – und nachvollziehbar zu machen, wenn der Zugang zu den Rohdaten gewährleistet ist und die Auswertungsmethoden nachvollziehbar beschrieben sind. Diesem Prinzip sind auch wir verpflichtet. Die ausführlich dokumentierten Daten der Befragung 2019 sowie aller früheren Befragungen sind über den Datenservice DARIS beim Schweizerischen Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften (FORS) öffentlich verfügbar (<https://forsbase.unil.ch>).

6.3 Die Datenbasis

Im Rahmen von Selects 2019 wurden verschiedene Erhebungen durchgeführt, die im Folgenden dargestellt werden.

6.3.1 Nachwahlbefragung

Im Rahmen der Nachwahlbefragung der Bürgerinnen und Bürger wurden zwischen dem 21. Oktober 2019 und dem 5. Januar 2020 insgesamt 6'664 Wahlberechtigte per Internet oder Papierfragebogen befragt. Die Feldarbeit für diese Studie wurde intern bei FORS von der Gruppe „Datenerhebung und Analyse“ durchgeführt.

Die Stichprobe für die Nachwahlbefragung ist kantonal geschichtet, d.h. die Personen wurden nicht zufällig in der ganzen Schweiz, sondern zufällig innerhalb der 26 Kantone gezogen. Bei der Stichprobekonzepktion waren folgende Kriterien relevant: Eine Grundstichprobe von rund 2600 Interviews war für jeden Kanton so berechnet, dass die Varianz bezüglich Partizipation sowie Parteientscheid möglichst klein wird. In den bevölkerungsärmsten Kantonen wurden die Stichproben in einem zweiten Schritt so aufgestockt, dass mindestens 50 Personen befragt werden konnten. Ebenfalls überrepräsentiert ist für jede der drei grössten Sprachregionen jeweils ein Kanton. Dabei handelt es sich um Zürich, Tessin und Genf. Dank der finanziellen Unterstützung durch diese drei Kantone - sowie zusätzlichen Mitteln aus einem durch den Schweizerischen Nationalfonds geförderten Projekt (Projektnr. 183139) unter der Leitung von Pascal Sciarini im Falle des Kantons Genf - können vertiefte kantonale Analysen durchgeführt werden.

Als Stichprobenbasis stand für die Befragung 2019 der Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltsbefragungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS) zur Verfügung. Als Nebenprodukt der registerbasierten Volkszählung nutzt das BFS die Angaben aus dem harmonisierten Einwohnerregister als Basis für die Stichprobenziehung bei den eigenen Befragungen. Sie wird, gestützt auf Art. 13c, Abs. 2, Ziff. d der [Statistikerhebungsverordnung](#), auch zugänglich gemacht für „regelmässige Forschungsvorhaben, die vom Schweizerischen Nationalfonds finanziert und als Forschungsvorhaben von nationaler Bedeutung“ sind. Diese Kriterien erfüllt Selects. Die vom BFS gelieferten Stichproben beinhalten neben Namen und Adresse auch verschiedene andere Angaben wie Alter, Zivilstand und Geburtsort. Zudem wurden die gleichen Angaben auch für die weiteren Haushaltsmitglieder geliefert.

Nachdem zwischen 1995 und 2011 die Interviews durchwegs telefonisch durchgeführt worden waren, erfolgte 2015 eine Umstellung auf eine mixed-mode Befragung (online/Telefon). 2019 wurde erstmals vollständig auf Telefoninterviews verzichtet. Anstelle wurde die Nachwahlbefragung schriftlich, mittels Online- und Papierfragebogen durchgeführt. Die Kombination von Online- und Papierbefragung hat den Vorteil, dass Interviewer-Effekte ausgeschlossen werden und die Repräsentativität gegenüber von Telefonbefragungen zunimmt. Im finalen Datensatz sind die Antworten von 6'664 Personen enthalten. In 82 Prozent der Fälle wurden diese mittels Online-Befragung und in den restlichen 18 Prozent per Papierfragebogen erhoben. Der Fragebogen stand auf Deutsch, Französisch und Italienisch zur Verfügung.

Für die Befragung erhielten die Teilnehmenden ca. eine Woche vor der Wahl einen Ankündigungsbrief mit Informationen zur Schweizer Wahlstudie Selects. Sodann erhielten sie am Montag nach der Wahl einen Einladungsbrief, in dem eine spezielle Website und ein persönliches Login mit der Bitte angegeben waren, an der Befragung online teilzunehmen. Dem Einladungsbrief war ausserdem ein Postcheck im Wert von CHF 10 beigelegt, der während zwei Monaten in jeder Poststelle unabhängig von der Teilnahme an der Befragung eingelöst werden konnte. Der Papierfragebogen wurde Mitte November mit dem zweiten Erinnerungsschreiben an jene Stichprobenmitglieder verschickt, die noch nicht an der Online-Befragung teilgenommen hatten. Zwei Wochen später erfolgte noch ein drittes Erinnerungsschreiben. Retournierte Fragebogen wurden bis zum 5. Januar erfasst.

Tabelle A.1 gibt die Ausschöpfung der Stichprobe wieder. Insgesamt wurden 17'866 Personen gezogen. Von den insgesamt 7'254 teilweise oder vollständig ausgefüllten Fragebogen wurden 349 Interviews gelöscht, weil sie nicht von der Zielperson stammten (die Alters- und/oder Geschlechtsangabe stimmte/n nicht mit den Informationen aus der Stichprobe überein). Zusätzlich haben wir weitere 241 Fragebogen aus dem Datensatz entfernt, weil sie entweder stark unvollständig waren (d.h. weniger als die Hälfte der wichtigen Fragen waren beantwortet) oder in weniger als einem Drittel der Mediandauer abgeschlossen wurden. Daneben verweigerten 747 Personen aktiv ihre Teilnahme aus verschiedenen Gründen (kein Interesse, gesundheitliche Probleme, etc.), während in 195 Fällen das Einladungsschreiben nicht zustellbar war. Der finale Datensatz umfasst 6'664 Fälle, was einer Ausschöpfung von 37.3 Prozent entspricht.

Tabelle A.1 Ausschöpfung der Adressen, Nachwahlbefragung 2019

	Anzahl	In %
Ausgangsstichprobe	17'866	100.0
<i>Interviews</i>	7'254	40.6
Gültige Fragebogen (> 50% der wichtigen Fragen beantwortet)	6'664	37.3
Ungültige Fragebogen (< 50% der wichtigen Fragen beantwortet und/oder in weniger als einem Drittel der Medianezeitdauer)	241	1.3
Substitution (andere Person nahm an Befragung teil)	349	2.0
<i>Begründeter Antwortausfall</i>	1112	6.2
Aktive Verweigerung (kein Interesse, Sprachprobleme, etc.)	747	4.2
Gesundheitliche Probleme, Alter	170	0.9
Verstorben	21	0.1
Briefe nicht zustellbar	195	1.1
<i>Unbegründeter Antwortausfall</i>	9652	54.0
Antwortquote (AAPOR 2)		37.3
Davon Online-Befragung	5'450	81.8
Davon Papierfragebogen	1'214	18.2

6.3.2 Panelbefragung

In einer *Panelbefragung* haben wir dieselben Wahlberechtigten insgesamt dreimal befragt – das erste Mal vor Beginn der Wahlkampagne, das zweite Mal während der Wahlkampagne und das dritte Mal nach den eidgenössischen Wahlen. Die Befragung erfolgte ausschliesslich online und wurde wie die Nachwahlbefragung intern bei FORS von der Gruppe „Datenerhebung und Analyse“ durchgeführt. Den Ausgangspunkt für diese Befragung bildete eine nicht geschichtete, gesamtschweizerische und reine Zufallsstichprobe, die durch das BFS im SRPH gezogen wurde.

- Die erste Panel-Welle ging am Tag nach der eidgenössischen Abstimmung vom 19. Mai 2019 ins Feld und endete am 8. Juli. Basierend auf 25'575 Ausgangsadressen gingen 7'939 gültige Fragebogen ein (Antwortquote 31%). Die Zielpersonen wurden eine Woche vor Befragungsbeginn mittels Ankündigungsschreiben und einem beigelegten Flyer über die Wahlstudie Selects informiert. Am Montag nach dem Abstimmungssonntag erhielten sie ausserdem einen Einladungsbrief mit den persönlichen Zugangsinformationen zur Online-Befragung. Diesem Schreiben war ein Postcheck im Wert von CHF 10 beigelegt, der während zwei Monaten in jeder Poststelle unabhängig von der Teilnahme an der Befragung eingelöst werden konnte. Dem Einladungsbrief folgten noch zwei Erinnerungsschreiben. Am Ende des Interviews wurden die Befragten gebeten, eine E-Mail-Adresse anzugeben, damit sie auf diesem Weg für die weiteren Panel-Wellen kontaktiert werden können. Rund 90 Prozent der Antwortenden gaben eine gültige E-Mail-Adresse an.
- Die zweite Panel-Welle fand während der Wahlkampagne zwischen dem 2. September und dem 17. Oktober 2019 statt. Insgesamt wurden in dieser zweiten Befragung 5'577 gültige Fragebogen registriert (Antwortquote 68%). Analog zur ersten Welle folgten dem Einladungsbrief zwei Erinnerungen: die erste per E-Mail oder, für Personen, die in der ersten Welle keine E-Mail-Adresse hinterlassen hatten, per Brief sowie die zweite für alle auf postalischem Weg.
- Nach den eidgenössischen Wahlen wurden alle Teilnehmenden aus der ersten Panel-Welle per Brief zu einer erneuten Befragung eingeladen. In dieser dritten Befragungswelle wurden die Zielpersonen drei Mal per E-Mail oder Brief an die Teilnahme erinnert. Ausserdem wurden unter Personen, die an allen drei Befragungswellen teilnahmen, fünf iPads verlost. Zwischen dem 21. Oktober und dem 9. Dezember 2019 wurden schliesslich 5'125 gültige Online-Interviews realisiert (Antwortquote 65%). Insgesamt nahmen 4'645 Personen an allen drei Befragungswellen teil.

Tabelle A.2 Ausschöpfung der Adressen, Panelbefragung 2019

	Welle 1	In %	Welle 2	In %	Welle 3	In %
Ausgangsstichprobe	25'575	100.0	8147	100.0	8079	100.0
<i>Interviews</i>	8569	33.5	5855	71.9	5449	67.4
Gültige, vollständige Fragebogen	7852	30.7	5525	67.8	5094	63.1
Gültige, unvollständige Fragebogen (50%-80% der wichtigen Fragen be- antwortet)	87	0.4	52	0.6	31	0.4
Ungültige Fragebogen (< 50% der wichtigen Fragen beantwortet und/o- der in weniger als einem Drittel der medianen Dauer)	393	1.5	262	3.2	144	1.8
Substitution (andere Person nahm an Befragung teil)	237	0.9	16	0.2	180	2.2
<i>Begründeter Antwortausfall</i>	1317	5.2	68	0.8	126	1.6
Aktive Verweigerung (kein Interesse, Sprachprobleme, etc.)	912	3.6	54	0.7	76	0.9
Gesundheitliche Probleme, Alter	148	0.6	7	0.1	1	0.0
Verstorben	24	0.1	3	0.0	7	0.1
Briefe nicht zustellbar	233	0.9	5	0.1	42	0.5
<i>Unbegründeter Antwortausfall</i>	15'689	61.3	2224	27.3	2504	31.0
Antwortquote (AAPOR 2)		31.0		68.4		64.9

6.3.3 Kandidierendenbefragung

Seit 2007 führt Selects im Rahmen des international vergleichenden „Comparative Candidate Survey“ (www.comparativecandidates.org) auch eine *Kandidierendenbefragung* durch, welche die Karriereverläufe, politischen Einstellungen und Wahlkampfaktivitäten der Kandidatinnen und Kandidaten für den National- und Ständerat ermittelt. Diese Befragung wurde mittels eines Online-Fragebogens sowie durch den Versand eines schriftlichen Fragebogens im Rahmen der dritten Erinnerung am 3. Dezember an jene durchgeführt, die sich nicht online beteiligt hatten oder deren Online-Fragebogen unvollständig war. Die Feldarbeit wurde im Auftrag von Selects in Zusammenarbeit mit smartvote und der Universität Bern von Politools.net durchgeführt. Von den insgesamt 4'736 Kandidierenden für den National- und Ständerat nahmen 2'158 an der Befragung teil, 87 Prozent davon taten dies online und 13 Prozent mittels Papierfragebogen.

Tabelle A.3 Ausschöpfung der Adressen, Kandidierendenbefragung 2019

	Anzahl	In %
Ausgangsstichprobe	4736	100.0
<i>Interviews</i>	2325	49.1
Gültige, vollständige Fragebogen	2115	44.7
Gültige, unvollständige Fragebogen (50%-80% der wichtigen Fragen beantwortet)	43	0.9
Ungültige Fragebogen (< 50% der wichtigen Fragen beantwortet)	167	3.5
<i>Begründeter Antwortausfall</i>	202	4.3
Unbekannte Adresse (kein Kontakt)	103	2.2
Briefe nicht zustellbar	75	1.6
Aktive Verweigerung	24	0.5
<i>Unbegründeter Antwortausfall</i>	2209	46.6
Antwortquote (AAPOR 2)		46.6
Davon Online-Befragung	1'881	87.2
Davon Papierfragebogen	277	12.8

6.3.4 Medienstudie

Im Auftrag von Selects hat das Digital Democracy Lab der Universität Zürich eine *Medienstudie* durchgeführt. Die Medienstudie ist eine Ergänzung zur Panelbefragung der Bürgerinnen und Bürger und ermöglicht es, den Wahlkampf in den Medien sowie dessen Einfluss auf die Meinungsbildung der Wählenden zu analysieren. Neben der Inhaltsanalyse der Berichterstattung von traditionellen Medien (Print und Online), die seit 2003 im Rahmen von Selects durchgeführt wird, umfasst die Medienstudie 2019 erstmals auch die Wahlkampfkommunikation von Parteien und Kandidierenden in den sozialen Medien.

Dank der grosszügigen Zusammenarbeit mit der Schweizer Mediendatenbank (SMD) konnte die Berichterstattung in 87 Zeitungen, Magazinen und auf Online-Newsseiten mit einem automatisierten Verfahren untersucht werden. Für die Analyse der Wahlkampfkommunikation in den sozialen Medien wurden die Twitter-Accounts von 1'284 Kandidierenden, Parteien und Organisationen berücksichtigt sowie die Facebook-Seiten von 261 Kandidierenden. Eine detaillierte Beschreibung der methodischen Vorgehensweise und Datengrundlage findet sich im technischen Bericht des Digital Democracy Lab, der über den öffentlichen Datenservice bei FORS (<https://forsbase.unil.ch>) zugänglich ist und zusammen mit den Daten bezogen werden kann.

6.4 Gewichtung

6.4.1 Nachwahlbefragung

Die Befragten sind aufgrund der nach Kantonen aufgestockten Stichprobe sowie aufgrund der selektiven Ausfälle nicht repräsentativ. Diese Verzerrungen gleicht man jeweils mittels Gewichtungen aus. Das Problem dabei ist, dass die Gewichtung eines Merkmals jeweils neue Verzerrungen produzieren kann. Ob und auf Basis welcher Merkmale gewichtet werden soll, ist in der Literatur nicht unumstritten. Wir haben in allen bisherigen Befragungen das Prinzip angewandt, dass stichprobenbedingte Verzerrungen (Designgewichte) sowie untersuchungsrelevante Merkmale gewichtet werden (Befragungsverzerrungen).

- Designgewichte: Stichprobenbedingte Verzerrungen entstehen durch die Aufstockung der kantonalen Stichproben.
- Befragungsverzerrungen: Untersuchungsrelevant für unsere Fragen sind vor allem zwei Merkmale: die Wahlbeteiligung und der Parteientscheid. Diese beiden Verzerrungen haben wir ebenfalls in die Gewichtung einbezogen.

Tabelle A.4 gibt die Verteilung der Befragten 2019 auf die Kantone, den tatsächlichen Anteil der Wahlberechtigten in den jeweiligen Kantonen gemäss BFS sowie die darauf basierende kantonale Gewichtung wieder. Dieses Gewicht berechnet sich als der Quotient des Anteils der Wahlberechtigten in der Grundgesamtheit und des Anteils der Befragten in der Stichprobe, der auf Kanton k entfällt, also als $w_k = GG_k / \text{Sample}_k$. Dieses Gewicht stellt ex post die gleichen Auswahlwahrscheinlichkeiten der Befragten über die Kantone her.

Tabelle A.4 Kantongewichtung (w_k) der Befragungsdaten auf Basis der Verteilung der Wahlberechtigten in der Grundgesamtheit (GG) der Schweizer Wählerschaft gemäss Bundesamt für Statistik und der Befragten in der Stichprobe (Sample) pro Kanton 2019 (in %)

<i>Kanton</i>	<i>GG</i>	<i>Sample</i>	<i>w_k</i>	<i>Kanton</i>	<i>GG</i>	<i>Sample</i>	<i>w_k</i>
ZH	17.3	15.5	1.12	SH	1.0	1.3	0.73
BE	13.7	7.1	1.93	AR	0.7	1.1	0.64
LU	5.2	2.3	2.29	AI	0.2	1.0	0.22
UR	0.5	1.0	0.52	SG	6.0	2.3	2.61
SZ	2.0	0.9	2.11	GR	2.6	1.4	1.82
OW	0.5	0.9	0.58	AG	8.0	3.3	2.42
NW	0.6	1.3	0.45	TG	3.2	1.3	2.59
GL	0.5	1.2	0.41	TI	4.0	11.8	0.34
ZG	1.4	1.3	1.10	VD	8.2	3.2	2.61
FR	3.8	1.4	2.68	VS	4.2	2.0	2.08
SO	3.4	1.2	2.83	NE	2.0	1.1	1.86
BS	2.0	1.2	1.66	GE	4.6	32.2	0.14
BL	3.5	1.5	2.33	JU	1.0	1.4	0.71

Während das kantonale Gewicht die regionale Schichtung der Stichprobenziehung kompensiert, wird mittels des Beteiligungs- und des Parteiengewichts eine Korrektur von Verzerrungen bei der Stichprobenausschöpfung angestrebt. Dieser Ausfallprozess ist systematisch an bestimmte Eigenschaften der Mitglieder der Stichprobenpopulation geknüpft, was bezüglich des Beteiligungsverhaltens besonders deutlich wird. So wird aus Tabelle A.5 ersichtlich, dass der Anteil derer, die bei der Befragung angaben, an den Wahlen teilgenommen zu haben, wesentlich höher ist als die offizielle Partizipationsrate. Während die offizielle Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen 2019 bei 45.1 Prozent lag, betrug der entsprechende Anteil in der Stichprobe 72.3 Prozent. Dieses Phänomen, das aus anderen politischen Befragungen in der Schweiz hinlänglich bekannt ist, hat unterschiedliche Ursachen. Zum einen dürfte hier ein gewisser Teil der Befragten unter dem Druck der sozialen Erwünschtheit der Wahlteilnahme nicht wahrheitsgemäss geantwortet haben. Zum anderen ist es sehr viel schwieriger, politisch nicht Interessierte zu einer Teilnahme an den Befragungen zu bewegen.

Wenn man derartige Verzerrungen durch Gewichtungen korrigiert, geschieht dies auf Basis bestimmter Annahmen. Bei der im Rahmen der vorliegenden Studie angewendeten Beteiligungsgewichtung w_b wird angenommen, dass selbstbekundete Wählende und Nichtwählende in den Stichproben jeweils repräsentativ für die entsprechenden Segmente der Grundgesamtheit sind. Die Beteiligungsgewichtung wird analog zur Kantongewichtung als $w_b = GG_b / Sample_b$ berechnet. Für die drei Kantone Zürich, Genf und Tessin, welche dank der Aufstockung der Stichprobe auf kantonaler Ebene analysiert werden können, wurde auf analoge Weise verfahren.

Tabelle A.5 Beteiligungsgewichtung (w_b) der Befragungsdaten auf Basis der offiziellen Wahlbeteiligung (GG) gemäss Bundesamt für Statistik und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 2019 (in %). Stichprobe ist mit w_k gewichtet

	<i>Teilnahme</i>	<i>GG</i>	<i>Sample</i>	w_b
Schweiz	Ja	45.1	72.3	0.62
	Nein	54.9	27.7	1.98
Zürich	Ja	44.4	76.5	0.58
	Nein	55.6	23.5	2.36
Genf	Ja	38.2	65.6	0.58
	Nein	61.8	34.4	1.80
Tessin	Ja	49.6	67.2	0.74
	Nein	50.4	32.8	1.54

Wie Tabelle A.6 zeigt, ist die Verzerrung durch Stichprobenselektivität im Fall der Verteilung der Parteiwahl in den Selects-Daten etwas weniger ausgeprägt. Hier wird wiederum angenommen, dass die Parteiwählerschaften, welche an der Nachwahlbefragung teilgenommen haben, jeweils repräsentativ für die entsprechenden Segmente in der Grundgesamtheit der Wählerschaft sind. Die Parteiengewichtung w_p wird entsprechend den beiden vorangegangenen Gewichtungen als $w_p = GG_p / Sample_p$ berechnet. Nicht an der Wahl teilnehmende Personen erhalten dabei das Gewicht 1. In den drei Kantonen mit einer Aufstockung der Stichprobe wurden die Parteigewichte mit demselben Vorgehen erstellt.

Die hier vorgestellten Gewichtungen wurden für die in dieser Studie präsentierten Analysen in unterschiedlicher Weise *gekettet*. Für die im Kapitel zur *Wahlteilnahme* vorgestellten Analysen wurde das Kettengewicht $w_k \times w_b$ verwendet. Für die Analysen des *Parteientscheids* wurde im Fall der Wählerwanderungen das Gewicht $w_k \times w_b \times w_p$ benutzt, bei den übrigen Analysen $w_k \times w_p$.

Tabelle A.6 Parteiengewichtung (w_p) der Befragungsdaten auf Basis der offiziellen Wahlergebnisse gemäss Bundesamt für Statistik (GG) und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 2019 (in %). Stichprobe ist mit w_k gewichtet

	Partei	GG	Sample	w_p
Schweiz	SVP	25.6	20.2	1.27
	FDP	15.1	15.0	1.00
	CVP	11.4	9.0	1.26
	GLP	7.8	9.0	0.87
	SP	16.8	17.7	0.95
	GPS	13.2	18.3	0.72
	Übrige	10.1	10.8	0.94
Zürich	SVP	26.7	19.0	1.40
	FDP	13.7	14.4	0.95
	CVP	4.4	3.6	1.22
	GLP	14.0	17.7	0.79
	SP	17.3	17.6	0.98
	GPS	14.1	19.9	0.71
	Übrige	9.8	7.7	1.27
Genf	MCG	5.4	4.2	1.30
	SVP	13.7	11.0	1.25
	FDP	17.9	16.0	1.12
	CVP	7.7	6.6	1.17
	GLP	5.4	5.4	1.00
	SP	14.7	15.9	0.93
	GPS	24.6	30.0	0.82
	PdA / EàG	7.5	5.1	1.47
Übrige	3.2	5.9	0.55	
Tessin	Lega	16.9	10.4	1.63
	SVP	11.7	15.1	0.77
	FDP	20.5	21.3	0.96
	CVP	18.2	13.7	1.32
	SP	14.1	16.1	0.87
	GPS	12.1	14.7	0.82
	Übrige	6.5	8.6	0.76

6.4.2 Panelbefragung

Da es sich bei der Panelbefragung um eine gesamtschweizerische Stichprobe handelte, sind keine Designgewichte notwendig.

Bei den Beteiligungs- und den Parteigewichten (Tabelle A.7 und A.8) wurde analog zur Nachwahlbefragung vorgegangen. Befragten aus der ersten Welle, für die wir in den Folgewellen keine Wahlteilnahme erfassen konnten, wurde der Wert 1 zugewiesen. Die in der Stichprobe angegebene Wahlbeteiligung ist noch höher als bei der Nachwahlbefragung, da einige Personen möglicherweise durch die Befragung selber zu einer Wahlteilnahme motiviert worden sind und zudem die Ausfallquote beim zweiten und dritten Interview wahrscheinlich bei jenen grösser ist, die sich nicht an den Wahlen beteiligt haben. Das Panel-Design ist deshalb eher ungeeignet, um kurzfristige Mobilisierungs- und Demobilisierungsprozesse zu untersuchen. Zudem ist die Verzerrung der Parteiwahl etwas grösser und musste deshalb durch die Gewichtung etwas stärker ausgeglichen werden als bei der Nachwahlbefragung.

Tabelle A.7 Beteiligungsgewichtung (w_b) der Panelbefragung auf Basis der offiziellen Wahlbeteiligung (GG) gemäss Bundesamt für Statistik und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 2019 (in %)

<i>Teilnahme</i>	<i>GG</i>	<i>Sample</i>	<i>w_b</i>
Ja	45.1	77.6	0.58
Nein	54.9	22.4	2.45

Tabelle A.8 Parteiengewichtung (w_i und w_j) der Panel-Befragung auf Basis der offiziellen Wahlergebnisse gemäss Bundesamt für Statistik (GG) und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 2019 (in %)

<i>Partei</i>	<i>GG</i>	<i>Sample</i>	<i>w_p</i>
SVP	25.6	16.9	1.51
FDP	15.1	16.3	0.93
CVP	11.4	9.1	1.26
GLP	7.8	11.0	0.71
SP	16.8	18.2	0.93
GPS	13.2	19.3	0.69
Übrige	10.1	9.3	1.08

6.4.3 Kandidierendenbefragung

Analog zu den Verzerrungen in der Wählerbefragung haben wir auch die Verzerrungen in der Kandidierendenbefragung ausgeglichen, um eine nach Kanton und Parteizugehörigkeit repräsentative Stichprobe zu erhalten. Auch hier treffen wir die Annahme, dass die Antwortenden jeweils repräsentativ für alle in der entsprechenden Gruppe sind.

Tabelle A.9 gibt die Kantongewichtung für die Kandidierenden bei den Nationalratswahlen wieder (w_{cc}).

Tabelle A.9 Kantongewichtung (w_{kandc}) der Kandidierendenbefragung auf Basis der Verteilung der effektiv Kandidierenden (GG) und der Befragten in der Stichprobe (Sample) pro Kanton 2019 (in %), nur Nationalrat

<i>Kanton</i>	<i>GG</i>	<i>Sample</i>	<i>w_{kandc}</i>
ZH	20.7	19.6	1.06
BE	14.0	13.9	1.00
LU	5.4	5.7	0.95
UR	0.1	0.1	0.69
SZ	1.8	1.8	1.01
OW	0.1	0.1	0.76
NW	0.0	0.0	0.91
GL	0.0	0.0	0.91
ZG	1.6	1.1	1.14
FR	3.3	3.9	0.84
SO	3.6	3.5	1.01
BS	2.9	2.4	1.17
BL	2.9	3.1	0.93
SH	0.6	0.9	0.70
AR	0.0	0.0	0.91
AI	0.1	0.1	0.91
SG	5.5	5.5	0.99
GR	2.1	1.8	1.20
AG	10.6	10.4	1.03
TG	2.9	3.3	0.87
TI	3.2	3.6	0.88
VD	8.0	7.6	1.06
VS	5.1	5.4	0.93
NE	1.0	1.3	0.75
GE	3.8	3.3	1.15
JU	0.7	1.0	0.74

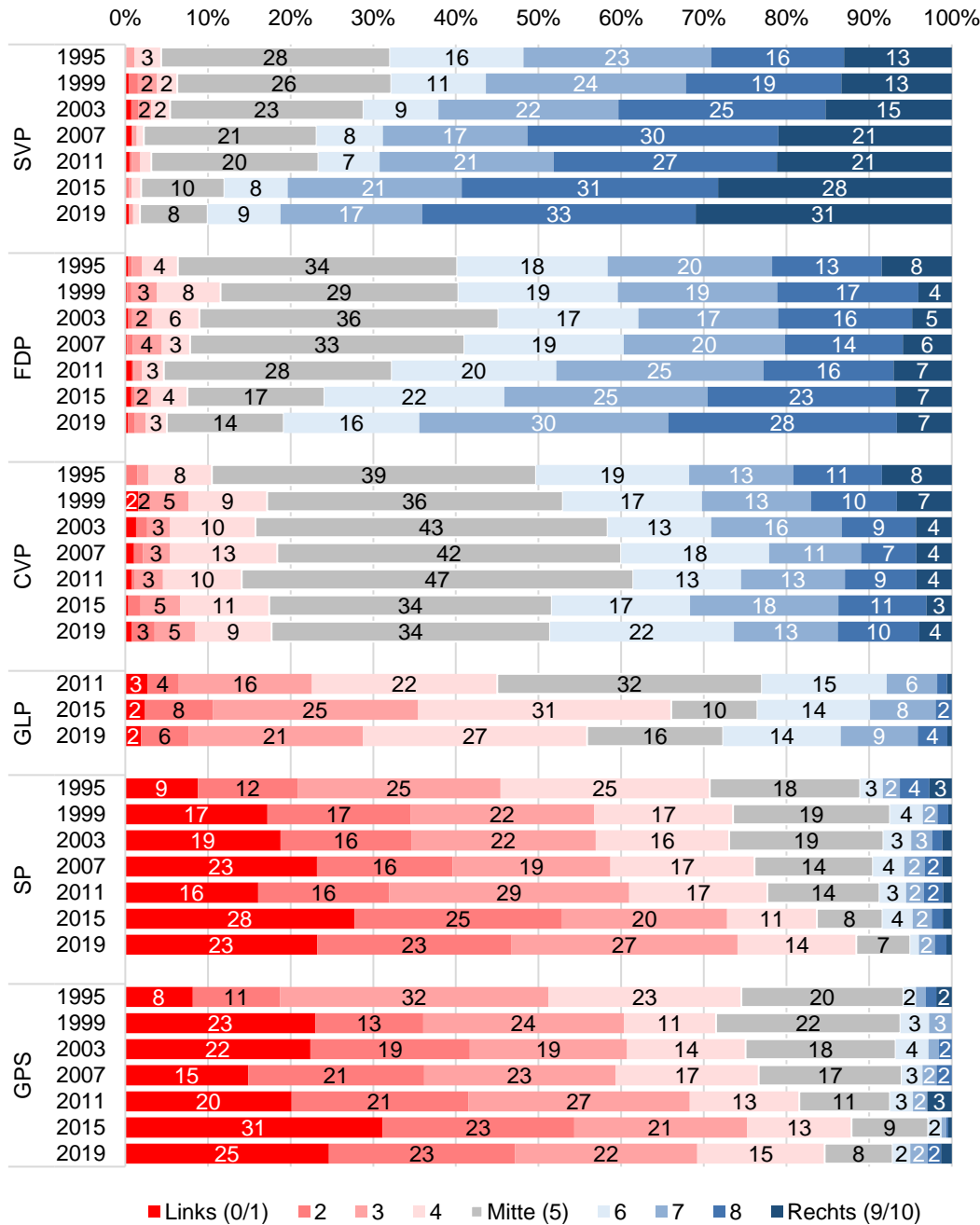
Verzerrungen gab es auch zwischen den Parteien. Kandidierende der SVP und der FDP beteiligten sich unterdurchschnittlich, Kandidierende der SP, der GPS, der GLP und der CVP hingegen überdurchschnittlich an der Befragung. Nach Parteien wurden die Daten wie folgt gewichtet (Tabelle A.10):

Tabelle A.10 Gewichtung der Kandidierendenbefragung nach Partei (w_{kandp}) auf der Basis der effektiv Kandidierenden (GG) und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample), 2019 (in %)

<i>Partei</i>	<i>GG</i>	<i>Sample</i>	<i>w_{kandp}</i>
SVP	12.3	9.6	1.29
FDP	11.3	10.0	1.13
CVP	15.1	16.8	0.90
GLP	10.2	11.5	0.89
SP	12.8	14.8	0.87
GPS	9.8	12.4	0.79
Übrige	28.4	24.9	1.14

6.5 Grafik zur Links-Rechts-Selbstpositionierung nach Parteiwählerschaft über Zeit

Graphik A.1 Links-Rechts-Selbstpositionierung der Wählenden grosser Parteien 1995-2019 (in %)



Lesebeispiel: Auf einer Skala von 0 bis 10, auf der 0 links und 10 rechts bedeuten, positionierten sich 1995 13% der SVP-Wählenden ganz rechts (9 oder 10); 2019 ist dieser Anteil auf 31% gestiegen.

6.6 Tabellen und Grafiken zu den Analysen in den Kantonen ZH, GE und TI

6.6.1 Wahlentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen (ZH, GE, TI)

Tabelle A.11 Wahlentscheid nach ausgewählten sozialen und politischen Merkmalen im Kanton Zürich (in %)

	SVP	FDP	CVP*	Üb- rige	GLP	SP	GPS	N (ge- wich- tet)
<i>Wähleranteil im Kanton</i>	26.7	13.7	4.4	9.8	14.0	17.3	14.1	
<i>Nach Geschlecht</i>								
Männer	30	15	4	8	13	17	12	404
Frauen	23	12	5	11	14	18	16	374
<i>Nach Alter</i>								
18-24*	22	10	4	12	18	20	12	49
25-34	19	10	1	12	11	27	20	90
35-44	18	13	4	11	20	16	17	134
45-54	26	14	3	11	16	13	17	137
55-64	33	16	5	7	14	14	11	147
65-74	26	13	5	8	11	21	15	123
75+	41	19	7	6	5	17	4	95
<i>Nach Bildungsniveau</i>								
Obligatorische Schule, Anlehre*	28	17	7	14	7	24	3	29
Berufslehre	43	8	5	10	8	17	9	184
Matur, Fachhochschule, Univer- sität	21	16	4	10	16	17	17	560
<i>Nach Haushaltseinkommen</i>								
Bis 4000	36	11	3	6	9	14	21	66
4001 - 6000	32	8	5	9	8	22	16	111
6001 - 8000	35	8	5	13	8	16	15	128
8001 -12'000	25	12	5	10	15	22	13	200
12'001 und mehr	19	21	4	8	20	15	13	243
<i>Mittelwert der Links-Rechts- Selbstpositionierung (N gewichtet)</i>	8.1 (205)	6.8 (106)	6.1 (34)	4.7 (75)	4.6 (109)	2.6 (134)	2.6 (108)	

Lesebeispiel: Im Kanton Zürich betrug der Wähleranteil der SVP bei den Männern 30% und bei den Frauen 23%.

*Aufgrund der geringen Fallzahl (N<50) ist bei der Interpretation der Ergebnisse für diese Merkmalsgruppe Vorsicht geboten.

Tabelle A.12 Wichtigstes politisches Problem der Wählerinnen und Wähler im Kanton Zürich (in %)

	Insgesamt	SVP	FDP	CVP*	Übrige	GLP	SP	GPS
Umwelt & Energie	30	13	18	29	24	50	28	64
Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat	20	16	30	21	31	20	18	13
EU / Europa	20	27	23	29	15	15	21	7
Einwanderung & Asyl	11	27	4	12	7	6	5	4
Politisches System, Parteien & Politiker	4	6	5	3	6	0	5	4
Wirtschaft	3	3	5	3	3	2	5	1
Internationale Beziehungen & Armee	3	1	7	0	6	1	4	1
Gesundheitswesen	2	0	4	0	4	2	5	1
Arbeitsmarkt	1	0	1	3	0	1	3	0
Geschlechterfragen & Diskriminierung	1	0	1	0	0	2	2	1
Andere Probleme	5	7	2	0	4	1	4	4
<i>N (gewichtet)</i>	<i>755</i>	<i>204</i>	<i>101</i>	<i>34</i>	<i>71</i>	<i>109</i>	<i>131</i>	<i>105</i>

*Lesebeispiel: Insgesamt gaben 30% der Wählenden im Kanton Zürich ein Thema aus dem Bereich "Umwelt & Energie" als wichtigstes politisches Problem an. Unter den SVP-Wählenden betrug dieser Anteil 13%. *Aufgrund der geringen Fallzahl (N<50) ist bei der Interpretation der Ergebnisse für diese Merkmalsgruppe Vorsicht geboten.*

Tabelle A.13 *Wahlentscheid nach ausgewählten sozialen und politischen Merkmalen im Kanton Genf (in %)*

	MCG	SVP	FDP	CVP	Übri- ge*	GLP	SP	GPS	PdA / EàG	N (ge- wich- tet)
<i>Wähleranteil im Kanton</i>	5.4	13.7	17.9	7.7	3.2	5.4	14.7	24.6	7.5	
<i>Nach Geschlecht</i>										
Männer	6	17	20	7	3	6	16	19	6	637
Frauen	5	11	16	8	4	5	14	30	9	713
<i>Nach Alter</i>										
18-24	6	8	12	3	1	8	14	36	12	77
25-34	5	9	10	4	2	10	12	28	19	169
35-44	7	11	15	9	2	4	17	28	7	179
45-54	6	12	18	7	2	7	16	29	5	270
55-64	6	18	17	8	4	4	11	23	8	279
65-74	6	20	19	10	4	5	16	18	3	213
75+	1	12	32	12	6	1	19	15	2	164
<i>Nach Bil- dungsniveau</i>										
Obligatorische Schule, Anlehre	9	20	10	2	4	6	18	20	9	98
Berufslehre	12	22	15	9	3	2	11	20	5	250
Matur, Fach- hochschule, Universität	3	11	20	8	3	6	15	27	8	966
<i>Nach Haushaltsein- kommen</i>										
Bis 4000	8	16	10	7	5	4	19	21	9	164
4001 - 6000	6	16	11	6	4	5	14	24	13	224
6001 - 8000	5	14	15	6	4	3	17	28	8	220
8001 -12'000	7	12	15	6	2	5	16	31	6	309
12'001 und mehr	2	11	28	11	2	8	11	21	6	370
<i>Mittelwert der Links-Rechts- Selbstpositio- nierung (N gewichtet)</i>										
	6.5 (69)	7.8 (175)	7.4 (238)	6.0 (96)	5.0 (40)	5.9 (73)	2.7 (194)	3.0 (324)	2.1 (97)	

Lesebeispiel: Im Kanton Genf betrug der Wähleranteil der MCG bei den Männern 6% und bei den Frauen 5%.

**Aufgrund der geringen Fallzahl (N<50) ist bei der Interpretation der Ergebnisse für diese Merkmalsgruppe Vor-
sicht geboten.*

Tabelle A.14 Wichtigstes politisches Problem der Wählerinnen und Wähler im Kanton Genf (in %)

	Insgesamt	MCG	SVP	FDP	CVP	Übrige*	GLP	SP	GPS	PdA / EàG
Umwelt & Energie	23	6	11	9	14	18	35	14	51	15
Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat	16	8	13	17	20	18	12	26	13	19
EU, Europa	13	8	25	25	16	13	10	10	3	7
Einwanderung & Asyl	11	39	21	12	6	10	7	5	5	6
Politisches System, Parteien & Politiker	10	8	8	13	6	5	10	10	11	16
Gesundheitswesen	9	13	5	8	19	8	6	15	5	9
Wirtschaft	6	5	2	5	7	8	6	8	3	15
Arbeitsmarkt	2	2	4	3	2	3	1	3	1	4
Internationale Beziehungen & Armee	2	5	1	3	2	3	3	2	1	0
Öffentliche Dienste & Infrastruktur	2	2	2	1	4	3	1	1	2	0
Andere Probleme	6	4	8	4	4	11	9	6	5	9
<i>N (gewichtet)</i>	<i>1258</i>	<i>64</i>	<i>171</i>	<i>223</i>	<i>100</i>	<i>39</i>	<i>69</i>	<i>183</i>	<i>312</i>	<i>97</i>

*Lesebeispiel: Insgesamt gaben 23% der Wählenden im Kanton Genf ein Thema aus dem Bereich "Umwelt & Energie" als wichtigstes politisches Problem an. Unter den MCG-Wählenden betrug dieser Anteil 6%. *Aufgrund der geringen Fallzahl (N<50) ist bei der Interpretation der Ergebnisse für diese Merkmalsgruppe Vorsicht geboten.*

Tabelle A.15 *Wahlentscheid nach ausgewählten sozialen und politischen Merkmalen im Kanton Tessin (in %)*

	Lega	SVP	FDP	CVP	Üb- rige*	SP	GPS	N (ge- wich- tet)
<i>Wähleranteil im Kanton</i>	16.9	11.7	20.5	18.2	6.5	14.1	12.1	
<i>Nach Geschlecht</i>								
Männer	18	13	22	19	6	13	9	239
Frauen	16	11	19	18	7	15	15	261
<i>Nach Alter</i>								
18-24*	15	9	19	17	4	13	23	47
25-34*	17	12	5	26	7	7	26	42
35-44	18	11	21	28	5	4	14	57
45-54	19	9	19	21	7	13	11	107
55-64	16	15	21	17	5	21	7	102
65-74	12	11	29	8	9	19	11	89
75+	25	15	22	18	5	12	3	60
<i>Nach Bildungsniveau</i>								
Obligatorische Schule, Anlehre	24	15	22	9	15	7	7	54
Berufslehre	23	15	14	17	5	19	5	98
Matur, Fachhoch- schule, Universität	14	10	22	19	6	13	15	336
<i>Nach Haushaltsein- kommen</i>								
Bis 4000	24	13	13	16	7	18	9	94
4001 - 6000	20	12	18	12	7	16	16	107
6001 - 8000	16	15	20	18	5	13	12	93
8001 -12'000	13	8	19	25	7	14	14	118
12'001 und mehr	13	11	33	20	6	6	11	64
<i>Mittelwert der Links- Rechts-Selbstpositio- nierung</i>								
	7.7 (77)	7.9 (53)	6.5 (94)	6.4 (82)	5.1 (31)	2.8 (69)	3.3 (57)	

Lesebeispiel: Im Kanton Tessin betrug der Wähleranteil der Lega bei den Männern 18% und bei den Frauen 16%.

**Aufgrund der geringen Fallzahl (N<50) ist bei der Interpretation der Ergebnisse für diese Merkmalsgruppe Vorsicht geboten.*

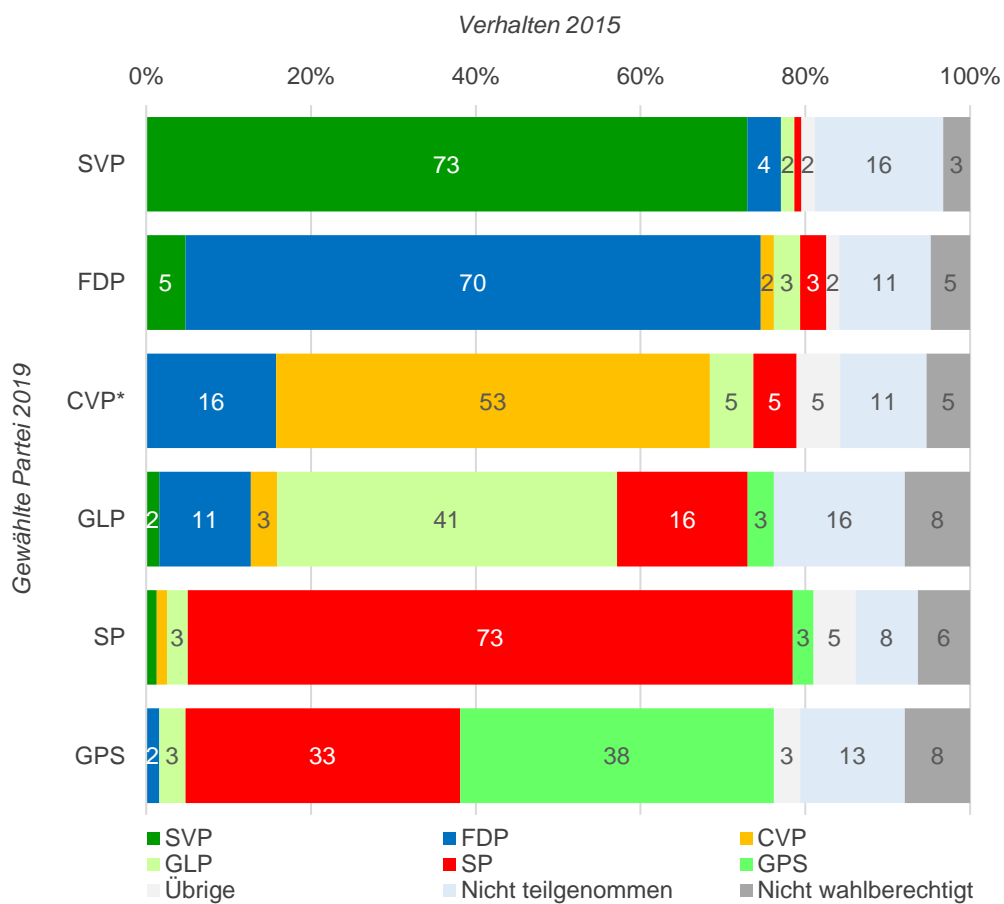
Tabelle A.16 Wichtigstes politisches Problem der Wählerinnen und Wähler im Kanton Tessin (in %)

	Insgesamt	Lega	SVP	FDP	CVP	Übrige*	SP	GPS
EU, Europa	20	14	33	25	24	30	13	3
Gesundheitswesen	15	14	14	14	15	10	23	12
Umwelt & Energie	14	9	5	8	8	27	23	33
Einwanderung & Asyl	12	28	16	7	11	0	4	10
Arbeitsmarkt	11	15	11	13	15	7	6	9
Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat	10	7	14	10	6	10	14	10
Politisches System, Parteien & Politiker	5	7	0	5	5	7	7	7
Internationale Beziehungen & Armee	3	0	4	2	6	0	1	3
Wirtschaft	2	0	2	7	0	0	1	3
Regionen & nationaler Zusammenhalt	2	4	0	1	5	0	1	2
Andere Probleme	6	2	1	8	5	9	7	8
<i>N (gewichtet)</i>	<i>472</i>	<i>74</i>	<i>57</i>	<i>99</i>	<i>85</i>	<i>30</i>	<i>69</i>	<i>58</i>

*Lesebeispiel: Insgesamt gaben 20% der Wählenden im Kanton Tessin ein Thema aus dem Bereich "EU, Europa" als wichtigstes politisches Problem an. Unter den Lega-Wählenden betrug dieser Anteil 14%. *Aufgrund der geringen Fallzahl (N<50) ist bei der Interpretation der Ergebnisse für diese Merkmalsgruppe Vorsicht geboten.*

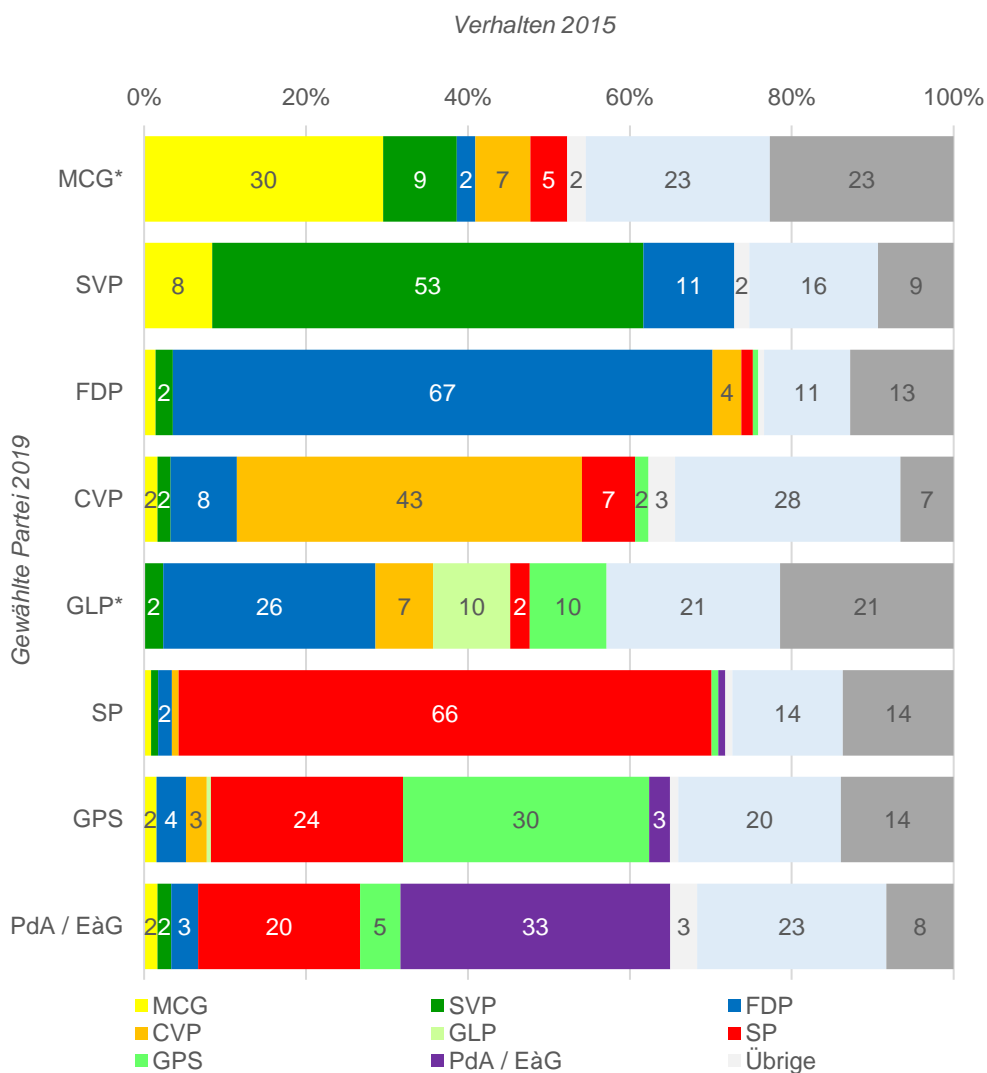
6.6.2 Wählerwanderungen (ZH, GE, TI)

Graphik A.2 Mobilisierungsprozesse: Gewählte Partei 2019 nach Verhalten 2015 im Kanton Zürich (in %)



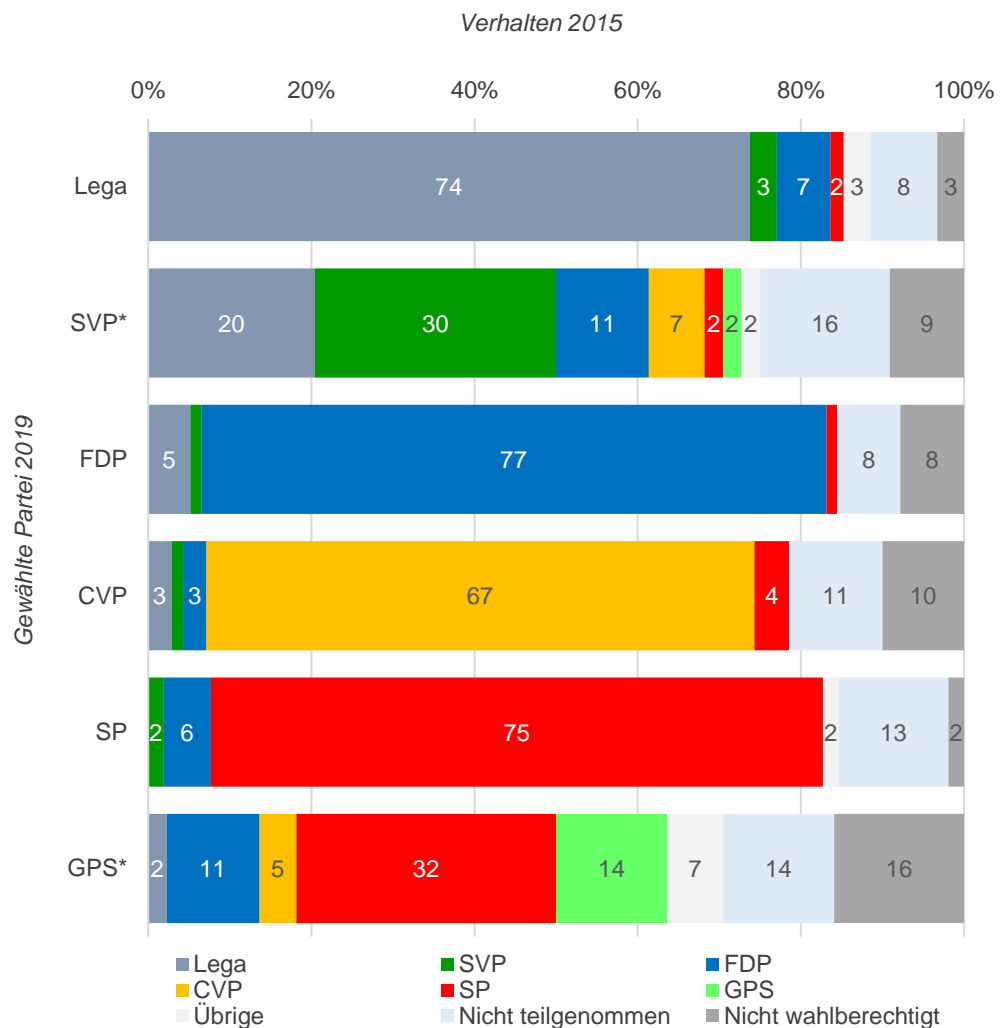
Lesebeispiel: Von jenen, die 2019 SVP wählten, hatten 73% bereits 2015 SVP gewählt. 4% hatten 2015 FDP gewählt, 16% nicht an den Wahlen 2015 teilgenommen und 3% waren Erstwählende (N gewichtet: SVP 122; FDP 63; CVP 19; GLP 63; SP 79; GPS 63). *Aufgrund der geringen Fallzahl (N<50) ist bei der Interpretation der Ergebnisse für diese Merkmalsgruppe Vorsicht geboten.

Graphik A.3 Mobilisierungsprozesse: Gewählte Partei 2019 nach Verhalten 2015 im Kanton Genf (in %)



Lesebeispiel: Von jenen, die 2019 SVP wählten, hatten 53% bereits 2015 SVP gewählt. 8% hatten 2015 MCG gewählt, 11% FDP und 16% hatten nicht an den Wahlen 2015 teilgenommen. Weitere 9% waren Erstwählende (N gewichtet: MCG 44; SVP 107; FDP 141; CVP 61; GLP 42; SP 117; GPS 194; PdA / EàG 60). *Aufgrund der geringen Fallzahl (N<50) ist bei der Interpretation der Ergebnisse für diese Merkmalsgruppe Vorsicht geboten.

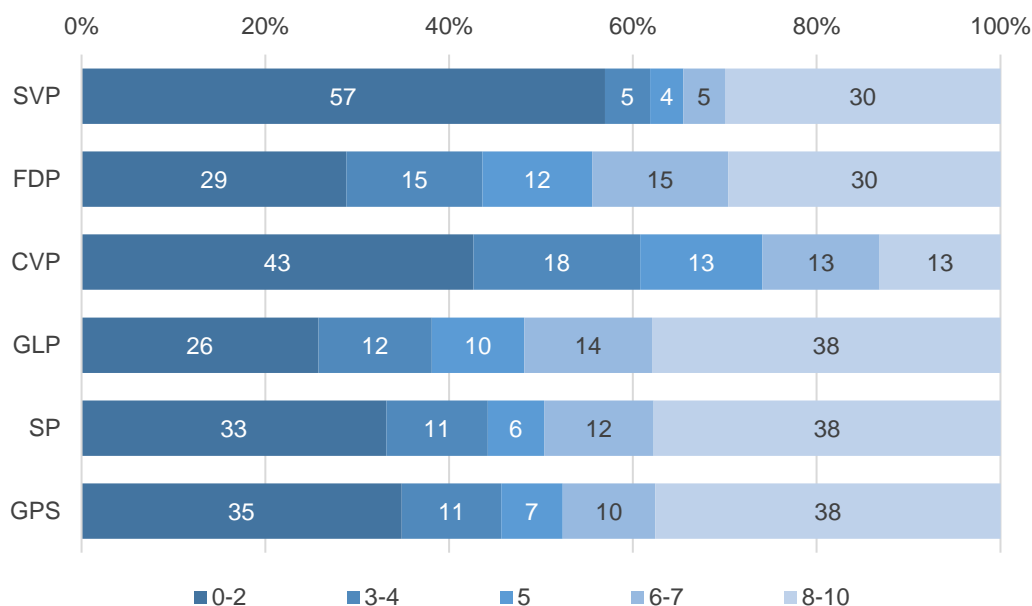
Graphik A.4 Mobilisierungsprozesse: Gewählte Partei 2019 nach Verhalten 2015 im Kanton Tessin (in %)



Lesebeispiel: Von jenen, die 2019 Lega wählten, hatten 74% bereits 2015 Lega gewählt. 7% hatten 2015 FDP gewählt, 8% nicht an den Wahlen 2015 teilgenommen und 3% waren Erstwählende (N gewichtet: Lega 61; SVP 44; FDP 77; CVP 70; SP 52; GPS 44). *Aufgrund der geringen Fallzahl (N<50) ist bei der Interpretation der Ergebnisse für diese Merkmalsgruppe Vorsicht geboten.

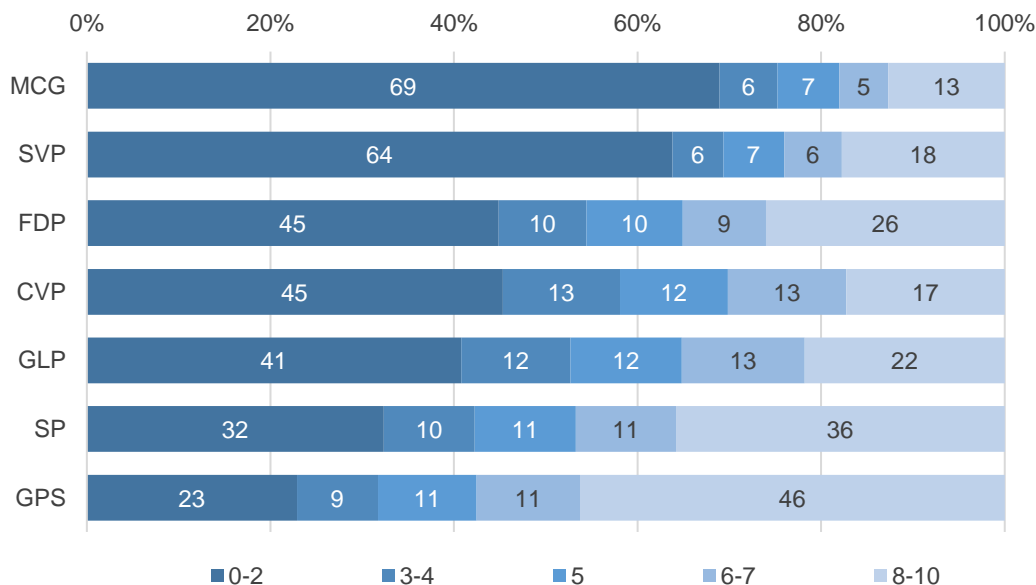
6.6.3 Wählerpotentiale (ZH, GE, TI)

Graphik A.5 Wahlwahrscheinlichkeit der sechs grössten Parteien 2019 im Kanton Zürich (in %, nur Wählende)



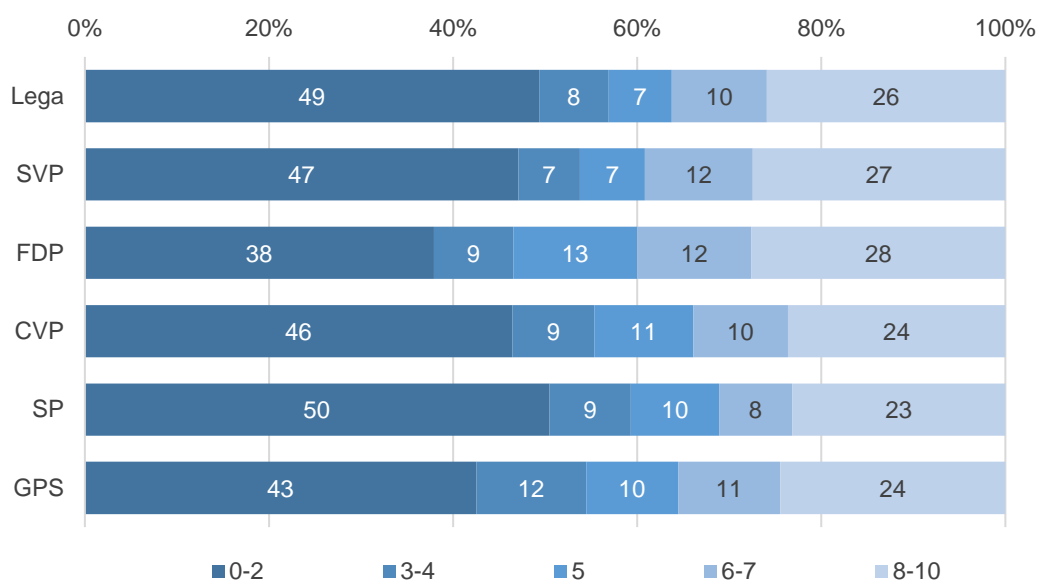
Lesebeispiel: Unter den Wählenden gaben 57% an, dass es sehr unwahrscheinlich für sie sei SVP zu wählen (0-2 auf einer Skala von 0-10), 5% gaben an, sich nicht vorstellen zu können SVP zu wählen (3-4) und 30% gaben an, dass die Wahrscheinlichkeit SVP zu wählen für sie sehr hoch sei (8-10) (N gewichtet: 723-750).

Graphik A.6 Wahlwahrscheinlichkeit der sieben grössten Parteien 2019 im Kanton Genf (in %, nur Wählende)



Lesebeispiel: Unter den Wählenden gaben 69% an, dass es sehr unwahrscheinlich für sie sei MCG zu wählen (0-2 auf einer Skala von 0-10), 6% gaben an, sich nicht vorstellen zu können MCG zu wählen (3-4) und 13% gaben an, dass die Wahrscheinlichkeit MCG zu wählen für sie sehr hoch sei (8-10) (N gewichtet: 1'262-1'302).

Graphik A.7 Wahlwahrscheinlichkeit der sechs grössten Parteien 2019 im Kanton Tessin (in %, nur Wählende)



Lesebeispiel: Unter den Wählenden gaben 49% an, dass es sehr unwahrscheinlich für sie sei Lega zu wählen (0-2 auf einer Skala von 0-10), 8% gaben an, sich nicht vorstellen zu können Lega zu wählen (3-4) und 26% gaben an, dass die Wahrscheinlichkeit Lega zu wählen für sie sehr hoch sei (8-10) (N gewichtet: 419-445).

